Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Jahrgang 2/Nr. 1 Februar 1977

9,-

Die Wirtschafts- und Finanzkrise und die sich zuspitzenden Widersprüche der kapitalistisch - revisionistischen Welt.

Stellungnahme zur Programmkritik der „Roten Fahne“ (III. Teil)

Südafrika: Es lebe die Bewegung 16. Juni!

Südafrika: Über die Einheitsfront

Vom Generalstreik der österreichischen Arbeiter im Jänner 1918 bis zur Gründung der Kommunistischen Partei



Kommunistischer
Bund
Österreichs

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Jahrgang 2/Nr 1 Februar 1977

Inhalt

* Der erste Teil dieser Stellungnahme zur Kritik der „Roten Fahne“ im „Kommunist“ 2/76, November 1976, bezieht sich auf die Frage des Staates, der bewaffneten Revolution und der Diktatur des Proletariats und der proletarischen Demokratie. In der Einleitung wird auf den Charakter der Kririk der „Roten Fahne“ insgesamt eingegangen. Der zweite Teil unserer Antwort („Kommunist“ 3/76, Dezember 1976) bezieht sich auf den Kampf um Demokratie als den Weg des Herankommens und der Vorbereitung der proletarischen Revolution.

Redaktionelle Vorbemerkung:

Ab dieser Nummer erscheint der „Kommunist“ auf Beschluß des ZK des KB Österreichs monatlich.

Gleichzeitig streben wir verschiedene Änderungen in der inhaltlichen Gestaltung an. So soll sich der „Kommunist“ in Hinkunft nicht nur mit Grundsatzfragen, sondern auch direkt mit Fragen der aktuellen Politik und entsprechenden Untersuchungen befassen. Er soll seinen Schwerpunkt zunehmend auf den theoretischen Kampf gegen Reformismus und Revisionismus in der Arbeiterbewegung legen. Er soll in den Dienst der Analyse und Aneignung der Erfahrungen der Geschichte der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung gestellt werden.

Die schrittweise, planmäßige Änderung des „Kommunist“ in dieser Richtung wird es ermöglichen, den „Kommunist“ imer besser auch über die Reihen unserer Organisation und der organisierten kommunistischen Bewegung und ihren engsten Umkreis hinaus zu verbreiten und direkt in der Massenarbeit einzusetzen. Zugleich wird der „Kommunist“ so besser genutzt werden können als Anleitungsinstrument des ZK für unsere Organisation und als Instrument, um den Meinungs- und Willensbildungsprozeß in der marxistisch-leninistischen Bewegung Österreichs im Dienst des Kampfs um die Einheit auf marxistisch-leninistischer Grundlage, im Dienst des Kampfs um den Aufbau einer neuen kommunistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse voranzubringen. Im Dienste dieser Zielsetzung soll der „Kommunist“ in Hinkunft auch verstärkt als Tribüne der Diskussion und des Meinungskampfs in der marxistisch-leninistischen Bewegung dienen. Bei dieser Gelegenheit wiederholen wir auch unsere Einladung an VRA und MLPÖ, an alle Marxisten-Leninisten Österreichs, diese Tribüne zur Erörterung der offenen Streitfragen in der Bewegung zu nutzen.

Red.

Eigenümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs, 1070 Wien, Halbgasse 12. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Alle: 1070 Wien, Halbg. 12
Erscheint im Verlag Alois Wieser Gesellschaft m.b.H. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12.
Erscheinungsort: Wien
Verlagspostamt: 1070

Die Wirtschafts- und Finanzkrise und die sich zuspitzenden Widersprüche der kapitalistisch-revisionistischen Welt

Die heutige Wirtschafts- und Finanzkrise der kapitalistisch-revisionistischen Welt ist nicht etwas Zufälliges, Unerwartetes oder Unvorhergesehenes. Sie ist das unvermeidliche Resultat der Zuspitzung der Widersprüche, die unentwegt die kapitalistische Ordnung in der Zeit ihrer allgemeinen Krise im Inneren zerfressen: sie ist das zwangsläufige Ergebnis der von dem amerikanischen Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus betriebenen imperialistischen Politik der Aggression der Welthegemonie, der Unterdrückung und Ausbeutung.

von Hekuran Mara (Nachdruck aus „Albanien heute“ 5/1976)

In der Zeit nach dem II. Weltkrieg ist die Wirtschaft der entwickelten kapitalistischen Länder mehrere Male periodisch in einen Krisenzustand geraten. Bis Anfang der siebziger Jahre verzeichnete sie in den Zeitspannen zwischen zwei Krisen aber doch immer wieder einen gewissen Produktionsanstieg und zahlenmäßig eine relative Verringerung des dauernden Arbeitslosenheeres. Zwar traten diese Erscheinungen nur in einigen der wichtigsten und privilegierten kapitalistischen Länder auf und waren kein gemeinsames Kennzeichen des gesamten Weltwirtschaftssystems, dennoch beeilten sich die bürgerlichen Ideologen, allerlei Theorien über den sogenannten neuen Kapitalismus in Umlauf zu setzen, der sich angeblich krisenfrei entwickelt. Diese Theorien wurden von Politikern und Staatsmännern der Bourgeoisie jedesmal vertreten, wenn sie es brauchten und nötig hatten, den werktätigen Massen durch Demagogie etwas vorzugaukeln und die von den imperialistischen Mächten verfolgte Politik der Unterdrückung, Ausbeutung, Aggression und des Krieges zu verschleiern. Diese Theorien dienten den Führern der sozialdemokratischen Parteien dazu, Programm auf Programm über die sogenannte „Integration des Kapitalismus in den Sozialismus“ auszuarbeiten, womit sie beweisen wollen, daß es jetzt „in der bürgerlichen Gesellschaft keine antagonistischen Klassen und keinen Klassenkampf mehr gibt“, daß „der Kapitalismus fortschrittlicher, liberaler, humaner geworden ist.“

Ihnen stehen mit neuen Theorien auch die modernen Revisionisten in den kapitalistischen Ländern nichts nach; sie versuchen, „die veränderte Natur“ des heutigen Kapitalismus zu beweisen und damit die Arbeiterklasse vom Weg des Kampfes, des Aufstandes und der gewaltsamen Revolution abzubringen. Auch in den revisionistisch beherrschten Ländern kamen große Spekulationen im Zusammenhang mit dieser Frage in Mode. Lang und breit wird von einer „neuen historischen Phase“ in der Entwicklung des Kapitalismus geredet. Durch solche Theore-

tisierereien soll die antimarxistische These vom friedlichen Übergang zum Sozialismus untermauert werden.

Ihnen stehen mit neuen Theorien auch die modernen Revisionisten in den kapitalistischen Ländern nicht nach; sie versuchen, *„die veränderte Natur"* des heutigen Kapitalismus zu beweisen und damit die Arbeiterklasse vom Weg des Kampfes, des Aufstandes und der gewaltsamen Revolution abzubringen. Auch in den revisionistisch beherrschten Ländern kamen große Spekulationen im Zusammenhang mit dieser Frage in Mode. Lang und breit wird von einer *„neuen historischen Phase"* in der Entwicklung des Kapitalismus geredet. Durch solche Theoretisierereien soll die antimarxistische These vom friedlichen Übergang zum Sozialismus untermauert werden.

Obwohl bei diesem ganzen *„theoretischen"* apologetischen Rummel über die krisenfreie Entwicklung des Kapitalismus und über seine veränderte Natur,taktisch gesehen,die Argumente, deren sich die bürgerlichen und revisionistischen *„Theorien"* bedienen, gewisse Schattierungen und Abstufungen aufweisen, laufen sie, strategisch gesehen, auf das gleiche hinaus: dem Kapitalismus das Leben zu verlängern, die Macht der imperialistischen und revisionistischen Bourgeoisie zu sichern, die Arbeiterklasse ideologisch zu verwirren und zu entwaffnen, den Ausbruch von sozialen Konflikten und der sozialen Revolution, solange dies möglich ist, und dort, wo sie vorläufig vermieden werden können, abzuwenden.

Zu einer Zeit jedoch, als die bürgerlich-revisionistischen Apologeten auf dem Gipfel ihres Frohlockens waren, weil sie schon glaubten, ihre Zauberworte und Wunder bewirkenden *„Theorien"* hätten den Kapitalismus vom Übel der Wirtschaftskrisen gerettet, geriet die kapitalistische Welt in den Griff einer neuen Wirtschaftskrise. Es zeigte sich schließlich ganz offen, daß die kapitalistische Ordnung das geblieben war, was sie in Wirklichkeit ist, nämlich eine Ordnung, um die Völker zu unterdrücken und auszubeuten, in der die Menschen schuften und sich abrackern müssen, eine Ordnung der Kriegshetzer und des Völkermordens, und daß sie sich nur in der Phantasie der bürgerlich-revisionistischen Ideologen geändert hat.

Die kapitalistische Weltwirtschaft macht gegenwärtig die schwierigste Periode der Nachkriegszeit durch. Kein Tag vergeht, an dem in der kapitalistischen Welt und in den revisionistisch beherrschten Ländern nicht von der Wirtschafts- und Finanzkrise gesprochen oder berichtet wird. Die Industrieproduktion ist zurückgegangen und geht in allen wichtigsten kapitalistischen Ländern dauernd zurück. Eine Industrie- oder Handelsfirma nach der anderen macht Bankrott. Inflation und Verteuerung der Massenbedarfsgüter und der Lebenshaltungskosten nehmen im Galopp zu. Die Bestände unverkaufter Waren wachsen von Monat zu Monat. Die Arbeitslosenzahl erreichte in der kapitalistisch-revisionistischen Welt ungefähr 100 Millionen. Die bürgerlichen und revisionistischen Staaten stecken bis zum Hals in Inland- und Auslandsschulden. Unerhörte Höhen erreichten die Haushalts- und Zahlungsbilanzdefizite. Die Währungen werden in einer Kettenreaktion abgewertet, was auf dem Währungsmarkt Besorgnis und Panik hervorruft. Die imperialistische und revisionistische Bourgeoisie hat die Staatsmaschinerie in Bewegung gesetzt, um die ganze Last der Krise auf die Schultern der werktätigen Massen abzuwälzen. Die beiden imperialistischen Supermächte lassen nichts unversucht, um auf Kosten ihrer Partner, auf Kosten der von ihnen unterdrückten und ausgebeuteten Länder und Völker aus der Krise herauszugelangen. Das ist in groben Zügen die Lage, die die Wirtschafts- und Finanzkrise in der kapitalistisch-revisionistischen Welt heute geschaffen hat.

Um die Völker zu betrügen, stellen Imperialismus, Sozialimperialismus und ihre Ideologen die Wirtschafts- und Finanzkrise manchmal so hin, als wäre sie nur eine Folge des Erdölmangels oder der Verteuerung des Erdöls. In anderen Fällen behaupten sie, die Wirtschafts- und Finanzkrise sei eine Folge der weltweiten Inflation. Diese Krise, so möchten sie glauben machen, könne überwunden werden, wenn man die Erdöl- und Rohstoffpreise senkt und die Löhne stoppt. Doch all das und andere Behauptungen dieser Art sollen nur die wahre Lage und Ursache der Dinge tarnen und verhindern, daß das Wesen der Erscheinungen enthüllt wird.

Die heutige Wirtschafts- und Finanzkrise ist aber in Wirklichkeit von ganz anderer Natur, sie hat ganz andere Ursachen und Ausmaße. Sie ist Ausdruck und unmittelbare Folge der Zuspitzung und Vertiefung des Widerspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und ihrer kapitalistischen privaten Aneignung, sie ist Ausdruck davon, daß sich die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems zugespitzt und vertieft hat.

Zeitweilige Konjunktur der kapitalistischen Wirtschaft und Zuspitzung des Antagonismus zwischen Produktion und Konsumtion

Von den fünfziger Jahren an wies die Wirtschaft der wichtigsten kapitalistischen Länder eine gewisse Konjunktur auf. Diese Konjunktur ist ein Ergebnis verschiedener Faktoren, wie die wissenschaftlich-technische Revolution und, auf dieser Grundlage, die Erneuerung des Grundkapitals, die Militarisierung der Wirtschaft, die wirtschaftliche Auslandsexpansion, die gesteigerte Ausbeutung der Werktätigen usw. Diese Faktoren führten aber keineswegs zu einer Lösung und Überwindung der Widersprüche des kapitalistischen Systems, sie verschärften vielmehr die alten Widersprüche und brachten neue hervor, die eben den Ausbruch der heutigen Wirtschafts- und Finanzkrise bewirkten.

Durch die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution in den Nachkriegsjahren entstanden in den wichtigsten kapitalistischen Ländern neue Zweige der Industrieproduktion, wie Elektronik, Petrochemie usw.

Das Entstehen dieser Zweige und besonders die Entwicklung der metallverarbeitenden und der Automobilindustrie in dieser Zeitspanne wirkten sich auf die Steigerung der industriellen Gesamtproduktion genau so aus wie der Eisenbahnbau vor dem I. Weltkrieg (1900 - 1915). Während die industrielle Gesamtproduktion der kapitalistischen Länder in den Jahren 1951 - 1970 um 92 Prozent wuchs, hat sich die Produktion der chemischen und der Automobilindustrie beinahe verdreifacht.

Die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution ging mit einer starken und gleichzeitigen Erneuerung des Grundkapitals auch der alten traditionellen Industriezweige einher. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Erneuerung des Grundkapitals in diesen Zweigen in den meisten kapitalistischen Ländern nach der Weltwirtschaftskrise 1929 - 1933 ebenso wie während des II. Weltkrieges in großen Ausmaßen nicht möglich war. Außerdem war die starke und gleichzeitige Erneuerung des Grundkapitals auch dadurch bedingt, daß die in Westeuropa und in Japan durch den Krieg zerstörte Industrie wieder aufgebaut werden mußte, daß die Wirtschaft in den USA und anderen imperialistischen Ländern in hohem Grad militarisiert worden war und der Konkurrenzkampf zwischen den Monopolen auf dem kapitalistischen Markt sich verschärft hatte.

Die beschleunigte Erneuerung des Grundkapitals hatte vorübergehend die Nachfrage nach Fahrzeugen, Maschinen, Industrieausrüstungen, Rohstoffen, Treibstoffen und anderen Waren der Gruppe I gesteigert. Sie regte so die Erweiterung der Produktion von Produktionsmitteln an. Dadurch, daß die Nachfrage nach Produktionsmitteln zunahm, wurde auch der Binnenmarkt für die Gruppe I erweitert. Diese Bewegung hatte die relative Steigerung der Zahl der Beschäftigten zur Folge ebenso wie einen gewissen Anstieg des Absatzes von Bedarfsgütern, besonders von langlebigen, die zum ersten Mal hergestellt wurden, wie Fernsehapparate, Waschmaschinen, Kühlschränke usw. Trotzdem blieb die von der Kaufkraft abhängige, allgemein zunehmende Nachfrage beschränkt und konnte nicht mit dem Zuwachstempo der Produktion der Gruppe I Schritt halten. Das war deshalb der Fall, weil die von Werktätigen durch beharrlichen Klassenkampf erreichte geringe Lohnerhöhung nur einen Bruchteil des Zuwachses ihrer Arbeitsproduktivität ausmachte. Die Lohnerhöhung hat im allgemeinen niemals die Steigerung der Lebenshaltungskosten gedeckt und genügte niemals, um die für das Existenzminimum der Werktätigen notwendigen Mittel zu bestreiten. Ebenso sei darauf hingewiesen, daß die gesteigerte Arbeitsproduktivität nicht eine Preissenkung zur Folge hatte, sondern im Gegenteil eine Preiserhöhung.

Letzten Endes führte die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution und die darauf beruhende Erneuerung des Grundkapitals dazu, daß sich die organische Zusammensetzung des Kapitals erweiterte und die von der Kaufkraft abhängige allgemeine Nachfrage nach Gebrauchsgütern relativ zurückging. Dies bestätigt sich auch darin, daß die Produktion von Konsumgütern nach dem 2. Weltkrieg sowohl relativ als auch absolut viel weniger als die Produktion von Produktionsmitteln gewachsen ist. So stieg beispielsweise in den USA in den Jahren 1954 - 1967 die Produktion der Textil- und Lederindustrie um 9 Prozent, der Nahrungsmittelindustrie um 13 Prozent, der Schuh-

und Bekleidungsindustrie um 11 Prozent, während die Produktion der elektronischen Industrie in derselben Vergleichsperiode um 168 Prozent und der chemischen Industrie um 177 Prozent anwuchs.

Das durchschnittliche Konsumtionsvolumen pro Kopf der Bevölkerung stieg in den kapitalistischen Ländern im allgemeinen nur sehr wenig, so daß der Konsum von Nahrungsmitteln und Kleidung nicht das Vorkriegsniveau überschritten hat. Eine Folge davon, daß es den werktätigen Massen nicht möglich ist, ihren täglichen Lebensbedarf durch ihren Lohn zu bestreiten, ist auch die in den kapitalistischen Ländern verbreitete Erscheinung des Ratenkaufs. Der durch diese Methode gesteigerte Warenumsatz ist ein Mittel, um die werktätigen Massen zusätzlich auszubeuten, da die Preise der auf Raten verkauften Waren gewöhnlich 30 bis 40 Prozent höher sind als die Barpreise für die gleichen Waren. Offiziellen Angaben des US-Handelsministerium zufolge wenden die amerikanischen Arbeiter heute 40 bis 50 Prozent ihrer jährlichen Einkommen auf, um die durch den Ratenkauf entstehenden Schulden zu tilgen. Nicht weniger wichtig ist auch die Tatsache, daß der Ratenkauf ein Beweis dafür ist, daß die Produktion dieser Waren die Grenzen der von der Kaufkraft der werktätigen Massen abhängigen Nachfrage übersteigt; sie vertieft die kapitalistische Überproduktion, weil äußerlich das Trugbild entsteht, als ob beim Absatz der produzierten Waren alles in Butter wäre. Es handelt sich aber um einen erzwungenen Absatz.

Infolgedessen haben die die zeitweilige Konjunktur der kapitalistischen Wirtschaft in der Nachkriegszeit bedingenden Faktoren gleichzeitig auch die Voraussetzungen für die heutige Wirtschaftskrise vorbereitet. Sie verschärften vor allem den antagonistischen Widerspruch zwischen Produktion und Konsumtion, der auch in der Kette der Ursachen, die zum Ausbruch der Wirtschaftskrisen im Kapitalismus führen, die entscheidende Ursache darstellt.

Militarisierung und ständige Inflation - tote Punkte der kapitalistisch-revisionistischen Wirtschaft

Die von Imperialismus und Sozialimperialismus betriebene Politik der Weltherrschaft, der Aggression und der Unterdrückung, das Wirken des Gesetzes des Maximalprofits und die Einengung des kapitalistischen Weltmarktes bewirkten, daß die kapitalistische Wirtschaft, wie Prometheus an den Felsen, an die Produktion der Todesmittel geschmiedet wurde und den Weg der Militarisierung einschlägt.

Die Militarisierung der Wirtschaft ist keine neue Erscheinung. Bereits seit seiner Entstehung zeichnete sich der Imperialismus durch die Tendenz aus, die Wirtschaft zu militarisieren. Während aber die Ausmaße der Militarisierung der Wirtschaft in der Zeitspanne zwischen den zwei Weltkriegen beschränkt waren und nur zunahmen, solange der Krieg andauerte, sind die Ausmaße und das Tempo der Militarisierung jetzt auch in Friedenszeiten unvergleichbar gewachsen. Allein in den USA liegen die Ausgaben für Rüstungszwecke jährlich bei 100 Milliarden Dollar. Ein gleiches Niveau haben auch die Militärausgaben für Aggressions- und Kriegszwecke in der Sowjetunion erreicht. Kolossale Mittel geben auf diesem Gebiet auch die anderen imperialistischen Mächte aus.

Die militarisierte Wirtschaft und das Wettrüsten wurden in den Nachkriegsjahren die verlockendsten Bereiche für die Monopole, um Kapitalien anzulegen, sie wurden die Hauptquelle, um einen vom Staat garantierten Absatz zu sichern. Die Produktion und der Absatz von Waffen ist für die Monopole das lukrativste Geschäft geworden. Jährlich werden heute auf der Welt Waffen zu 20 Milliarden Dollar umgesetzt. 16 Milliarden Dollar davon entfallen allein auf die beiden Supermächte, die USA und die UdSSR (mit je etwa 8 Milliarden Dollar). In der heutigen kapitalistisch-revisionistischen Wirtschaft ist es rentabler, Todeswaffen als materielle Güter für die werktätigen Massen herzustellen. Daß der amerikanische Imperialismus, der sowjetische Sozialimperialismus und die anderen wichtigsten kapitalistischen Länder um ein etliches mehr materielle Mittel und menschliche Energien für Zerstörungszwecke als für den Aufbau aufwenden, ist ein Zeichen davon, daß das kapitalistische System endgültig in einer Sackgasse steckt, daß gewaltige materielle Mittel und menschliche Kräfte vergeudet werden. Die Folgen davon sind wahrhaft verheerend. Das ist der überzeugendste Beweis dafür, daß sich die gesamte bürgerlich-revisionistische Gesellschaftsordnung im Verfall befindet, wie es vor Tausenden Jahren mit der Sklavenhalterordnung im alten Griechenland und später im alten Rom der Fall war.

Nun wirkt sich die Militarisierung zwar vielseitig auf die kapitalistische Wirtschaft aus, jedoch stets widersprüchlich. Die zunehmende Produktion von Rüstungsgütern auf Grund von staatlichen Aufträgen steigert die Nachfrage nach Produktionsmitteln, stimuliert und beschleunigt die Erneuerung des der Produktion von Rüstungsgütern dienenden Grundkapitals. Wegens des hohen Tempos, mit dem sich die Militärtechnik im allgemeinen entwickelt, veralten die in der Kriegsindustrie verwendeten Maschinen, sie geraten vor allem außer Mode und werden viel rascher und stärker als die in anderen Zweigen der Industrie verwendeten Maschinen ausrangiert. Dieser Prozeß bringt eine Erweiterung der Produktion in allen mit der Kriegsindustrie verbundenen Bereichen und Zweigen der Gruppe I mit sich und führt zu einem gewissen Zuwachs der Beschäftigung. Er steigert schließlich bis zu einem gewissen Grad auch die von der Kaufkraft abhängige Nachfrage nach Massenbedarfsgütern, wodurch die Grenzen ihres Absatzes auf dem Binnenmarkt erweitert werden. In diesem Sinne gebrauchen die Monopole und der bürgerliche Staat die Militarisierung der Wirtschaft auch als ein vorübergehendes Abwehrmittel gegen die drohende Wirtschaftskrise, indem das Gefälle zwischen Produktion und Kaufkraft der werktätigen Massen gemildert wird. Andrerseits bewirkt die Militarisierung der Wirtschaft auch die nicht produktive Verwendung und die unvermeidliche Vernichtung eines Teils des Nationaleinkommens und des gesellschaftlichen Produkts. In den wichtigsten kapitalistischen und revisionistischen Ländern erreicht diese Vernichtung etwa 20 - 24 % des Bruttosozialprodukts. Darüber hinaus verschafft sich der bürgerlich - revisionistische Staat die Geldmittel für die Rüstungsproduktion, indem er die Inflation in die Höhe treibt. Erhöhte Steuern und erhöhte Inflation bewirken aber unvermeidlich, daß sich das Einkommen der Werktätigen verringert und ihre Kaufkraft weiter eingeschränkt wird. Sie verschärft also den Widerspruch zwischen Prodiktion und Konsumtion. So schafft die Militarisierung für die kapitalistische Wirtschaft einen *circulus vitiosus*. Sie erweitert vorübergehend den Binnenmarkt, um dann die von der Kaufkraft abhängige Nachfrage auf diesem Markt wieder einzuengen.

Daß in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft ein selbständiger und stets größer werdender Sektor zur Produktion von Rüstungsgütern entstanden ist, ließ eine für die zweite Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus typische Erscheinung aufkommen. Es handelt sich um die chronische Inflation als Mittel, um das Nationaleinkommen zugunsten steigender Profite der Monopole umzuverteilen und die Werktätigen durch die Monopolbourgeoisie zusätzlich auszubeuten.

Die verstärkte Produktion von Kriegsgerät, während die Monopole gleichzeitig die Preise dafür erhöhen, um möglichst hohe Profite zu erzielen, führt zwangsläufig dazu, daß das Defizit im Staatshaushalt zunimmt. Das jährliche Defizit im Staatshaushalt der USA beläuft sich heute auf 76 Milliarden Dollar. Das wachsende Defizit des Staatshaushaltes wird durch den Staat damit gedeckt, daß mehr Papiergeld in Umlauf gesetzt wird. Auf diese Weise steigt allmählich die Inflationsspirale, wodurch sich das Realeinkommen der Werktätigen unvermeidlich verringert und der Grad ihrer Ausbeutung immer mehr zunimmt, während die Monopole immer größere Profite einheimsen. In den letzten Jahren lag die durchschnittliche jährliche Inflationsrate in den kapitalistischen Ländern bei rund 7 Prozent.

Die ständige Inflation verschärft einen weiteren toten Punkt der kapitalistischen Wirtschaft, und zwar erhöht sie die chronische Nichtauslastung der Produktionskapazitäten nicht nur in Zeiten der Wirtschaftskrise, sondern auch in Perioden der Konjunktur. In den EG-Ländern waren mehrere Industriezweige noch vor Ausbruch der heutigen Wirtschafts- und Finanzkrise von unvollständiger Auslastung der Produktionskapazität betroffen. Dazu gehörten die Stahl-, Automobil-, Kühlschrank-, Schiffbau-, Nähmaschinen- und Kunstfaserindustrie.

Der Neokolonialismus in Aktion und der Kampf der Völker für die nationale Unabhängigkeit und Souveränität

Schon am Tag nach Ende des II. Weltkrieges begann das alte Kolonialsystem des Imperialismus zu zerfallen. Viele der einstigen Kolonien errangen und proklamierten eine nach der anderen ihre politische Unabhängigkeit. Unter diesen Umständen mußte auch die Monopolbourgeoisie der Metropolländer von der offenen und direkten Kolonialherrschaft zu einer indirekten, getarnten neokolonialistischen Herrschaft übergehen. Infolgedessen bewahrten die Monopole ihre alten wirtschaftlichen Positionen beinahe unversehrt, während die Länder, die ihre Unabhängigkeit erklärt hatten, nach wie

vor wirtschaftlich abhängig, Agraranhängsel und Rohstoffquellen der Industriemonopole blieben. Daher hat sich die wirtschaftliche Versklavung und die Ausbeutung dieser Länder mit den neuen Formen des Neokolonialismus, der ein ganzes System von Maßnahmen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Charakters darstellt, sogar noch verstärkt. All diese Maßnahmen zielen darauf ab, die wirtschaftlich schwachen Länder den entwickelten kapitalistischen und revisionistischen Ländern unterzuordnen, ihre nationale Unabhängigkeit einzuschränken und zu beseitigen.

Der Neokolonialismus ist das Haupthindernis für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt der unentwickelten Länder. Die kapitalistischen Entwicklungsländer, in denen 70 Prozent der Bevölkerung des Erdballs leben und über 60 Prozent der Erdöl- und Erzvorräte der Welt lagern, verfügen heute über nur 30 Prozent des Nationaleinkommens der Welt. 800 Millionen Menschen in diesen Ländern sind Analphabeten, 1 Milliarde leiden an Hunger oder sind unterernährt, 900 Millionen verdienen nicht mehr als einen Drittel Dollar täglich. Das durchschnittliche Einkommen pro Kopf der Bevölkerung ist in den Entwicklungsländern 22mal kleiner als in den entwickelten Ländern.

Der Imperialismus und Sozialimperialismus widersetzen sich nicht nur dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt der Entwicklungsländer, sondern sie betreiben auch eine Politik der Aggression, der Drohungen und Erpressungen denen gegenüber, die darum ringen, ihre Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen. Sie lassen diesen Ländern gegenüber nichts unversucht, um ihnen politische Regime und sozial-ökonomische Strukturen aufzuzwingen, die die fremde Herrschaft, die wirtschaftliche Abhängigkeit und die neokolonialistische Ausbeutung erleichtern. Die ausländischen kapitalistischen und revisionistischen Ausbeuter interessieren sich stets für die Rohstoff- und Energiequellen der Entwicklungsländer, sie scheren sich aber nicht im geringsten um die Völker dieser Länder, um ihr Geschick als Nation, um die Entwicklung ihrer Wirtschaft und Kultur. Nichts vermag diese historische Wahrheit aus dem Gedächtnis, aus den Herzen und aus dem Bewußtsein all jener Völker zu löschen, die die Unabhängigkeit errungen haben und heute kämpfen, um diese Unabhängigkeit gegen die Angriffe des Imperialismus und Sozialimperialismus zu verteidigen, und die bestrebt sind, den durch die alte und neue Kolonialherrschaft in ihrer sozial-ökonomischen Entwicklung verursachten Rückstand so bald wie möglich aufzuholen.

Durch zahlreiche raffinierte Formen, wie die sogenannte *„Hilfe"*, die *„wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit"*, die *„gemeinsamen Unternehmen"* die *„Teilhaberschaft an Gesellschaften"*, die *„Arbeitsteilung, Kooperation und Spezialisierung"* usw., rauben der Imperialismus und Sozialimperialismus aus den Entwicklungsländern große Mengen Erz, Brennstoffe, verschiedene industrielle Grundstofffe und landwirtschaftliche Produkte, indem sie sie zu möglichst niedrigen Preisen ankaufen, während sie diesen Ländern die Fertigfabrikate zu möglichst hohen Preisen verkaufen.

Doch die Ausbeutung der Entwicklungsländer durch die kapitalistischen und revisionistischen Monopole mittels der immer weiter klaffenden Preisschere (durch ungleichen Handel) ist nicht die einzige Form der Ausbeutung, die der Neokolonialismus diesen Ländern aufzwingt. Es existiert noch die unmittelbare Plünderung der Entwicklungsländer durch die Monopole. Die ausländischen Monopole haben eine Lage geschaffen, daß sie über alles bestimmen, was die Ausbeutung und Verwendung der Reichtümer der Entwicklungsländer betrifft, ohne daß deren wirkliche Herren irgendwie befragt werden.

Die von den beiden Supermächten betriebene Politik der Hegemonie, Rivalität und Aufteilung der Einflußbereiche auf der Welt ist auch die Hauptursache für den Brennstoffmangel und die Energiekrise, die einige Länder der kapitalistisch-revisionistischen Welt betroffen hat. Die amerikanischen und sowjetischen Monopole, die die Erdölförderung und die Erdölmärkte kontrollieren, bliesen Alarm und begannen, die Erdölförderländer, besonders die arabischen Länder, herauszufordern. Es kam so weit, daß öffentlich gesagt wurde, die imperialisti schen Monopole hätten das Recht, die Verkaufs preise für Rohöl zu kontrollieren. Imperialisti sche Länder wie Westdeutschland, Frankreich und andere, die das Erdöl besonders stark brauchen, beeilten sich, ihren Vorstoß in die arabischen Erdölförderländer zu verstärken. Die beiden Supermächte, die in der Hegemonie und bei der Aufteilung der Einflußbereiche im Nahen Osten keinen Teilhaber haben wollen, reagieren darauf durch Erpressungen und Versprechungen von *„Freundschaft und Hilfe"* an die Länder dieses Raumes.

Das Kapital der Monopole wandert nicht in die Entwicklungsländer und wird dort nicht angelegt, um zu deren Entwicklung beizutragen, sondern nur um aus der Ausbeutung der Arbeit und Mühe des Volkes und der Ausplünderung seiner Reichtümer Höchstprofite herauszuschlagen. Solange der Imperialismus, Sozialimperialismus und ihr neokolonialistisches Systems bestehen, werden sie nichts unversucht lassen, um sich mit der einen Hand ein Vielfaches dessen zu holen, was sie mit der ande ren Hand gegeben haben. Wer sich Illusionen über die sogenannte Hilfe der Imperialisten und Sozialimperialisten hingibt, wird eines Besseren belehrt werden. Ein aufschlußreiches Beispiel ist in dieser Hinsicht der Kontrast zwischen den USA und Lateinamerika oder zwischen der Sowjetunion und Indien. In Lateinamerika, wo die sogenannte amerikanische Hilfe umfangreiche Ausmaße angenommen hat, wo die Völker nominell unabhängig sind, wo das Erdinnere märchenhafte Schätze birgt, leiden 14o Millionen Menschen Hunger und sind 100 Millionen Analphabeten. Ähnliche Zustände herrschen auch in Indien, in diesem Land, das weiterhin *„die besonderen Privilegien der Hilfe"* der sowjetischen Sozialimperialisten *„genießt"*.

Die Geschichte hat den Völkern der Entwicklungsländer eine günstige Gelegenheit geboten. Da immer mehr Roh- und Brennstoffe gefördert werden und diese in der kapitalistischen Weltwirtschaft eine große Rolle spielen, ist es an der Zeit, daß die Völker der Entwicklungsländer diese Reichtümer als starke politische und ökonomische Waffe mit geringer und großer Reichweite gebrauchen und sie nicht nur einsetzen, um sich gegen die Herrschaft und den Neokolonialismus der imperialistischen Supermächte zu verteidigen, sondern auch um ihre eigene ökonomische und soziale Entwicklung zu beschleunigen. Dazu muß das Übel mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Und radikal ist, wer den Dingen auf den Grund geht, wer dafür kämpft, die Souveränität und nationale Unabhängigkeit zu festigen, die von den Imperialisten und Sozialimperialisten weder zu erbetteln ist noch verschenkt wird, sondern im Kampf, gestützt auf die eigenen Kräfte, errungen wird.

Und in der Tat kämpfen die Völker der Entwicklungsländer gegen die Supermächte und die imperialistischen Monopole, um ihre nationale Unabhängigkeit und Souveränität zu festigen, wobei sie sich bemühen, auch ihre wirkliche wirtschaftliche Unabhängigkeit zu sichern. Der erste Schritt, den sie in dieser Hinsicht tun, ist die Verstaatlichung der in Händen von Ausländern befindlichen Reichtümer des Landes. Parallel dazu unternehmen die Völker dieser Länder kühne Initiativen und Handlungen, um nach dem Prinzip, sich auf die eigene Kraft zu stützen, eine vielzweigige und selbständige Wirtschaft zu schaffen. Diese Maßnahmen eröffnen die Möglichkeit, daß jedes Land über die Nutzung und den Einsatz seiner Reichtümer souverän und selbständig bestimmt, angefangen von der Produktion und den Preisen, der zu produzierenden Menge und dem Absatzmarkt bis hin zur Verwendung des Einkommens zur Industrialisierung des Landes, zur Entwicklung der Landwirtschaft, der Kultur usw.

Die Maßnahmen, die die Völker der Entwicklungsländer ergreifen, um die selbständige Nutzung ihrer Naturreichtümer zu gewährleisten, wurden von den Monopolen und den imperialistischen Mächten mit gezücktem Schwert zur Kenntnis genommen. Was für Erpressungen, Drohungen, offene und verhüllte Komplotte und Sabotageakte werden nicht ausgeheckt, um diese Völker zu zwingen, von ihrem eingeschlagenen Weg, von ihrem Kampf und Anstrengungen um eine rasche Entwicklung abzulassen. Die dahinter steckenden Monopole und Regierungen gehen sogar so weit, den Kampf der Völker der Entwicklungsländer für ihre wahre politisch - wirtschaftliche Unabhängigkeit als *„Hauptursache"* für die Schwierigkeiten hinzustellen, die das kapitalistische Weltsystem durchmacht, als ein Spiel, das angeblich die Zukunft der Menschheit in Gefahren bringe! Doch die Zeit sit vorbei, da die Monople und die imperialistischen Mächte den Vplkern der Entwicklungsländer wie einst ihren Willen aufzwingen können.

Verschiebung der Krafteverhältnisse auf dem kapitalistischen Weltmarkt und verschärfter Konkurrenzkampf

Nach dem Ende des II. Weltkriegs verschob sich das Kräfteverhältnis auf dem kapitalistischen Weltmarkt. Das alte englische Imperium und das französische Kolonialsystem waren brüchig geworden und brachen schließlich zusammen. Das schwächte das Wirtschaftspotential und die Konkurrenzkraft dieser beiden Mächte sehr. Deutschland, Japan und Italien,

besiegt und durch den Krieg zerstört, verloren vorübergehend jede Möglichkeit, auf dem kapitalistischen Weltmarkt zu konkurrieren. Die von anderen imperialistischen Mächten auf dem Weltmarkt zurückgelassenen Lücken wurden sofort vom amerikanischen Imperialismus besetzt. Die amerikanischen Monopole drangen schnell und umfangreich in die Wirtschaft der halbkolonialen Länder ein, die gerade ihre politische Unabhängigkeit erklärt hatten. Sie begannen, die Völker auszubeuten und die Reichtümer ihrer Länder wie noch nie zuvor zu plündern. Allein aus der Preisdifferenz zwischen den von ihnen angekauften Rohstoffen und den an die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gelieferten Industriewaren schlugen die amerikanischen Monopole zusätzliche Profite heraus, die sich im Jahr 1951 auf über 10 Milliarden Dollar beliefen. In den folgenden Jahren verfünffachte sich dieser Betrag (1960 waren es 50 Milliarden Dollar). Inzwischen betrug der Anteil der amerikanischen Monopole am Weltexport der kapitalistischen Länder mehr als die Hälfte, gegenüber 13 Prozent vor dem Kriege (im Jahr 1938).

Diese Verschiebung des Kräfteverhältnisses auf dem kapitalistischen Weltmarkt erlaubte den amerikanischen Monopolen, ihr Wirtschaftspotential zu verdoppeln. Heute beuten die USA, mit nur 6 Prozent der Weltbevölkerung, 60 Prozent der Erzvorkommen der Welt aus (hier sind ihre eigenen einheimischen Vorkommen nicht mitgerechnet). Ohne diesen Faktor zu berücksichtigen, kann man viele Erscheinungen der heutigen Wirtschafts- und Finanzkrise nicht in ihrer Tiefe begreifen, man kann nicht verstehen, daß die sogenannte Blüte der Wirtschaft der USA und anderer kapitalistischer Länder auf der Arbeit, dem Schweiß und Blut der Völker der Entwicklungsländer und den aus diesen Länder geraubten Reichtümern beruht.

In den wichtigsten kapitalistischen Ländern Europas entstand wegen der durch den Krieg verursachten Zerstörungen gleich nach dem Krieg eine starke Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Bedarfsgütern sowie modernen Produktionsmitteln. Diese Lage gab den amerikanischen Monopolen die Möglichkeit, auch auf die Wirtschaft der kapitalistischen Metropolen die Hand zu legen und in sie einzudringen. Der gewöhnliche Waren- und Kapitalexport ging diesmal mit der Ausbreitung des Neokolonialismus in die alten industriellen Metropolländer, mit der Ausbreitung des technologischen Kolonialismus einher. In den USA gemachte Erfindungen und technologische Fortschritte, Patentverkauf, Investitionen zur Herstellung neuer technischer Ausrüstungen in den Ländern, wo eine Erneuerung des veralteten oder durch die Kriegszerstörungen unbrauchbar gewordenen Grundkapitals notwendig war, waren die Hauptformen, die der Verbreitung des technologischen Kolonialismus dienten. Die alten imperialistischen Mächte waren vorübergehend vom amerikanischen Imperialismus zurückgedrängt worden. J.W.Stalin verwies damals darauf: *„(West)Deutschland, England, Frankreich, Italien, Japan, die in die Klauen der USA geraten sind, führen gehorsam die Befehle der USA aus"*. (J.W.Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", Werke, Bd.17, deutsche Ausgabe 1973, S.285).

Im Kampf gegen die Revolution und den Sozialismus, sowie um der aufbrandenden Woge der Befreiungsbewegung der Völker standzuhalten, mußte der amerikanische Imperialismus auch seine beiden alten, besiegten Gegner wieder wirtschaftlich aufpäppeln: den deutschen und den japanischen Imperialismus. Auf dieser Grundlage entstanden die multinationalen Monopole, die sich in Europa und in den anderen abhängigen und halbkolonialen Ländern breit machten. Rechnen wir zu diesem Umstand noch die nach Weltvorherrschaft strebende Politik des amerikanischen Imperialismus und die entsprechenden Kriegsvorbereitungen dazu, kann man besser die Ursachen der nach dem Krieg in den USA sich ausbreitenden Inflation begreifen. Durch die Verbindungen aber, die die amerikanischen Monopole mit dem gesamten kapitalistischen Weltwirtschaftssystem hergestellt hatten, und unter Ausnutzung des dem Dollar als internationalem Zahlungsmittel zuerkannten Privilegs mußte die in den USA entstandene Inflation unweigerlich auch in andere Länder der kapitalistischen Welt ausgeführt und, wie es tatsächlich der Fall war, zu einer internationalen Erscheinung der kapitalistischen Welt werden

Das amerikanische Imperium der Nachkriegszeit stützte sich auf zwei Beine: auf die unentwickelten halbkolonialen Länder und auf die alten kapitalistischen Metropolen. Es schien, als wären diese beiden Beine unzerbrechlich. Die Geschichte zeigt aber, daß es nur zwei Krücken waren, die früher oder später zusammenbrechen sollten, und der amerikanische Imperialismus und mit ihm die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft sollten bald vor eine neue Realität gestellt werden. Das Kräfteverhältnis in der kapitalistischen Welt sollte sich verschieben und tat es auch.

Europa und Japan begannen, nachdem sie sich erholt hatten, erneut das Haupt gegen die amerikanischen Monopole zu erheben. Die europäischen und japanischen Monopole schufen sich auf dem kapitalistischen Weltmarkt Platz und drangen sogar auf den amerikanischen Binnenmarkt vor, wodurch ihre Konkurrenzkraft zunahm. Mit dem amerikanischen Dollar ging es allmählich bergab, bis er schließlich in den Fundamenten erschüttert und als internationales Zahlungsmittel offen abgelehnt wurde. Die hegemonistischen Positionen der amerikanischen Monopole und des amerikanischen Imperialismus in der kapitalistischen Welt begannen, ins Wanken zu geraten.

Indessen war auf der internationalen Arena ein neuer Faktor aufgetreten. Die Sowjetunion war zu einer sozialimperialistischen Macht geworden, die mit ihrer Strategie ebenfalls auf die Weltvorherrschaft abzielte. Ihre Wirtschaft wurde zu einer kapitalistischen Wirtschaft und die gesamte Gesellschaftsordnung des Landes wurde zu einer bürgerlich-revisionistischen Ordnung.

Unter diesen Umständen wurde die Zusammenarbeit und die Rivalität zwischen den USA und der Sowjetunion, um die Weltvorherrschaft zu errichten und die Welt in Interessensphären, in Bereiche der wirtschaftlichen Expansion, der Ausbeutung und Plünderung unter sich aufzuteilen, das kennzeichnendste Merkmal der kapitalistischen und revisionistischen Welt. Das war der Zustand in der kapitalistisch-revisionistischen Welt, als in ihr die heutige Wirtschafts- und Finanzkrise ausbrach.

Die kapitalistisch - revisionistische Welt im Griff unvermeidlicher Klassenkonflikte

Die heutige Wirtschafts- und Finanzkrise brachte die in der kapitalistischen Welt seit langer Zeit gärenden politischen und ökonomischen antagonistischen Widersprüche an die Oberfläche.

Solange es das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln, die private Aneignung, die Ausbeutung, die Anarchie und Konkurrenz gibt, wird es niemals möglich sein, die Gesamtheit der Produktivkräfte, die der Kapitalismus geschaffen hat, *„normal"* einzusetzen. Der Kapitalismus wird nach wie vor periodisch von noch tieferen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen erschüttert werden, er wird den werktätigen Massen weiterhin zunehmende Ausbeutung, Armut und Arbeitslosigkeit bringen und die Widersprüche, die antagonistischen Gegensätze und den Klassenkampf immer mehr verschärfen.

Um das Leben der kapitalistischen Ordnung zu verlängern, bemühen sich die Monopole und der bürgerliche Staat, die heutige Wirtschafts- und Finanzkrise dadurch zu mildern, daß sie ihre ganze Last auf die Arbeiterklasse abwälzen. Zu diesem Zweck greifen sie zu allerlei Methoden und Mitteln: sie stoppen die Löhne der Arbeiter, vergrößern die Ausbeutung der Arbeiter und anderen werktätigen Massen, erhöhen die Inflation, verstärken die Militarisierung der Wirtschaft, betreiben eine Politik der Aggression und des Kriegs, setzen die Preise für Waren und Dienstleistungen herauf usw.

Der Versuch der Bourgeoisie, die Folgen der schweren Wirtschaftskrise auf die werktätigen Massen abzuwälzen, steigerte noch mehr die antagonistischen Widersprüche zwischen Arbeit und Kapital, zwischen den Werktätigen und der kapitalistischen und revisionistischen Bourgeoisie. Die letzten Jahre wurden so zu Jahren heftiger Klassenzusammenstöße. Die Zahl derjenigen, die an Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen teilnahmen, geht in die Millionen. Nur in der ersten Jahreshälfte des vergangenen Jahres wurden in den USA über 2600 Streiks durchgeführt. In Italien begann das vergangene Jahr mit dem Streik von 14 Millionen Arbeitern, und die Streiks gingen mit der gleichen Intensität das ganze Jahr weiter. In Japan kam es monatlich zu etwa 100 Streiks. Wichtig ist, daß das Proletariat die anderen durch die Monopolbourgeoisie unterdrückten und ausgebeuteten werktätigen Massen von Stadt und Land in zunehmender Zahl an seiner Seite hatte und sie führte.

All das zeigt, daß der von den bürgerlichen und modernen revisionistischen Ideologien so großspurig und lauthals gepredigte *„Klassenfrieden"* nur ein Mythus ist und mit der Wirklichkeit nichts gemein hat. In den kapitalistischen Ländern tobt der Klassenkampf, neue Konflikte und Kämpf stehen bevor, die Widersprüche zwischen Bourgeoisie und Proletariat spitzen sich zu. Dadurch wachsen die Möglichkeit und Not-

wendigkeit, daß sich alle Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären marxistisch-leninistischen Partei in einer Einheitsfront zusammenschließen, um der Bourgeoisie die politische und ökonomische Macht zu entreißen.

In dieser Situation kommen die revisionistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern und die modernen Revisionisten insgesamt noch mehr der Bourgeoisie zu Hilfe. Sie bemühen sich, die Bourgeoisie *„zu überreden"*, irgendein ökonomisch-politisches Zugeständnis zu machen, irgendeine *„Strukturreform"* zu akzeptieren usw. Die italienischen Revisionisten schlugen beispielsweise ihren *„historischen Kompromiß"* vor, um in die Regierung zu kommen und *„das Land zusammen mit der Bourgeoisie zu regieren"*; die französischen Revisionisten unterbreiteten *„das demokratische Programm der gemeinsamen Aktion"*, um an die Macht zu gelangen, indem sie öffentlich erklärten, daß sie auf die Lehre der Diktatur des Proletariats und auf ihre Errichtung verzichten. Die Ideen, die Politik und die Handlungen der modernen Revisionisten sind offener Verrat an der proletarischen Revolution und am Sozialismus, sind eine eindeutige Unterstützung dafür, dem Kapitalismus und der Herrschaft der Bourgeoisie das Leben zu verlängern, indem sie versuchen, den Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie abzuwiegeln.

Die Arbeiterklasse und die übrigen werktätigen Massen aber, die am eigenen Leib die grausame Ausbeutung, Armut, Elend, Arbeitslosigkeit, Verteuerung der Lebenshaltungskosten und die anderen Übel zu spüren bekommen, die ihnen die kapitalistische Ordnung und ihre heutige Wirtschafts- und Finanzkrise bringen, können sich weder mit den Maßnahmen, die die Bourgeoisie und ihr Staat traf und trifft, um aus der Krise herauszugelangen, noch mit der sozialen Demagogie der modernen Revisionisten, dieser Verräter am Proletariat, an der Revolution und am Sozialismus abfinden. Und wir sehen auch, daß sich die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen in der kapitalistisch-revisionistischen Welt zum Kampf gegen die Bourgeoisie erhoben haben, um ihre Rechte zu verteidigen. Sie gehen auf die Straße und führen Demonstrationen durch, rufen Streiks gegen die Stillegung von Fabriken und Entlassungen aus; sie fordern Lohnerhöhungen, Senkung der Preise und Steuern, sie fordern, daß mit Inflation, Militarisierung der Wirtschaft, den Vorbereitungen auf Kriege und Aggressionen gegen die Völker Schluß gemacht wird. All das zeigt, daß sich die Arbeiterklasse entgegen den Wünschen und Plänen der modernen Revisionisten nicht der Herrschaft der Bourgeoisie und ihrer offenen und verkappten Lakaien fügt, daß sie ihre Kräfte sammelt, ihr Bewußtsein stärkt und sich auf neue Klassenschlachten vorbereitet. Die Zeit arbeitet heute für die Völker, für die Revolution, deren Sieg unausbleiblich ist. *„Den Entwicklungsweg der heutigen menschlichen Gesellschaft"*, lehrt Genosse Enver Hoxha, *„erschließt und bestimmt die Revolution"* (Enver Hoxha, Bericht auf dem 6.Parteitag der PAA, dt.Ausgabe, S.11).

Die Geschichte des Imperialismus ist seit seiner Entstehung von der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Länder gekennzeichnet. Die heutige Wirtschafts- und Finanzkrise und die Bemühungen eines jeden kapitalistischen Landes, um aus ihr auf Kosten der anderen heranzugelangen, werden die ungleich mäßige Entwicklung weiter vertiefen. Die ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen Monopole und Kräfte bei den Versuchen, die Einflußbereiche, Absatzmärkte und Rohstoffquellen neu aufzuteilen, treibt die politisch-ökonomischen Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten bis zu einem Punkt, bei dem der Krieg ausbricht, um sie gewaltsam zu lösen. Die beiden zwischen den imperialistischen Mächten ausgebrochenen Weltkriege haben diese marxistisch-leninistische These voll und ganz bestätigt.

Eine Untersuchung der wirtschaftlichen und politischen Lage der kapitalistisch-revisionistischen Welt zeigt unmißverständlich, daß der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus ihre Pläne und ihr Streben nach Hegemonie und Weltherrschaft immer mehr erweitern. Sie zeigt auch, daß je mehr sich die ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen Länder vertieft, desto mehr die Erpressungen, Einmischungen und Drohungen durch die USA und die UdSSR ihren Partnern gegenüber zunehmen. Auf dieser Grundlage kam es zu den Konfrontationen zwischen dem US-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus einerseits, und allen übrigen Ländern der Welt andererseits, kam es zu den Konfrontationen unter den imperialistischen Kräften und zwischen diesen letzteren und den Völkern. Diese Erpressungen sind die Hauptursache der Spannungen, die es auf der Welt gibt, sowie der Kriegsherde, die von Zeit zu Zeit zum Ausbruch kommen; sie bergen in sich die Gefahr eines neuen Weltkrieges und führen auch dazu. *„Der amerikanische Imperialismus und der russische Imperialismus treiben die Welt in einen neuen Weltkrieg, schrecklicher als alle bisherigen"* (Enver Hoxha, „Die Politik der Volksrepublik Albanien ist offen, eine Politik der proletarischen Prinzipien", AH,Nr.5/74,S.12).

Der US-Imperialismus, der sowjetische Sozialimperialismus und die anderen imperialistischen Mächte unternehmen insbesondere Anstrengungen, um auf Kosten der Völker der halbkolonialen Entwicklungsländer aus der Wirtschafts- und Finanzkrise herauszugelangen. Infolgedessen werden die herrschenden Klassen dieser Länder mehr als bisher unter einen doppelten Druck geraten: den äußeren Druck durch die imperialistischen Mächte, die die Reichtümer ihrer Länder zu niedrigen Preisen rauben wollen, und den inneren Druck durch die werktätigen Massen, die fordern, daß die nationale Unabhängigkeit und Souveränität gefestigt und die Reichtümer im Interesse ihrer Länder, ihres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts, gestützt auf die eigenen Kräfte, genutzt werden. Der Ausgang dieser Auseinandersetzung wird durch das Kräfteverhältnis im Lande bestimmt. Der unaufhaltsame Lauf der Geschichte geht dahin, daß all diese Länder und Völker, die unter der monopolitischen und imperialistischen Unterdrückung und Ausbeutung durch die Monopole und den Imperialismus leiden, sich unbedingt zum Kampf erheben werden, um die nationale Unabhängigkeit und Souveränität zu verteidigen. Diesen Kampf und diese Einheit der Völker fürchten all die alten und neuen Kolonialherren mehr als alles andere.

Die auf einer marxistisch-leninistischen, dialektischen, objektiven Analyse der Lage in der kapitalistisch-revisionistischen Welt beruhenden Voraussagen der Partei der Arbeit Albaniens und Lehren des Genossen Enver Hoxha werden sich, wie in der Vergangenheit, auch in Zukunft, bestimmt bestätigen. Sie zeugen von der Richtigkeit und dem Weitblick der von der Partei der Arbeit Albaniens verfolgten marxistisch-leninistischen revolutionären Linie.

Stellungnahme zur Programmkritik der „Roten Fahne" Teil III

VI. Zur Bauernfrage und zur Frage der Bundesgenossen des Proletariats im allgemeinen

Wir stimmen mit der „Rote Fahne" vollständig darin überein, daß die Frage der Bundesgenossen des Proletariats und insbesondere die Bauernfrage eine *„ganz fundamentale Frage"* der Revolution und *„einer der großen Prüfsteine (ist), an denen sich Marxismus-Leninismus und Revisionismus voneinander scheiden"* (Rote Fahne (RF), S. 17, „Kommunist" Nr. 2, S. 22). Bereits 1894 hielt Engels im Vorwort zur „Bauernfrage in Frankreich und Deutschland" fest: *„Die Eroberung der politischen Macht durch die sozialistische Partei ist in absehbare Nähe gerückt. Um aber die politische Macht zu erobern, muß diese Partei vorher von der Stadt aufs Land gehen, muß eine Macht werden auf dem Land."* (MEW 22, S.486). Demgegenüber haben die Parteien der

II. Internationale *„ein gleichgültiges, ja direkt ablehnendes Verhalten gegenüber der Bauernfrage"* (Stalin) an den Tag gelegt und bis auf den heutigen Tag ist die verächtliche Behandlung der Landbevölkerung als *„eine reaktionäre Masse"* ein Kennzeichen der politischen Haltung von Reformisten und Revisionisten. *„Das gleichgültige, zuweilen geradezu ablehnende Verhalten der Parteien der II. Internationale gegenüber der Bauernfrage erklärt sich nicht nur aus den besonderen Entwicklungsbedingungen im Westen. Es erklärt sich vor allem daraus, daß diese Parteien nicht an die proletarische Diktatur glauben, die Revolution fürchten und nicht daran denken, das Proletariat zur Macht zu führen; wer aber die Revolution fürchtet, wer die Proletarier nicht zur Macht führen will, der kann sich für die Frage nach den Verbündeten des Proletariats in der Revolution nicht interessieren - für ihn ist die Frage nach den Verbündeten eine gleichgültige, nicht aktuelle Frage. Die Ironie, mit der sich die Helden der II. Internationale zur Bauernfrage verhalten, gehört bei ihnen zum guten Ton, gilt als Zeichen des 'echten' Marxismus. In Wirklichkeit gibt es hier auch nicht ein Gran Marxismus, denn die Gleichgültigkeit gegenüber einer so wichtigen Frage wie der Bauernfrage am Vorabend der proletarischen Revolution ist die Kehrseite der Ablehnung der Diktatur des Proletariats, ein unzweifelhaftes Merkmal des direkten Verrats am Marxismus."* (Stalin, Fragen des Leninismus, Berlin - Ost, 1951, S.51) Die „Rote Fahne" behauptet nun, daß unser Programm eine solche reaktionäre Haltung einnehme.

Sehen wir uns das Programm an: *„Die österreichische Bourgeoisie ist die herrschende Klasse. Sie zu stürzen und die politische Macht zu erobern, ist die nächste Aufgabe des österreichischen Proletariats. In diesem Kampf kann es die Masse der kleinen Bauern, der Gewerbetreibenden, die keine Lohnarbeit ausbeuten, und jener Lohnabhängigen gewinnen, deren Lebensumstände sich denen des Proletariats mehr und mehr angleichen."* (S.22) Und drei Seiten weiter hinten wird diese Aufgabe, *„die Masse der kleinen Bauern"* zu gewinnen, noch einmal unterstrichen und zugleich die Linie angegeben, auf der diese Aufgabe erfüllt werden kann; die Linie des revolutionär - demokratischen Kampfes: *„Doch im politischen Kampf steht das Proletariat nicht allein. Indem es sich im ständigen demokratischen Kampf gegen den imperialistischen Staatsapparat an die Spitze aller Kämpfer für die Rechte des Volkes stellt, gewinnt es die Masse der werktätigen, ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerung für sich und seine Ziele und sammelt sie unter seiner Führung."* (S.25) Hier wurde gegenüber dem ersten Programmentwurf sogar die Formulierung geändert, um die Notwendigkeit besonders hervorzustreichen, diese Massen zu gewinnen. Wie kann man, wenn man uns nicht verleumden will, behaupten, daß wir im Programm die bauernfrage als *„gleichgültige Frage"* behandeln, die *„gerade noch erwähnt"* würde, daß wir *„auf dem Standpunkt der Lassalle-Phrase von der reaktionären Masse'"* stünden, daß die Gewinnung der möglichen Bundesgenossen des Proletariats *„eine ganz nebensächliche Frage, gewissermaßen ein Luxus (sei), auf den man notfalls auch verzichten könne"*? Unser Programm bezieht keinen solchen Standpunkt.

Handelt es sich also um bloße Verleumdung? Anscheinend handelt es sich um mehr. Anscheinend handelt es sich um tatsächliche Differenzen zwischen unserem Programm und der „Rote Fahne", um Differenzen zwischen Marxismus-Leninismus und Abweichungen vom Marxismus-Leninismus, denn der Marxismus-Leninismus erfordert nicht nur, die Bauernfrage zu stellen, sondern auch, sie entsprechend der konkreten historischen Situation richtig zu beantworten. Unser Programm geht davon aus, daß in einem entwickelten kapitalistischen Land wie Österreich die Arbeiterklasse die einzig revolutionäre Klasse ist und daß andere Teile des Volkes nur soweit revolutionär sein können, soweit sie sich auf den Standpunkt der Arbeiterklasse stellen. Bereits im Kommunistischen Manifest heißt es:

„Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt.

Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat, so verteidigen sie nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen, so verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen." („Das Kommunistische Manifest")

Lenin und Stalin haben diese Anschauung immer wieder hervorgestrichen. 1919 sagte Lenin zum Beispiel: *„Die ganze politische Ökonomie, wenn irgend jemand irgend etwas aus ihr gelernt hat, die ganze Geschichte der Revolution, die ganze Geschichte der politischen Entwicklung während des ganzen 19. Jahrhunderts lehren uns, daß der Bauer entweder dem Arbeiter oder dem Bourgeois folgt. Er hat keinen anderen Weg. Das scheint natürlich dem einen Demokraten wohl beleidigend, der andere wird denken, daß ich aus marxistischer Boshaftigkeit den Bauern verleumde. Die Bauern sind die Mehrheit, sie sind Werktätige und sollen nicht ihren eigenen Weg verfolgen können! Warum?*

Wenn ihr nicht wißt, warum, würde ich solchen Bürgern sagen, dann lest die Anfangsgründe der politischen Ökonomie von Marx, die Darlegung der Marxschen Gedanken bei Kautsky, denkt nach über die Entwicklung jeder der großen Revolutionen den 18. und 19. Jahrhunderts, über die politische Geschichte eines jeden Landes im 19. Jahrhundert. Sie wird euch das Warum beantworten. Die Ökonomik der kapitalistischen Gesellschaft ist derart, daß nur das Kapital oder das es stürzende Proletariat die herrschende Kraft sein kann.

Andere Kräfte gibt es in der Ökonomik dieser Gesellschaft nicht." (LW 29, S.356) Die „Rote Fahne" schreibt dagegen: *„Es wird aber ganz deutlich in den vom Zentralorgan des KB Wien schon seit langem vertretenen Auffassungen, daß allein die Arbeiterklasse revolutionär sei, die Bauern dagegen 'keine revolutionäre Klasse' darstellten. In den 'Erläuterungen zum Programmentwurf' wird diese Auffassung in der Form wiederholt, daß 'die Arbeiterklasse die einzige revolutionäre Klasse' ist.*

Mit dem Marxismus-Leninismus haben solchen Auffassungen nichts zu tun..." (RF, S.18, „Kommunist", S.23). Der Verfasser der „Roten-Fahne" kennt natürlich die berühmte Stelle aus dem Kommunistischen Manifest und versucht sie aus dem Weg zu räumen: *„Der Schwindel (des KB-Programms) ist eben, daß Feststellungen, die für die vormonopolistische Phase des Kapitalismus bzw. in konkreten historischen Situationen in bestimmten Länder zutrafen, in unzulässiger Verallgemeinerung und Verabsolutierung auch auf die imperialistische Periode und auf jede beliebige historische Situation übertragen werden."* (RF, S.18, Kommunist, S.23). Das ist nur sinnloses Wortgeklingel. Ändern denn die zunehmende Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft, die Zersetzung der Bauernschaft in verschiedene Schichten, ja Klassen - mit den beiden Extremen des Proletariats und der Bourgeoisie auf dem Lande -, der Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium, die Bildung einer Finanzoligarchie, die auch die Landbevölkerung ausbeutet, ausplündert und knechtet - ändern denn diese Entwicklungen etwas daran, daß das Proletariat im Kapitalismus die einzige revolutionäre Klasse ist? Ändern denn die Verwandlung der Masse der Bauern in Proletarier sowie Halbproletarier und Kleinbauern, die nur formell Eigentümer, in Wahrheit „Heimarbeiter" sind, - ändern denn diese Entwicklungen etwas an dem von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest formulierten grundsätzlichen Standpunkt? Sie ändern nichts daran. Die „Rote Fahne" praktiziert hier lediglich die Methode der Verwischung, Verwirrung und Vernebelung. Besonders deutlich wird das auf Seite 19 (Kommunist, S.24), wo die „Rote Fahne" unserem Progamm die Position entgegenstellt, es sei *„ein Gipfel an Ignoranz, die sehr wesentlichen* revolutionären *Potenzen zu leugnen, die es vor allem bei den Kleinbauern, aber auch weit hinein in die Reihen der unteren Mittelbauern gibt, da sie gänzlich oder hauptsächlich* Ausgebeutete *sind - zum einen durch die Großbauern und Großagrarier, welche den meisten und besten Boden, die modernsten Maschinen und Einrichtungen haben und die auch alle bäuerlichen Institutionen, Genossenschaften, Raiffeisenkassen, Agrarfonds, Berufsvertretungen und Agrarbehörden beherrschen, und zum andern durch das Industrie- und Bankkapital, das durch Wucherpreise bei Geräten und Maschinen, bei Kunstdünger und Spritzmitteln, durch hohe Kreditzinsen usw. den Schweiß der arbeitenden Bauern in fette Dividenden verwandelt."*

Die Teile der Landbevölkerung, die *„gänzlich oder hauptsächlich Ausgebeutete sind"* (Ausgebeutete, nicht etwa durch die Konkurrenz bedrängte Warenproduzenten!) und *„deren Schweiß sich in fette Dividenden verwandelt"*, sind offensichtlich proletarische und halbproletarische Schichten, also Teile der Arbeiterklasse, oder jedenfalls solche Kleinbauern, die schon mehr Lohnarbeiter als Eigentümer sind. Die *„revolutionären Potenzen"* dieser Teile der Landbevölkerung stehen außer Zweifel, aber sie bestätigen vollständig die These, daß im Kapitalismus einzig und allein das Proletariat, dessen Teil das Landproletariat ist, eine revolutionäre

Klasse ist und andere Teile des Volkes nur im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat.

Selbstverständlich sind wir mit der Auffassung der „Roten Fahne", daß „die Bauern" in Österreich längst keine einheitliche Klasse mehr bilden, sondern „die Bauernschaft" in verschiedene Klassen zerfallen ist, vollkommen einverstanden. Die „KB-These", daß *„die Bauern" „keine revolutionäre Klasse"*, also jedenfalls *eine Klasse* darstellten, die zeigen soll, daß wir *„von der kapitalistischen Entwicklung auf dem Land im allgemeinen und von der Lage in den österreichischen Dörfern im besonderen keine blasse Ahnung haben"*(S.18) - diese „KB-These" wird man in keinem unserer Dokumente finden, weder im Programm, noch in den anderen Gründungsbeschlüssen, noch auch in den „Erläuterungen zum Programmentwurf". Sie ist eine Erfindung der „Roten Fahne".

Stellen wir uns noch einmal die Frage von vorhin: Hat die Polemik der „Roten Fahne" gegen unser Programm - außer dem Heruntermachen und *„Entlarven"* des Programms als *„revisionistisch"* - irgendeine Bedeutung? Es hat eine solche Bedeutung. Es hat die Bedeutung, daß der Leugnung der führenden Rolle der Arbeiterklasse in der Revolution der Boden bereitet wird. Was sonst ist eine Polemik gegen die marxistisch-leninistische Auffassung, daß in einem entwickelten kapitalistischen Land die Arbeiterklasse die einzige revolutionäre Klasse ist? Was sonst ist auch eine Polemik gegen den Satz Lenins, daß die Arbeiterklasse imstande sei, *„ihren ökonomischen und politischen Kampf allein zu führen, selbst wenn ihr von keiner anderen Klasse geholfen werden sollte"* (LW 4,S.208)? Dieser Satz, der auch in unserem Programm steht, richtet sich gegen das Infragestellen der Selbständigkeit, gegen die Leugnung der führenden Rolle, gegen das „Abhängigmachen" der Arbeiterklasse von anderen Klassen und Schichten. Mit der Ansicht, *„das Proletariat könne ohnehin alles alleine machen, brauche eigentlich gar keine Bundesgenossen..."* (S.17/18) hat das nicht das Geringste zu tun. Nicht umsonst fährt Lenin fort: *„Doch im politischen Kampf stehen die Arbeiter nicht allein. Die völlige Rechtlosigkeit des Volkes und die brutale Willkür der Beamtenbüttel empören auch alle einigermaßen ehrlichen gebildeten Menschen, die sich mit der Verfolgung jedes freien Wortes und jedes freien Gedankens nicht abfinden können, sie empören die verfolgten Polen, Finnen, Juden, die russischen Sektenanhänger, sie empören die kleinen Kaufleute, Gewerbetreibenden, Bauern, die vor den Bedrückungen durch die Beamten und die Polizei nirgends Schutz finden können. Alle diese Bevölkerungsgruppen sind, einzeln genommen, zu einem beharrlichen politischen Kampf unfähig, wenn aber die Arbeiterklasse das Banner dieses Kampfes entrollt, werden sich ihr von allen Seiten hilfsbereite Hände entgegenstrecken. Die russische Sozialdemokratie wird sich an die Spitze aller Kämpfer für die Rechte des Volkes, aller Kämpfer für die Demokratie stellen, und dann wird sie unbesiegbar sein!"*(LW 4,S.208). Und ebenso heißt die entsprechende - oben bereits zitierte - Stelle in unserem Programm, bei der die „Rote Fahne" nur die erste Hälfte zitiert und somit *„ein wenig manipuliert, den Zusammenhang verfälscht und alles durcheinander bringt"* (S.17): *„Die Arbeiterklasse ist imstande, ihren ökonomischen und politischen Kampf auch allein zu führen, selbst wenn ihr von keiner anderen Klasse geholfen werden sollte. Doch im politischen Kampf steht das Proletariat nicht allein. Indem es sich im ständigen demokratischen Kampf gegen den imperialistischen Staatsapparat an die Spitze aller Kämpfer für die Rechte des Volkes stellt, gewinnt es die Masse der werktätigen, ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerung für sich und seine Ziele und sammelt sie unter seiner Führung."* 25 S

Zum Schluß muß noch die Frage beantwortet werden, warum unsere Gründungsdokumente nicht über das Programm hinaus eine so wesentliche Frage wie die Bauernfrage ausführlicher behandeln. Das liegt nicht daran, daß wir diese Frage für unbedeutend halten, sondern daran, daß wir dabei theoretisch und praktisch erst am Anfang stehen. Öffentlich haben wir uns bisher dazu nur im „Kommunist" 1/75 (September 1975) und in einigen Zeitungsartikeln geäußert, wobei sich in letztere mehrmals schwerwiegende politische Fehler eingeschlichen haben. Von einer richtigen marxistisch-leninistischen Position aus, und mit Hilfe des Marxismus-Leninismus werden wir hinsichtlich der Arbeit unter der Landbevölkerung theoretisch und praktisch vorwärtskommen. Das ZK des KB Österreichs hat zu diesem Zweck in seinen Reihen auch einen eigenen Referenten für diese Frage bestimmt.

VII. Zur Minderheitenfrage

Im Programmentwurf hatte es geheißen: *„Der Assimilationsprozeß der slowenischen, kroatischen und ungarischen Minderheit ist heute so weit fortgeschritten, daß diese zum Bestandteil der österreichischen Nation geworden sind."* Die „Rote Fahne" hat sich über diesen Satz gestürzt und uns der *„chauvinistischen Einverleibungspolitik"* bezichtigt. Bereits vorher hatte die Gründungskonferenz diesen Satz geändert. Im Programm heißt es jetzt: *„Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise hat die verschiedenen Nationalitäten auf österreichischem Boden zu einer, der österreichischen Nation verschmolzen, die von Klassengegensätzen zerrissen ist."* (S.22). Die ursprüngliche Formulierung war schlecht, nicht weil sie die Tatsache der Verschmelzung der verschiedenen Nationalitäten zu einer Nation und ihrer Aufhebung als besondere Nationalstaaten feststellt, sondern weil sie vom Standpunkt der Mehrheitsnationalität aus feststellt, als *„Assimilation"* der Minderheiten in die (deutsch-)österreichische Nation, statt als Verschmelzung der verschiedenen Nationalitäten zur österreichischen Nation. Die ursprüngliche Formulierung war eine chauvinistische Formulierung. Die „Rote Fahne" kritisiert diese Formulierung allerdings ganz anders. Sie bestreitet die Tatsache der Verschmelzung der Nationalitäten und ihrer Aufhebung in einer Nation. Sie geht davon aus, daß die slowenische, kroatische und ungarische Volksgruppe intakte nationale Minderheiten oder Nationalitäten sind und unser *„Chauvinismus"* darin bestünde, daß im Programmentwurf *„jenen, die zwar als 'Minderheiten' angesprochen werden, der Charakter als nationale Minderheit vollständig abgesprochen wird."* (S.19 f., „Kommunist", S. 24/25).

Das ist freilich keine Frage des Zugestehens oder Absprechens, sondern eine Frage der objektiven Wirklichkeit. Sie kann nur durch konkrete Untersuchungen beantwortet werden. Genauso wie nämlich etwa die Bauernschaft unter dem Einfluß der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise sich zersetzt in verschiedene Klassen und nicht ewig als Einheit fortbesteht, genauso werden die Unterschiede zwischen den verschiedenen Nationalitäten eines Landes eingeschmolzen. Dieser Prozeß gründet auf dem Eindringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft, der Industrialisierung des Gebiets der nationalen Minderheiten, ihrer Verwandlung aus Bauern in Lohnarbeiter. Als Lohnarbeiter verlieren die Angehörigen verschiedener Nationalitäten ihre Besonderheiten. Die verschiedenen Nationalitäten, *„historisch entstandene stabile Gemeinschaften von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart"* (Stalin Werke 2,S.272) verschmelzen und werden in einer neuen einheitlichen Nation aufgehoben. *„Die Nation (ist), wie jede historische Erscheinung überhaupt, dem Gesetz der Veränderung unterworfen, (sie hat) ihre Geschichte, ihren Anfang und ihr Ende"* (Stalin Werke 2, S. 272).

Was die nationalen Minderheiten in Österreich betrifft, hat dieser Prozeß in der Zwischenkriegszeit massiv eingesetzt und heute einen Stand erreicht, daß man nicht mehr von *„nationalen Minderheiten"* sprechen kann, für die alle oben angeführten Merkmale zutreffen - denn: *„Nur das Vorhandensein aller Merkmale zusammen ergibt eine Nation."* (Stalin Werke 2, S.272)

Selbstverständlich geht dieser ganze Entwicklungsprozeß nicht so vor sich, daß sich die nationalen Minderheiten über Nacht in Luft auflösen. Auch wenn nicht mehr von nationalen Minderheiten gesprochen werden kann - und das ist wie gesagt eine Frage von größter politischer Bedeutung - bleiben Volksgruppen bestehen, die aufgrund ihrer Geschichte etwas anderes sind, sowohl als x-beliebige Österreicher mit Fremdsprachenkenntnissen als auch als die paar Tausend - sagen wir - Italiener oder Perser in Österreich. Es sind *„bodenständige"* Minderheiten, die einmal nationale Minderheiten waren, es zwar nicht mehr im vollen Sinn sind, aber trotzdem gewisse Forderungen erheben und Rechte geltend machen, die sich vor allem auf ihre Sprache, aber auch auf die Pflege ihrer Kultur und Geschichte usw. beziehen.

Für die „Rote Fahne" dagegen gibt es nur die Alternative: Entweder Nationalität oder gar nichts. Das ist ein schematischer und unhistorischer, ein metaphysischer und idealistischer Standpunkt. So heißt es in der „Roten Fahne": *„Daß diese Minderheiten eine* andere Sprache *sprechen, das hat angeblich überhaupt nichts mit*

nationalen *Besonderheiten zu tun, es ist sozusagen nur eine Laune der Natur. Ob diese Minderheiten, insbesondere die hier lebenden* Slowenen *und* Kroaten, *es nun wollen oder nicht, welche Sprache sie auch sprechen mögen, welche nationale Kultur, welche nationalen Traditionen und Besonderheiten sie auch haben - dem KB-Programm ist das wurst, es erklärt sie alle kurzerhand zum 'Bestandteil der österreichischen Nation' und keiner anderen."* Und: *„Wenn etwa die slowenische oder kroatische Minderheit in Österreich gar keine* nationalen *Minderheiten sind, sondern Bestandteil der* österreichischen *Nation, wozu bedarf es dann überhaupt 'besonderer Sprachenrechte'? Wieso genügt dann nicht, das selbstverständliche Recht jedes Österreichers, englisch, französisch oder in irgendeiner anderen Fremdsprache zu reden. Welche Vorstellungen hat denn der 'Kommunistische Bund' von einer Nation? Ist er mit der bekannten Stalin'schen Definition nicht einverstanden, daß sie unter anderem eine 'Gemeinschaft der* Sprache' *ist? Und welch geheimnisvolles Wesen ist dann eigentlich eine 'Minderheit'?"* (S. 20, Kommunist S. 25)

Was der „Roten Fahne" „geheimnisvoll" erscheint, ist der Prozeß *„der Geschichte, des Anfanges und des Endes"* von Nationalitäten und daß nicht alles immer so bleibt, wie es ist. Daß die Stalin'sche Definition der Nation nicht nur hier, sondern in dem gesamten Abschnitt der „Roten Fahne" in geradezu schamloser Weise amputiert und verkürzt wird auf *ein* Merkmal, auf die Gemeinsamkeit der Sprache, daß aus dieser einen Gemeinsamkeit auf die Existenz einer Nationalität geschlossen, also gerade das getan wird, *wogegen* Stalin sich seine Definition erarbeitet, das ist schon direkt peinlich und aufdringlich. Daß etwa die Slowenen zwar keine nationale Minderheit mehr sind, aber natürlich nicht irgendwelche x-beliebigen Österreicher mit Fremdsprachenkenntnissen ist ebenso selbstverständlich, wie daß das „Recht", *„englisch, französisch oder in irgendeiner anderen Fremdsprache zu reden"*, nichts damit zu tun hat, ob eine Sprache als öffentliche Sprache anerkannt ist, mit der man also z.B. mit Behörden verkehren kann. Besonders tief ist die „Rote Fahne" wahrlich nicht in das Problem eingedrungen, über das sie schreibt.

Die verschiedene Einschätzung der Minderheiten in Österreich ist von größter politischer Bedeutung. Würde es sich bei den Slowenen in Kärnten um eine intakte Nationalität handeln, ginge es um das Selbstbestimmungsrecht dieser Nationalität, um ihr Recht auf Lostrennung und den Anschluß an Slowenien und zumindest um nationale Autonomie von Südkärnten, wo dann - was die Sprachenfrage betrifft - nicht deutsch, sondern slowenisch die Staatssprache wäre. Darum geht es aber weder objektiv noch subjektiv, d.h. es wird auch nicht von den Slowenen und ihren Organisationen gefordert. Worum es aber geht, ist die Gleichberechtigung der Minderheiten. Zu diesem Zweck stellt unser Programm eine Reihe von Forderungen auf, die sich v.a. auf die Gleichberechtigung der Sprachen der Minderheiten beziehen.

Diese Forderungen sind: „Recht der Angehörigen der slowenischen, kroatischen und ungarischen Minderheit auf Verkehr in der Muttersprache mit allen Ämtern, Behörden und Gerichten sowie im Bundesheer, im gemischtsprachigen Gebiet direkt, im übrigen Österreich durch Dolmetscher.

Recht für die Angehörigen der Minderheiten im gemischtsprachigen Gebiet auf zweisprachige Ausbildung in allen Bereichen des Volksbildungswesens; Recht für alle Angehörigen der Minderheiten in ganz Österreich auf Unterweisung in der Muttersprache.

Obligatorische Unterweisung aller Kinder und Jugendlichen im gemischtsprachigen Gebiet in der Sprache der Minderheiten.

Zweisprachigkeit aller topographischen Aufschriften sowie aller öffentlichen Kundmachungen, Bezeichnungen und Aufschriften im gemischtsprachigen Gebiet.

Gesetzliches Verbot der Diskriminierung der Minderheiten." (S. 28 f.) Diese Forderungen, die ich hier nicht im einzelnen erläutern will, stützen sich auf eine durch umfassende und tiefgehende konkrete Untersuchungen gewonnene Analyse der wirklichen Verhältnisse hinsichtlich der Minderheiten. Sie dienen der Gleichberechtigung der Minderheiten, d.h. ihrer gleichberechtigten Teilnahme am Klassenkampf um den Sozialismus, der dann endgültig und vollständig jede wie immer geartete Diskriminierung der Minderheiten beseitigen wird. Diese Forderungen alleine können das natürlich nicht bringen. Die Schreibereien der „Roten Fahne" stützen sich auf nichts, sie beruhen im Gegenteil auf völliger Unkenntnis der Probleme, was von der *„Minderheitenfeststellung"* offenbart, nämlich daß diese für die Minderheiten das Recht bedeute, sich zu ihrer Muttersprache zu bekennen (!) (S. 20, „Kommunist" S. 25). Was die „Rote Fahne" unseren Programmforderungen entgegenhält, ist das *„Recht auf nationale Autonomie und Selbstverwaltung"*. Für eine Minderheit, die keine Nationalität mehr ist und dieses Recht dementsprechend auch gar nicht anstrebt, ist das augenscheinlich sinnlos. Eine solche Hirnweberei ist nur vom Standpunkt eines Schreiberlings möglich, der sich nicht um die Wirklichkeit schert, und sich mit Phrasen begnügt und keine konkreten Forderungen und Kampfziele formuliert und in dieser Frage weder einen einzigen praktischen politischen Schritt getan hat, tut, noch zu tun vorhat.

VIII. Zur Frage der ausländischen Arbeiter

Eine Tatsache von schwerwiegender Bedeutung für den Klassenkampf ist die politische Rechtlosigkeit eines Teils der der österreichischen Bourgeoisie und ihrem Staat gegenüberstehenden Arbeiter, d.h. eines Teils der österreichischen Arbeiterklasse, nämlich der aus dem Ausland kommenden Arbeiter. Ihnen sind selbst die elementarsten politischen Rechte vorenthalten. *„Die politische Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter und deren Lage als Fremde stärkt die politische Reaktion, die auch sonst im Wachsen ist, und schwächt die internationale Solidarität des Proletariats."* (Lenin, Werke Bd

spaltet objektiv die Arbeiterklasse in In- und Ausländer, indem sie sie unter verschiedene Lebens- und Kampfbedingungen stellt, sie schwächt mit der totalen Entrechtung eines Teils der Arbeiterklasse und dessen weitgehendem Ausschluß vom öffentlichen Leben die ganze Klasse, bietet einen beständigen Ansatzpunkt für den Chauvinismus und die damit einhergehende politische Spaltung der Arbeiterklasse. Die soziale Wurzel dieses Übels sind die kapitalistischen Verhältnisse, die im Imperialismus zur Verschiebung großer Arbeitermassen von einem Land ins andere führen (siehe dazu Lenin Werke, Band 26, S.155). Es ist nur zu begreifen im Zusammenhang mit der gesamten politischen Reaktion der Bourgeoisie. Die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter ändert nichts an der sozialen Wurzel des Übels und schafft die politische Reaktion nicht aus der Welt, aber sie verbessert nachhaltig die Bedinungen des Klassenkampfes. Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit bedeutet Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiter. Das anerkennt auch die „Rote Fahne": *„Selbstverständlich müssen nicht nur die Marxisten - Leninisten, sondern überhaupt alle fortschrittlichen Menschen darauf bestehen und in engster Solidarität mit den in Österreich tätigen ausländischen Arbeitern dafür kämpfen, daß diese* keinerlei wie immer gearteter Diskriminierung *unterworfen werden, ungeschmälerte wirtschaftliche und soziale, demokratische und politische Rechte genießen, daß sie insbesondere* arbeits- und sozialrechtlich *in keiner Weise benachteiligt sind, daß sie keinerlei nationanler Unterdückung ausgesetzt sind, daß sie vor Ämtern und Behörden nicht als Menschen zweiter Ordnung abgefertigt, im gesamten gesellschaftlichen Leben als gleichberechtigt respektiert werden usw. usf."* (RF S.20; 'Kommunist 2/76' S. 26). Das alles müssen die Marxisten - Leninisten selbstverständlich auf ihre Fahnen schreiben. darin stimmen wir mit der „Roten Fahne" vollständig überein. Selbstverständlich müssen sie sich aber weiters überlegen, wie z.B. erreicht werden kann, daß die Ausländer dieselben politischen Rechte genießen wie die Inländer, und zwar alle politischen Rechte und vollständig. Es liegt auf der Hand, daß das nur durch die völlige Aufhebung des Unterschieds in der rechtlichen Stellung von Inländern und Ausländern möglich ist, weil es in dieser Aufhebung besteht. Wir fordern daher die Einbürgerung der Ausländer, denn dies ist die einzig mögliche Form, die volle Gleichberechtigung der Ausländer zu erreichen. Bis vor ungefähr drei Jahren hatten wir uns damit zufriedengegeben, die Gleichberechtigung zu fordern, aber diese allgemeine Formel genügte bald nicht mehr und mußte der konkreten Forderung nach Einbürgerung Platz machen, die wir auch im Programm festgehalten haben. Ein Anstoß dafür bildete damals eine entsprechende Änderung des Programms des Kommunistischen Bundes Westdeutschland. Stützen konnten wir uns dabei aber vor allem auf Lenin, der als eine besonders dringende demokratische Umgestaltung in der Schweiz bezeichnete: *„Einführung der kostenlosen Zwangseinbürgerung der Ausländer in der Schweiz, jeder Ausländer, nachdem er drei Monate in der Schweiz verbracht hat, wird zum Schweizer Bürger, wenn er nicht aufgrund besonderer Umstände um*

Verschiebung des Termins bittet (und zwar nicht mehr als auf weitere drei Monate). Aufklärung der Massen über die besondere Dringlichkeit dieser Reform für die Schweiz sowohl vom allgemein-demokratischen Standpunkt als auch deswegen, weil die imperialistische Umgebung der Schweiz zu einem Staate mit dem höchsten Prozentsatz an Ausländern in ganz Europa gemacht hat. Neun Zehntel (genauer: 96%) der sich in der Schweiz befindenden Ausländern sprechen eine von den drei in der Schweiz verbreiteten Sprachen.". (Lenin Werke, Bd. 23, S. 141)

Wie man sieht, findet sich hier schon der ganze *„chauvinistische Stumpfsinn"* unseres Programms in *„hoffnungslosem Bürokratendenken"* ausgebreitet. In unserem Programm heißt es: *„Völlige rechtliche Gleichstellung der in Österreich lebenden Ausländer; kostenlose und obligatorische Einbürgerung nach 3 Monaten; Möglichkeit zur einmaligen Verschiebung des Termins durch den betreffenden Ausländer um weitere 3 Monate; unentgeltlicher, obligatorischer Sprachunterricht im Ausmaß von 4 Stunden wöchentlich während der ersten 3 Jahre des Aufenthalts; Unterricht während der Arbeitszeit; Weiterzahlung des Lohns während der Unterrichtszeit durch die Kapitalisten; Recht auf Gebrauch der Muttersprache vor Behörden und Gerichten und auf Unterweisung der Kinder in ihrer Muttersprache".* (S.28). Und in den Erläuterungen zum Programmentwurf hieß es: *„Um der Spaltung der Arbeiterklasse einen Riegel vorzuschieben, verlangen wir die völlige rechtliche Gleichstellung der Ausländer. Sie kann nur gewährleistet werden, wenn sie als österreichische Staatsbürger behandelt werden. Wir verlangen ihre Einbürgerung nach einem Zeitraum, der vorübergehende Aufenthalte im wesentlichen ausschließt und doch kurz genug ist, um Manöver auszuschließen, durch regelmäßiges Abschieben die Einbürgerung ausländischer Arbeiter zu verhindern. Um den Klassenkampf gemeinsam mit den österreichischen Arbeitern führen zu können, ist die Kenntnis der Landessprache nötig. Das Ausmaß von einem halben Arbeitstag pro Woche durch drei Jahre hindurch scheint ausreichend, um sie erlernen zu können, und sollte eindeutig festgelegt sein. Um nicht behördlichen Schikanen ausgesetzt zu sein, muß das Recht auf Gebrauch der Muttersprache gegenüber den Staatsorganen gesichert werden. Um den Weg zur Rückkehr in die Heimat nicht zu versperren, sollen die Kinder die Möglichkeit zum Erlernen ihrer Muttersprache in den Schulen haben."* („Kommunist" 1/76 (April 1976, S. 59))

Sehen wir uns nun an, was die „Rote Fahne" dem entgegenzusetzen hat: Sie behauptet einmal, daß für die Gleichberechtigung die Einbürgerung der Ausländer nicht notwendig sei. *„Die Behauptung, daß die in Österreich tätigen ausländischen Arbeiter 'nur' dann wirklich gleichberechtigt sein können, wenn sie die österreichische Staatsbürgerschaftsurkunde in der Tasche haben, ist völlig aus der Luft gegriffen, widerspiegelt nicht nur hoffnungsloses Bürokratendenken, sondern impliziert auch, daß jene, die diesen Wisch nicht besitzen, sozusagen selbstverständlich und notwendig Menschen zweiter Klasse seien."* (S. 22, „Kommunist" S. 27) Das ist alles, was die „Rote Fahne" zu diesem Thema zu sagen beliebt. Auf auch nur ein einziges Argument wartet man vergeblich. Dafür bekommt man Geschwätz und Demagogie serviert. Die Frage des Besitzes politischer Rechte wird einerseits auf die Frage des Besitzes des *„Wischs einer Staatsbürgerschaftsurkunde"* reduziert, andrerseits mit ganz anderen Fragen wie der Frage der Diskriminierung überhaupt, die auch mit der vollen Gleichberechtigung nicht aus der Welt geschafft wäre, vermischt. Die Bedeutung politischer Rechte, welche Bedeutung sie haben und welche sie nicht haben können, versteht die „Rote Fahne" nicht. Daß wir ihnen eine gewisse Bedeutung für den Klassenkampf beimessen und sie daher für notwendig halten, ist *„hoffnungsloses Bürokratendenken"*; wozu braucht man politische Rechte, wenn nur der Kampfwille, das Klassenbewußtsein, die proletarische Solidarität usw. der Arbeiter vorhanden sind? Das ist die eine Seite der Argumentation der „Roten Fahne". Gegen den Kampf um politische Rechte ins Treffen zu führen, daß diese nicht alles lösen - das ist die andere Seite. Mit großen Worten wird der Kampf um politische Rechte und um Demokratie negiert. An die Stelle des Kampfes um die Schaffung solcher Bedingungen, die die Herstellung der Kampfeinheit der inländischen und ausländischen Arbeiter erleichtern, tritt ein allgemeines Palaver über die *„große Einheit der österreichischen und der ausländischen Arbeiter"* und daß alle Arbeiter der Welt Teil der internationalen Arbeiterklasse sind. Das ist der Standpunkt des Schwätzers, der sich um die wirklichen Probleme des Klassenkampfes nicht schert.

Diesen ihren Standpunkt „umgibt" die „Rote Fahne" mit den verschiedensten Argumenten und Kritiken gegenüber unserem Programm. Kritisiert wird erstens, daß die Einbürgerung nicht nur für ausländische Arbeiter, sondern für alle Ausländer gefordert wird. Als ob es nicht im Wesen von politischen Rechten läge, daß sie nicht nur für die Arbeiter gelten, sondern allgemeine Rechte sind. Wir fordern ja auch das allgemeine Wahlrecht, nicht nur ein Arbeiterwahlrecht, die allgemeine Schulpflicht, nicht nur eine Arbeiterschulpflicht, die allgemeine Wehrpflicht, nicht nur eine Arbeiterwehrpflicht usw. usf. Die Arbeiterklasse wird alle diese Rechte in ihrem Interesse nutzen und die Demokratie für ihre Zwecke benutzen. Sie kann das aufgrund ihrer Stellung als produktive und revolutionäre Klasse. Um sich formieren und an die Spitze des ganzen Volkes setzen zu können, muß sie das ganze öffentliche Leben in demokratischer Weise gestalten und heute schon dafür kämpfen. Keinesfalls darf sie sich darauf beschränken, Rechte nur für sich zu fordern. Ich möchte in diesem Zusammenhang an *„Was tun?"* erinnern, vor allem das Kapitel III, e (Lenin Werke, Band 5, S. 435 ff.). Wenn die „Rote Fahne" gegen unsere Forderungen vorbringt, daß es uns *„um alle Ausländer schlechthin, ob sie nun Arbeiter oder Geschäftsleute, Manager oder Großkapitalisten* (oder auch Agenten und Spione ausländischer Imperialisten, wie es weiter hinten heißt, W.L.) *sind"*, so ist dazu zu sagen, daß es uns um den proletarischen Klassenkampf und um die führende Rolle der Arbeiterklasse gegenüber dem gesamten Volk geht und daß wir gerade deshalb ein allgemeines Recht fordern, das sich *„formell gesehen"* auch auf ausländische Kapitalisten bezieht. Der Vorwurf der „Roten Fahne", daß damit *„Arbeiter und Kapitalisten verwechselt"* (!) würden, ist nur eine lächerliche demagogische Phrase.

Der zweite Angriff der „Roten Fahne" richtet sich gegen die obligatorische, das heißt zwangsweise Einbürgerung der Ausländer. Es ist aber leicht zu begreifen, daß viele Rechte ihrem Zweck praktisch nur entsprechen können, wenn sie obligatorisch und Pflichten sind, und daß sie andernfalls sinnlos wären. Man braucht nur an die oben bereits erwähnte allgemeine Wehrpflicht oder an die allgemeine Schulpflicht denken, aber auch an spezielle Arbeiterrechte wie zum Beispiel das Überstundenverbot, das ebenfalls sowohl gegenüber den Kapitalisten als auch gegenüber den Arbeitern eine Zwangsregelung ist. Es wäre nur in die Hände der Bourgeoisie gespielt, dies unter dem Deckmantel, niemanden zu etwas zwingen zu wollen, zu durchlöchern. Ganz genauso ist es bei der Einbürgerungsforderung. Sie steht und fällt damit, daß sie als allgemeine Zwangsregelung im Interesse der Arbeiterklasse durchgesetzt wird.

Den dritten Angriff führt die „Rote Fahne" so, daß sie erklärt, das KB-Programm ginge stillschweigend davon aus, daß die Einbürgerung dem ausländischen Arbeiter nur Vorteile bringe; alles dies sei aber *„sicher nicht unbedingt der Fall"*; es bringe ihm auch gewisse Nachteile. Davon geht unser Programm keinesfalls aus. Unser Programm geht nicht - wie es die „Rote Fahne" tut - von dem einzelnen ausländischen Arbeiter aus und wägt die Vor- und Nachteile ab, die die Einbürgerung ihm brächte. Unser Programm geht von der Arbeiterklasse aus und davon, daß die Gleichberechtigung der Ausländer ein Vorteil, ihre Entrechtung dagegen ein Nachteil für die Arbeiterklasse ist.

Gegen Ende des Kapitels *„Behandlung der Gastarbeiter als 'Beutegermanen'"* kommt dann der grundlegende Standpunkt der „Roten Fahne" zur Frage der ausländischen Arbeiter zum Vorschein, der Standpunkt, der zwar nicht wie die Negierung des Kampfes um politische Rechte und um Demokratie die Wurzel ihrer falschen Auffassungen ist, aber diese doch nahelegt: *„Unter den heutigen Bedingungen* (leider wird nicht gesagt, was hier gemeint ist, W.L.) *sind die ausländischen Arbeiter in Österreich weder ein Teil des österreichischen Volkes oder der österreichischen Nation* noch *ein Teil der österreichischen Arbeiterklasse, sondern* ein Teil der Arbeiterklase ihrer Länder, *ihrer Heimatländer, die sie gezwungenermaßen verlassen haben und in die sie in ihrer überwältigenden Mehrheit zurückkehren werden, um dort die Revolution zum Sieg zu führen.*

Während die ausländischen Arbeiter und die österreichischen Arbeiter selbstverständlich eine Kampffront bilden *müssen, wo immer sie heute arbeiten und leben - wobei die ausländischen Arbeiter der österreichischen Arbeiterschaft nicht selten ein Vorbild an Solidarität und Opferbereitschaft, an Bewußtheit und Kampfentschlossenheit geben - ist und bleibt die politisch* hauptsächliche Aufgabe *der ausländischen Arbeiter, eben als Teil der Arbeiterklasse* ihrer *Länder, dennoch die Unterstützung der* Revolution in ihrer Heimat.

Deswegen ist - um ein konkretes Beispiel zu nennen - etwa der Platz der spanischen Arbeiter *in Österreich auch nicht in der österreichischen Marxistisch-Leninistischen Partei, sondern in der PCE/ML, ebenso wie der Platz der revolutionären*

türkischen, jugoslawischen und anderen ausländischen Arbeiter in Österreich in ihren eigenen *marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen ist.*" (S. 22 f., „Kommunist", S. 27 f.) Diese Meinung teilen wir nicht. Die österreichische Arbeiterklasse umfaßt alle Arbeiter, die der österreichischen Kapitalistenklasse und ihrem Staat gegenüberstehen, von ihr ausgebeutet werden und den Klassenkampf gegen sie führen müssen. Deshalb sind die ausländischen Arbeiter in Österreich Teil der österreichischen Arbeiterklasse. Ihre Hauptaufgae haben sie dort, wo sie sind, und nicht dort, wo sie nicht sind. Ihren Hauptfeind haben sie in der herrschenden Klasse, der sie wirklich unmittelbar gegenüberstehen. Das ist nicht chauvinistisch und hat mit „Germanisierung" nichts zu tun. Es entspricht nur den Tatsachen des Klassenkampfes. Dementsprechend sind wir auch der Meinung, daß erstensdie österreichischen Marxisten-Leninisten selbst die politische Arbeit unter den ausländischen Arbeitern entfalten müssen und daß sich zweitens revolutionäre ausländische Arbeiter in den Reihen der österreichischen Marxisten-Leninisten organisieren sollen - ohne natürlich die *„Unterstützung der Revolution in ihrer Heimat"* aufzugeben.

IX. Zur Frage des Imperialismus und der Rolle Befreiungskampfes der unterdrückten Völker

Wie schon in der Frage der Minderheiten in Österreich und der ausländischen Arbeiter soll unser Programm auch in der Frage der Rolle der nationalen Befreiungsbewegungen und der Dritten Welt eine chauvinistische Position beziehen. Diesen Vorwurf erhebt die „Rote Fahne" unter Hinweis auf ein Zitat aus unserem Programm: *„Gestützt auf die Ausbeutung des Proletariats im Inneren unterwerfen sich die imperialistischen Staaten die ökonomisch wenig entwikkelten Nationen und dehnen die Ausbeutung und Ausplünderung auf sie aus.*"(S.13) Dort, wo die „Rote Fahne" mit dem Zitieren aufhört, fährt unser Programm fort: *„Dagegen entfaltet sich der Widerstand der Völker. Sie schütteln das Joch des Kolonialismus ab und setzen den Kampf fort gegen den Versuch des Imperialismus, die politische und ökonomische Abhängigkeit ihrer Länder trotz formeller staatlicher Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten. Immer stürmischer entwickelt sich der Kampf der unterdrückten Völker für ihre nationale und soziale Befreiung, immer klarer gewinnt in ihm die Arbeiterklasse die Führung, immer enger verbindet er sich mit dem Kampf der internationalen Arbeiterklasse.*

Das alles macht die Epoche des Imperialismus zur Epoche der sozialen Revolution des Proletariats." (S.13/14) Welche Aussage wird nun in dem von der „Roten Fahne" zitierten Satz getroffen? Es wird das Verhältnis zwischen der Ausbeutung des Proletariats im Inneren der imperialistischen Länder selbst und der Ausbeutung der unterdrückten Völker bezeichnet und damit im Grunde das Verhältnis zwischen Kapitalismus und Imperialismus. Lenin hat darauf hingewiesen, daß es einen Imperialismus ohne die Grundlage des Kapitalismus nicht gibt und daß der Imperialismus ein *„Überbau"* über dem alten Kapitalismus ist, ähnlich wie die Manufaktur nach Marx ein Überbau über die massenhafte Kleinproduktion war (LW 29,S.153). Das bedeutet unter anderem auch, daß der Kern des Imperialismus weiterhin die Ausbeutung des Proletariats der imperialistischen Länder bleibt, auch wenn die Ausbeutung der unterdrückten Völker im Zug der Entwicklung des Imperialismus immer gewaltigere Formen angenommen hat und für den Imperialismus von entscheidender lebensnotwendiger Bedeutung ist, andernfalls seine inneren Widersprüche sofort noch viel krasser zutagetreten und seine innere Krise sich gewaltig vertiefen würde. Die entscheidende lebensnotwendige Bedeutung der Ausbeutung der unterdrückten Völker durch den Imperialismus wird von uns keinesfalls bestritten oder herabgemindert. Dafür ist kein einziger Beleg zu bringen. Im Gegenteil bringt unser Programm, in das wir immer nur das Allerwichtigste aufgenommen haben, das Gegenteil zum Ausdruck. Was unser Programm allerdings tut, ist, daß die Ausbeutung der unterdrückten Völker in den richtigen Gesamtzusammenhang des Imperialismus gestellt wird, daß die Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse als Grundlage des Imperialismus, das worauf er sich stützt, die *„Grundlage für die Stärke jeder imperialistischen Bourgeoisie"*, wie es in den Erläuterungen zum Programmentwurf hieß, betrachtet wird. Die „Rote Fahne" spekuliert herum, was wohl mit *„Grundlage"* gemeint sei, und *„interpretiert"* schließlich, daß es *"offenbar im Sinne von 'entscheidend und 'ausschlaggebend'"* gemeint sei. Das sind natürlich Fälscherpraktiken, dazu gedacht, um uns einen Standpunkt zu unterschieben, der die Ausbeutung der unterdrückten Völker für unwichtig oder jedenfalls zweitrangig hält. Wenn es im Programm heißt, daß der Imperialismus sich auf die Ausbeutung des Proletariats im Inneren *„stützt"* und wenn in den Erläuterungen von *„Grundlage"* die Rede ist, dann ist gerade das gemeint und nichts anderes, keine *„Interpretation"* a la „Rote Fahne". Die „Rote Fahne" konzediert, daß die Darstellung unseres Programms - die sie freilich durch ihre *„Interpretation"* so verfälscht hat, daß sie selbst für diesen Fall falsch wäre, - für die Zeit der Herausbildung des Imperialismus zuträfe, *„als der Export von Kapital sich tatsächlich unmittelbar und vor allem auf die Ausbeutung des Proletariats im Inneren der imperialistischen Metropolen stützte"* (S.23f.,Kommunist,S.28/29) Sieht man von dem nur zur Vernebelung diendenden Wort *„unmittelbar"* ab, so trifft dies aber für den Imperialismus allgemein zu. Die „Rote Fahne" dagegen stellt alles auf den Kopf. Die allgemeine kapitalistische Grundlage des Imperialismus wird als *„Besonderheit"* ausgegeben. Keineswegs ist es aber eine *„Besonderheit"*, während das Allgemeine im Imperialismus darin bestünde, daß er sich beim Kapitalexport nicht auf die Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse stützen müsse. Natürlich wirft das exportierte Kapital Profit ab, der seinerseits wieder kapitalisiert, in Kapital verwandelt wird, aber in welchem Maß die Bourgeoisie eines Landes Kapital exportieren und Extraprofite durch die Ausbeutung der unterdrückten Völker machen kann, hängt davon ab, über welche Masse von Kapital sie insgesamt verfügt. Warum konnte die österreichische Bourgeoisie in den 60er Jahren wieder mit einem beträchtlichen Kapitalexport beginnen, wenn nicht gestützt auf die Ausbeutung der österreichischen Arbeiterklasse und insbesondere auf deren gewaltige Steigerung in der zweiten Hälfte der 60er Jahre? Warum geht es mit der internationalen Rolle Englands im Verhältnis zu den anderen imperialistischen Staaten abwärts, warum mit der BRD aufwärts, wenn nicht deshalb, weil sich die englische und die westdeutsche Bourgeoisie mehr oder weniger auf die Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse stützen können? Warum muß der Sozialimperialismus vor allem und kann er nur auf die militärische Überflügelung der USA setzen, was heißt es, daß er zwar mit dem Säbel rasselt, aber innerlich schwach ist, wenn nicht, daß er trotz eines hohen Ausbeutungsgrades ökonomisch relativ schwach ist? Das alles könnte man nicht beantworten, wenn man die Ausbeutung des Proletariats in den imperialistischen Ländern nicht als Grundlage, sondern als zweitrangige Sache im Imperialismus behandeln würde, wie es die „Rote Fahne" tut. Unser Programm dagegen ist vollkommen im Einklang mit dem Marxismus-Leninismus. Es bezieht eine Position, wie sie der Marxismus-Leninismus seit jeher bezogen hat, wenn er die entwickelten kapitalistischen Länder als *„Herzland"*, die Länder der Dritten Welt als *„Hinterland"* des Imperialismus bezeichnet hat (vgl.z.B.auch „Polemik über die Generallinie",Peking 1963, S.227)

Wir müssen also eine falsche Sichtweise des ökonomischen Wesens des Imperialismus festhalten, bevor wir weitergehen zum politisch wichtigeren Teil des Angriffs der „Roten Fahne" auf unser Programm. Sie leitet nämlich aus unserer angeblichen Unterschätzung der Ausbeutung der unterdrückten Völker kurz und bündig und ohne Spur eines Belegs eine Unterschätzung und ein Unverständnis der Rolle der nationalen Befreiungsbewegungen und der Dritten Welt ab und beschuldigt uns, eine solche *„erzrevisionistische"* Position einzunehmen wie die sowjetrevisionistischen *„Verfechter des neuen Kolonialismus"*, gegen die sich die KPCh im „Vierten Kommentar" wendete. Eine Serie absurder Unterstellungen und Verleumdungen wird hier aneinandergereiht, auf die ich nicht im einzelnen eingehen will, sind sie doch allesamt nur von dem zwanghaften Bestreben der „Roten Fahne" geleitet, uns als Erzrevisionisten und Chauvinisten hinzustellen. Wenden wir uns lieber der Untersuchung des Standpunktes der „Roten Fahne" selbst zu, von dem aus sie gegen unser Programm polemisiert und von dem allein aus sie die obigen absurden Schlußfolgerungen ziehen kann.

„Versteht man nicht, daß der Imperialismus heute seine fettesten Profite aus der direkten oder indirekten Ausbeutung anderer *Länder und Völker zieht und* nicht *aus dem eigenen Land, dann kann man weder das Gewicht des Problems der Dritten Welt und die entscheidende Rolle der nationalen Befreiungsbewegungen der Völker*

wirklich begreifen ...." (S, 24, „Kommunist" S. 29). Wäre die Ausbeutung der Arbeiterklasse im Inneren die Grundlage des Imperialismus, so *„brauchten wir uns ja nur für diese zu interessieren und bestünde keine so imperative Notwendigkeit, daß die Arbeiterklasse unseres Landes den Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas mit aller Kraft unterstützt, ganz besonders aber den Kampf jener Völker, die auch Opfer der ausbeuterischen und unterdrückerischen Aktivität unserer eigenen imperialistischen Bourgeoisie sind"*. (S. 25, „Kommunist" S. 30). Man muß zunächst zwei Dinge unterscheiden: die allgemeine Bedeutung des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker für die und als Teil der proletarischen Weltrevolution und das aktuelle Gewicht, das er in einer bestimmten historischen Situation jeweils hat. Das letztere ist im Lauf der Geschichte Veränderungen, u.U. raschen Veränderungen, unterworfen und wird deshalb in unserem Programm nicht festgehalten. Die KP Chinas schreibt dazu 1963: *„In den weiten Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas konzentrieren sich die verschiedenen Arten von Widersprüchen in der gegenwärtigen Epoche, hier sind die schwächsten Kettenglieder in der Herrschaft des Imperialismus, hier sind heute die wichtigsten Sturmzentren der Weltrevolution, wo dem Imperialismus direkte Schläge versetzt werden"*. Und weiter: *„Das Zentrum der globalen Widersprüche, das Zentrum der politischen Kämpfe in der Welt ist nicht unveränderlich, es verschiebt sich mit den Wandlungen im internationalen Kampf und in der revolutionären Situation. Wir sind überzeugt, daß durch die Entwicklung der Widersprüche und der Kämpfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie in Westeuropa und Nordamerika, den Entstehungszentren des Kapitalismus und dem Herzland des Imperialismus, eines Tages doch die große Stunde des gewaltigen Ringens schlagen wird. In jenem Augenblick werden Westeuropa und Nordamerika zweifellos zu Zentren der politischen Kämpfe der Welt werden, zu Zentren der globalen Widersprüche"*. („Polemik über die Generallinie", Peking 1963, S. 225 f., bzw. S. 227) Was unser Programm macht, ist, daß es die gewaltige allgemeine Bedeutung des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker und ihre Bedeutung für die Weltrevolution hervorstreicht (S. 14). In der betreffenden Programmpassage kommt darüber hinaus zum Ausdruck, warum dieser Kampf Teil der proletarischen Weltrevolution und worin seine Bedeutung besteht. Das Programm geht davon aus, daß im Gefolge der Oktoberrevolution 1917 eine revolutionäre Weltfront der Proletarier aller Länder und unterdrückten Völker entstanden ist. *„In der chinesischen bürgerlich-demokratischen Revolution trat jedoch seit dem Ausbruch des ersten imperialistischen Weltkriegs im Jahre 1914 und seit der russischen Oktoberrevolution von 1917, als auf einem Sechstel des Erdballs ein sozialistischer Staat gegründet wurde, ein Wandel ein.*

Vorher hatte die bürgerlich-demokratische Revolution in China zur alten Kategorie bürgerlich-demokratischer Revolutionen in der Welt gehört, sie war ein Bestandteil der alten bürgerlich-demokratischen Weltrevolution.

Seither ist die chinesische bürgerlich-demokratische Revolution in die neue Kategorie der bürgerlich-demokratischen Revolutionen hinübergewechselt, und sie bildet, unter dem Gesichtswinkel der revolutionären Frontlinie gesehen, nunmehr einen Bestandteil der proletarisch-sozialistischen Weltrevolution.

Warum? Weil der erste imperialistische Weltkrieg, und die erste siegreiche sozialistische Revolution, die Oktoberrevolution, den ganzen Lauf der Weltgeschichte geändert und eine neue Epoche der Weltgeschichte eingeleitet haben.

Diese Epoche ist durch folgende Tatsachen gekennzeichnet: Die Weltfront des Kapitalismus ist an einem Abschnitt (und dieser Abschnitt macht ein Sechstel der Erdoberfläche aus) zusammengebrochen, und auch an den übrigen Abschnitten hat sich die Fäulnis des Kapitalismus in vollem Maße offenbart; der kapitalistisch gebliebene Teil der Welt kann sich nicht am Leben erhalten, wenn er sich nicht noch mehr auf die Kolonien und Halbkolonien stützt; ein sozialistischer Staat wurde errichtet, der seine Bereitwilligkeit verkündet hat, einen Kampf zu führen, und die Befreiungsbewegung aller Kolonien und Halbkolonien zu unterstützen; das Proletariat der kapitalistischen Länder befreit sich mit jedem Tag mehr von dem Einfluß der sozialimperialistischen Sozialdemokratie und bekundet seine Unterstützung der Befreiungsbewegung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern. Wenn in einer solchen Epoche ein beliebiges koloniales oder halbkoloniales Land eine Revolution gegen den Imperialismus, d.h. gegen die internationale Bourgeoisie, gegen den internationalen Kapitalismus, unternimmt, dann gehört diese Revolution nicht mehr zur alten Kategorie der bürgerlich-demokratischen Weltrevolution, sondern zu einer neuen Kategorie; dann ist sie

nicht mehr Bestandteil der alten, bürgerlichen oder kapitalistischen Weltrevolution, sondern Bestandteil einer neuen Weltrevolution, das heißt, sie ist zum Bestandteil der sozialistischen Weltrevolution des Proletariats geworden. Solche revolutionären Kolonial- und Halbkolonialländer sind nicht mehr Bundesgenossen der konterrevolutionären Weltfront des Kapitalismus, sondern haben sich in Bundesgenossen der revolutionären Weltfront des Sozialismus verwandelt.

In ihrem ersten Stadium, ihrer ersten Phase, ist zwar diese Revolution der Kolonien und Halbkolonien dem gesellschaftlichen Charakter nach im wesentlichen immer noch eine bürgerlich-demokratische, und ihre objektive Forderung gilt der Wegbereitung für eine Entwicklung des Kapitalismus; doch ist das nicht mehr eine Revolution von altem Typus, bei der die Bourgeoisie die Führung innehat und die Errichtung einer kapitalistischen Gesellschaft sowie eines Staates der Diktatur der Bourgeoisie das Ziel ist, sondern eine Revolution von neuem Typus, die unter der Führung des Proletariats steht und in ihrem ersten Stadium die Errichtung einer neudemokratischen Gesellschaft, den Aufbau eines Staates der gemeinsamen Diktatur der revolutionären Klassen zum Ziel hat. Gerade deshalb ist diese Revolution auch wiederum geeignet, einen noch breiteren Weg für die Entwicklung des Sozialismus zu bahnen". (Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke II, S. 400 f.). Ganz in diesem Sinn geht unser Programm vom gemeinsamen Kampf der Völker für das gemeinsame Ziel der nationalen und sozialen Befreiung gegen den gemeinsamen Gegner, den Imperialismus, aus. Die Gemeinsamkeit kann nicht nur die Gemeinsamkeit des Feindes sein. Die Gemeinsamkeit des Gegners hat z.B. das englische Proletariat und die indische Dorfgemeinde im 19. Jhdt. noch längst nicht zu einer Kampffront vereinigt. Die „Rote Fahne" hebt hingegen ausschließlich die Gemeinsamkeit des Gegners hervor und macht den proletarischen Internationalismus ausschließlich davon abhängig. Was hätten wir mit dem Befreiungskampf der unterdrückten Völker zu schaffen, was würde uns dieser Kampf interessieren, wenn er nicht unseren Gegner schwächen und uns den Kampf erleichtern würde? Dieser bornierte und letztlich - es muß gesagt werden, obwohl es wie eine Retourkutsche aussieht - „links„radikal-chauvinistische Standpunkt klingt an der zitierten Stelle in der „Roten Fahne" deutlich an. Daß der Kampf der unterdrückten Völker mit dem Imperialismus auch unseren Gegner schwächt, ist richtig. Daß dies aber nicht der einzige Grund für unsere internationalistische Unterstützung dieses Kampfes ist, ebenso. Es ist eine falsche Auffassung der proletarischen Weltrevolution und des Platzes, den die unterdrückten Völker in ihr einnehmen, der von der „Roten Fahne" in der Polemik gegen uns bezogen wird bzw. - hoffen wir es! - zu dem sie sich in dieser Polemik versteigt.

Vollständig aus der Luft gegriffen ist die Polemik gegen folgende Programmstelle: Reformismus und Revisionismus *„werden in der Hauptsache getragen von einer schmalen Schicht von Arbeiteraristokraten und Arbeiterbürokraten, die der Imperialismus hervorgebracht hat. Ihr Einfluß auf die Arbeitermassen entspringt der zeitweilig - im Vergleich zur Lage der unterdrückten Völker - relativ günstigen Lebenslage eines Teils der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder, durch die der ungeheuer gesteigerte Grad der Ausbeutung in den kurzen Perioden zeitweiliger Prosperität verdeckt wird"*. (S. 20) Die „Rote Fahne" schreibt dazu: *„Mit dieser Darstellung wird die Existenz und Entwicklung der Arbeiteraristokratie in den imperialistischen Ländern ebenfalls einfach als Produkt der Ausbeutungsverhältnisse* in diesen Ländern selber *hingestellt und total unterschlagen, daß die* entscheidende *Quelle zur Herausbildung, Heranzüchtung und Vermehrung dieser Schichte heute ebenfalls die imperialistische Ausplünderung* anderer Länder *ist, daß es* vor allem *die aus* dieser *Form der Ausbeutung fließenden ungeheuren Profite sind, mit deren Brosamen ein Teil der 'eigenen' Arbeiterklasse und des 'eigenen' Volkes* korrumpiert, *an der Ausplünderung anderer Völker mitinteressiert, mit imperialistischer Ideologie vergiftet wird"*. Keinesfalls leugnet jedoch unser Programm diesen Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus, auf den Lenin immer und immer hingewiesen hat. Keinesfalls wird die Arbeiteraristokratie *„einfach als Produkt der Ausbeutungsverhältnisse in diesen Ländern selber hingestellt"*, wenn damit gemeint ist, mit welchen Mitteln, mit welchen Profiten, die Arbeiteraristokratie bestochen und korrumpiert wird. Keinesfalls wird gesagt, daß der *„ungeheuer gesteigerte Grad der Ausbeutung"* im Inneren der Finanzbourgeoisie diese Mittel verschafft. Die Polemik der „Roten Fahne" ist - wie gesagt - völlig aus der Luft gegriffen.

X. Zur Frage des Kampfs um die nationale Unabhängkeit Österreichs *

An der Charakterisierung Österreichs und seiner internationalen Stellung in unserem Programm kritisiert die „Rote Fahne“ insgesamt eine *„grobe Vernachlässigung des Kampfes um die nationale Unabhängigkeit Österreichs“.*

Dringt man in die Kritik aber nur etwas tiefer ein, so stellt sich heraus, daß es sehr unterschiedliche Auffassungen und Einschätzungen über Stellenwert und Stoßrichtung des Kampfs um nationale Unabhängigkeit im Rahmen des gesamten Klassenkampfs in Österreich gibt.

Wieviel wir über die Rolle und Stellung des imperialistischen Österreich in der Welt in unser Programm geschrieben haben, machten wir einzig und allein davon abhängig, inwiefern dies den Gang des Klassenkampfs und die Bedingungen des Kampfs um die sozialistische Revolution in Österreich beeinflußt. Wir schreiben deshalb in unserem Programm:

„Die Kommunisten treten gegen jeden Anschluß Österreichs an ein imperialistisches Bündnis auf, gegen die Verstärkung der Abhängigkeit Österreichs von den imperialistischen Großmächten, insbesondere den beiden Supermächten USA und UdSSR, und gegen deren Versuche, Österreich ihrer wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Kontrolle zu unterwerfen, denn eine wachsende Abhängigkeit des Landes und Einschränkung seiner Souveränität verschlechtern die Bedingungen für die sozialistische Revolution“. (Programm des KB Österreichs, S. 23/24).

Kann man sagen, daß wir die Bedeutung des Kampfs für die nationale Unabhängigkeit unterschätzen? Anhand des Programms gibt es dafür offenbar keinen Beweis. Warum aber wirft uns die „Rote Fahne“ so einen schweren Fehler vor? Der Grund liegt in unterschiedlichen strategischen und taktischen Vorstellungen für die nächsten Aufgaben der proletarischen Revolution in Österreich, wobei diese Vorstellungen auf einer eigentümlichen Art der Einschätzung der Rolle Österreichs und der möglichen Entwicklung beruhen. *„Unserer Überzeugung nach muß ein wirklich marxistisch-leninistisches Programm für Österreich klar herausstellen, daß unser Land zur* Zweiten Welt *gehört, zwar selbst imperialistisch ist, aber zum* Unterschied *etwa von Westdeutschland, Frankreich, England usw.* in der Hauptsache ein abhängiges, *selbst unterdrücktes Land darstellt, in dem daher der Kampf für die nationale Unabhängigkeit eine besondere Bedeutung hat.“* („Rote Fahne“, S. 27, „Kommunist“, S. 32). Es ist den „Rote-Fahne“-Autoren unbedingt zuzustimmen, wenn sie betonen, daß keinesfalls alle zur sogenannten Zweiten Welt gehörigen Länder über einen Kamm geschoren werden dürfen.

Nach den beiden Supermächten als den heutigen Oberherren der imperialistischen Welt bestehen durchaus noch weitere unterschiedliche Arten von Ländern.

Das imperialistische Westdeutschland oder Frankreich ist dem imperialistischen Österreich beispielsweise nach wirtschaftlichem und militärischem Kräftepotential deutlich überlegen. Ein Blick darauf, wo die größten Konzerne in Westeuropa beheimatet sind, kann einen kleinen Eindruck von den Größen- und Kräfteverhältnissen geben. Ebenfalls nicht in einen Topf geworfen werden darf etwa das imperialistische Österreich mit dem kapitalistischen Portugal oder Griechenland, Länder, in denen der Einfluß des ausländischen Großkapitals und die Bauernfrage einen vorrangigen Stellenwert besitzen und es gibt dort kein Fortschreiten zur sozialistischen Revolution, ohne diese Fragen zu lösen, ohne, daß das Proletariat hier richtig eingreift und eine richtige Bündnispolitik macht.

Und schließlich können alle genannten Länder nicht verglichen werden mit der heutigen Lage der ehemaligen volksdemokratischen Länder in Osteuropa, die einer fast vollständigen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kontrolle durch den Sozialimperialismus unterliegen, die er als Kraftreserven für seine Kriegstreiberei vorderhand noch unter seine Knute zwingen kann. Offensichtlich kann die Arbeiterklasse dieser Länder nicht wieder die Macht ergreifen, ohne zuvor die nationale Knechtung abzuschütteln.

Diese kurze und grob schematisierte Darstellung zeigt: Die Bestimmung der Lage und der Rolle jedes einzelnen Landes hat den Zweck, die nächsten Aufgaben für den Kampf der Arbeiterklasse festzuhalten. Welche Schlußfolgerungen zieht nun die „Rote Fahne“ aus ihrer Analyse, daß Österreich *„vor allem ein abhängiges Land“* ist?

Nicht mehr und nicht weniger, als *„daß dem Kampf für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit Österreichs schon heute eine außerordentlich wichtige Rolle im Klassenkampf zukommt“*, und zweitens, *„daß für die Zukunft die Möglichkeit eines nationalen Befreiungskrieges besteht“*. (S. 27, „Kommunist“, S. 31) Daß der Kampf für die Unabhängigkeit in Österreich eine besonders große Rolle im Klassenkampf spielt und gerade bei weiterer Verschärfung der Widersprüche unter den Imperialisten und bei weiterer Intensivierung des Ringens der beiden Supermächte auch tatsächlich spielen wird, haben wir in unserem Programm zum Ausdruck gebracht. Dazu braucht man keine Berechnungen, ob Österreich *„vor allem abhängig“* oder vor allem unabhängig ist, denn diese führen nur zur Verwischung und Ablenkung von der Kernfrage des Ganzen: Welche Etappe der Revolution steht heute vor dem österreichischen Proletariat, wer hält heute die Macht in Händen und verwendet den Staat zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft? Es ist die österreichische Bourgeoisie. Anerkennt das die „Rote Fahne“? Wenn ja, dann muß sie auch anerkennen, daß gegen ebenjene Bourgeoisie und zu ihrem Sturz die Revolution gemacht werden muß.

Anstatt daß uns die Genossen von der „Roten Fahne“ aber Antwort darauf geben, ob sich aus ihrer Einschätzung der Bedeutung des Kampfs um die Unabhängigkeit heute eine eigene, ‚nationale Etappe‘ vor die Durchführung der sozialistischen Revolution schiebt, wird nur ein Rauchnebel von alles relativierenden Aussagen aufgezogen, der ziemlich rasch ein dem Sozialchauvinismus gedeihliches Klima schafft.

Zu diesem Rauchnebel gehört die Zukunftsmalerei um einen möglichen nationalen Befreiungskrieg, die in der von der „Roten Fahne“ vorgebrachten Art zu nichts anderem dient als der Ablenkung von der heute entscheidenden Frage. Den Gegner aber nicht klar zu benennen heißt, ihn nicht oder nicht mit allen Kräften zu bekämpfen.

Warum aber nimmt die „Rote Fahne“ nicht eindeutig Stellung zu der für die österreichischen Kommunisten zentralen programmatischen Feststellung: *„Die österreichische Bourgeoisie ist die herrschende Klasse. Sie zu stürzen und die politische Macht zu erobern, ist die nächste Aufgabe des österreichischen Proletariats“* (Programm, S. 22) Die „Rote Fahne“ kritisiert, daß die Programmkommission die ursprüngliche Formulierung, den Kampf *„gegen jeden Versuch der Verschacherung der nationalen Unabhängigkeit“* zu führen, ersetzt hat durch die Aufgabe, sich *„gegen die Verstärkung der Abhängigkeit Österreichs von den imperialistischen Großmächten, insbesondere den beiden Supermächten USA und UdSSR“* zu wenden.

Es wird uns vorgeworfen, die ursprüngliche Formulierung wegen ihrer Verdächtigkeit fallengelassen zu haben. Nun, daran ist etwas Wahres. Offenkundig entsteht ein kommunistisches Kampfprogramm nicht im Brutkasten, sondern im Feuer scharfer Auseinandersetzungen. Tatsächlich war die Formulierung *„Verschacherung der nationalen Unabhängigkeit“* geeignet, jenen Leuten Vorschub zu leisten, die seit Jahr und Tag nur mehr davon träumen, wie sie Österreich gegen den sozialimperialistischen Aggressor verteidigen und beinahe jeden Schritt der österreichischen Bourgeoisie bis dahin nur mehr unter dem Gesichtspunkt der nationalen Unabhängigkeit beurteilen.

Warum sollen wir uns ein Kuckucksei ins eigene Programm legen?

Daß wir allerdings überhaupt das Wort nationale Unabhängigkeit nicht in den Mund nehmen wollen, ist schlicht erfunden. So heißt es in der dritten Resolution der Gründungskonferenz: *„Da die beiden Supermächte die Hauptfeinde der Völker im Weltmaßstab sind, da von ihrem Ringen die Gefahr eines neuen Weltkrieges ausgeht, was insbesondere den Frieden und die Sicherheit der Völker in Europa bedroht, da sie die hauptsächlichen äußeren Feinde der Revolution der österreichischen Arbeiterklasse sind, ist der Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen und Kriegsvorbereitungen der Supermächte und der Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs ein unmittelbares Erfordernis des Klassenkampfes in Österreich und der Vorbereitung der Arbeiterklasse und der Volksmassen auf die proletarische Revolution, von entscheidender Bedeutung für die Verbesserung der Bedingungen der Revolution in Österreich und zugleich ein mächtiger Hebel für die Sammlung und Vereinigung der Massen gegen die österreichische Monopolbourgeoisie.“* (Kommunist 1/76, S. 66/67). Die „Rote Fahne“ wirft uns Desinteresse der nationalen Frage gegenüber vor und umschreibt das als *„nationalen Nihilismus“* (S. 28, „Kommunist“, S. 33). Letzteres haben wir auch schon aus anderer Richtung

* Der Abschnitt X wurde von J.R. verfaßt.

zu hören bekommen. Die ganze Argumentation baut wieder auf der Verwischung der nächsten Aufgaben des österreichischen Proletariats auf: *„Wenn das Proletariat eines imperialistischen Landes wie Österreich für nationale Unabhängigkeit kämpft und auf die Möglichkeit der Verschmelzung der sozialistischen Revolution mit den Formen und Momenten des nationalen Befreiungskrieges hinweist, so steht das in diametralem* Gegensatz *zum bürgerlichen Nationalismus und Chauvinismus,"* (S. 28, „Kommunist", S. 33). Man kann sich beim Lesen dieser Zeilen des Eindrucks nicht erwehren, daß es ja doch heute schon in erster Linie um die nationale Unabhängigkeit geht, wobei man die österreichische Bourgeoisie daneben weiterhin *„unversöhnlich bekämpfen muß"*.

In der von der „Roten Fahne" vorgeschlagenen Art und Weise im Programm zur Frage eines nationalen Befreiungskampfes Stellung zu nehmen, würde die österreichischen Kommunisten in eine falsche Richtung lenken. Entscheidend für den Eintritt so einer Situation, für die Notwendigkeit eines nationalen Befreiungskampfes ist nämlich, daß die 'eigene' Bourgeoisie im wesentlichen von der Macht verdrängt ist und ausländische Imperialisten herrschen. Natürlich wird das - wenn man schon diese Möglichkeit erwähnt - nicht so einfach verlaufen, wie wenn man bei einem Pferdegespann den Kutscher wechselt, aber man sollte nicht so tun, als ob man nur darauf wartet, beim Ausbruch des drohenden Kriegs um Europa den nationalen Befreiungskrieg in Österreich proklamieren zu können.

Man kommt damit nämlich in gefährliche Nähe wohlbekannter sozialchauvinistischer und Vaterlandsverteidiger-Positionen.

Zur Behauptung, wir leugneten überhaupt die Möglichkeit eines nationalen Befreiungskrieges in einem Land wie Österreich: Das ist ein unbegründeter Vorwurf. Was wir allerdings tun, das ist umfassende Bedingungen für die Feststellung der nächsten Etappe der Revolution fordern, nicht aber oberflächliche Einschätzungen, Mutmaßungen, Spekulationen. Hat man klare Bedingungen formuliert, so wird man sehen, daß im Gegensatz zur Auffassung der „Roten Fahne" die Möglichkeit eines nationalen Befreiungskrieges in der heutigen Weltlage gar nicht nur für Österreich, sondern auch für Länder in der Größenordnung der BRD oder Frankreichs besteht. Mag sein, daß Österreich sich in einer exponierten Lage befindet und diese Möglichkeit eher zur Wirklichkeit wird.

So wie in der Charakterisierung der Abhängigkeitsverhältnisse der verschiedenen imperialistischen Länder gibt es natürlich auch Unterschiede in der Stellung der Länder.

Man darf aber eines nicht vergessen. Die Stärke der Bourgeoisie eines Landes mißt sich nicht nur im Vergleich zu rivalisierenden Bourgeoisien, sondern auch, wieweit sie ihre Unterdrückergeschäfte im Inneren erfolgreich betreibt bzw. noch betreiben kann.

Nicht akzeptabel ist die Charakteristik Österreichs als *„vor allem abhängiges Land"*. Wir haben uns schon mit den politischen Konsequenzen beschäftigt und gesehen, daß die „Rote-Fahne"-Genossen von dieser These ausgehend nicht nur die nötigen quantitativen, sondern geradezu qualitative Unterschiede zwischen mittelgroßen und kleinen Räubern konstruieren.

Wenn Lenin schreibt, daß *„für den Imperialismus wesentlich der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie"* ist, so können wir in der heutigen Situation konkretisieren, daß dieser Wettkampf vor allem von den beiden Supermächten ausgetragen wird. Spricht man von Abhängigkeiten, so sind diese unter den Imperialisten selbst vor allem gegenüber der jeweiligen Supermacht festzustellen. Was im Falle Österreichs dazukommt ist, daß es außerdem in spürbare Abhängigkeiten von mittelgroßen imperialistischen Ländern gerät. Aber das ist keine völlig neue Erscheinung und überdies läßt das österreichische Monopolkapital diese Entwicklung nicht ohne Gegenreaktion über sich ergehen. Es ist doch unbestritten, daß z.B. die Einflußnahme westeuropäischer und der US-Monopolbourgeoisie auf die Entwicklung in Italien vermittels Kredit- und Auftragsvergaben ein viel grelleres Licht auf die Abhängigkeitsverhältnisse geworfen hat als etwa im Vergleich zu Österreich heute. Und an der jüngsten Kreditstützungsaktion für die britische Finanzbourgeoisie hat sich Österreich mitbeteiligt. Man sieht die enge Verstrickung gerade auch der imperialistischen Länder durch das Finanzkapital und man sieht die Unzulässigkeit, Österreich im Gegensatz zu den mittelgroßen Räubern als *„vor allem abhängiges Land"* darzustellen.

Derselben Darstellungsweise folgt aber die Beschreibung der Rolle der österreichischen Bourgeoisie als Laufbursche der Großmächte. *„Die österreichische Bourgeoisie ist unter den heutigen Bedingungen nicht vorrangig bemüht, ihre imperialistische Rivalität mit 'vaterländischen' Phrasen anzumelden, sondern nimmt gegenüber den großen imperialistischen Mächten, insbesondere gegenüber dem westdeutschen Imperialismus und den beiden Supermächten lieber eine* unterwürfige Haltung *ein, bietet sich ihnen als imperialistischer* Juniorpartner *und* Lakai an, offeriert die staatliche Neutralität Österreichs allen Seiten als Hilfsmittel ihrer imperialistischen Machinationen und Verschwörungen, sucht ihre Extraprofite und Extrapfründen also vor allem als imperialistischer Zwischenhändler und Laufbursche *einzuheimsen."* (S. 29,„Kommunist", S.34)

Welche Ursachen hat es, daß die „Rote Fahne" zu solchen Einschätzungen kommt, die die traditionellen Bindungen Österreichs an den westlichen Imperialismus auf derselben Stufe wie die Beziehungen zur sozialimperialistischen Supermacht behandelt und die Seite der selbständigen imperialistischen Politik Österreichs überhaupt leugnet. Es dürfte wohl zuallererst an einer mangelnden Untersuchung und Berücksichtigung der ökonomischen Basis und politischen Macht der österreichischen Monopolbourgeoisie liegen. Wenn der Steyr-Daimler-Puch-Konzern im größten Kapitalexport der 2. Republik in Griechenland eine komplette Traktoren- und Lkw-Fabrik errichtet oder die VÖESt sich in Südafrika niederlassen will, so ist nicht gerade einsichtig, warum diese Aktivitäten *„vor allem"* Zwischenhändlertum sein sollen.

Aber auch wenn ein österreichischer Konzern zum Beispiel zusammen mit einem DDR-Unternehmen in einem Land der Dritten Welt investiert, ist das treibende Element von seiten des österreichischen Imperialismus das eigene Profitstreben, das sich eben in der jeweiligen Form am ehesten und optimalsten zur Geltung bringen läßt. Oder wenn die VÖESt vom brasilianischen Kernkraftwerksbau von den westlichen Konzernen auch einen Happen abkriegt.

Ihre Entsprechung finden diese Aktivitäten in der österreichischen Außenpolitik einerseits in einer relativ ausgeprägten Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Sozialimperialismus, andererseits in einer immer wieder betonten Zugehörigkeit zur 'freien Welt', zum 'demokratischen Lager', also zum Lager der westlichen Imperialisten. Kurz gesagt verhält es sich so: *„Bei gleichzeitiger Abhängigkeit von den westlichen imperialistischen Ländern nutzt die österreichische Bourgeoisie die Neutralität für die Verfolgung ihrer imperialistischen Interessen. Sie wird sie jederzeit preiszugeben versuchen, wenn sie diesen Interessen im Wege steht"*. (Programm des KB Österreichs, S. 23).

Wie verhält es sich mit der Abhängigkeit Österreichs von bestimmten imperialistischen Großmächten und wie äußert sich der Chauvinismus unter den konkreten Verhältnissen?

Die „Rote Fahne" wirft dem ihrer Kritik unterzogenen Programmentwurf in der Fassung vom 16. Juli 1976 vor, daß jene imperialistischen Mächte, von denen Österreich am meisten abhängig ist bzw. die es ihrer Kontrolle zu unterwerfen suchen, nicht genannt werden. Das haben wir - ohne damals von der „Roten Fahne"-Kritik zu wissen - bei der Beschlußfassung über das Programm berücksichtigt und die nötigen Konkretisierungen eingefügt. Auch diese sind nicht identisch mit den Einschätzungen der „Roten Fahne", die dem westdeutschen Imperialismus gegenüber Österreich eine herausragende Stellung ökonomischer Abhängigkeit einräumt und faktisch getrennt davon *„die militärische Bedrohung der nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Integrität unseres Landes durch die beiden Supermächte"* anführt. Was aber ist der BRD-Imperialismus ohne den US-Imperialismus? Und was ist der österreichische Imperialismus, ohne das Lager der westlichen imperialistischen Staaten und insbesondere die USA und BRD im Rücken?

Von der Warte der österreichischen Arbeiterklasse dürfen bei der aktuellen Beurteilung des westdeutschen Imperialismus zwei Fehler nicht begangen werden, die bei der „Roten Fahne" zumindest angelegt scheinen: Der westdeutsche Imperialismus ist nicht DIE imperialistische und kriegstreiberische Macht, wie es etwa Nazi-Deutschland vor dem zweiten Weltkrieg war. Die ernstzunehmenden Anstrengungen des westdeutschen Imperialismus, zur führenden Macht unter den westeuropäischen Imperialisten aufzusteigen, können nur richtig im Lichte des Verhältnisses zur westlichen Supermacht USA beurteilt werden.

Und auf der anderen Seite: Das Vorkriegsösterreich ist nicht ohne weiteres mit jenem nach dem zweiten Weltkrieg und seiner Entwicklung bis heute herauf zu vergleichen, wo sich ökonomisch das österreichische Monopolkapital vor allem in Gestalt der Verstaatlichten eine feste Basis geschaffen hat, und wo die Neutralität, nachdem die Erlangung der staatlichen Souveränität und Unterzeichnung des

Staatsvertrages dem österreichischen Proletariat größere Bewegungsfreiheit verschaffte, der imperialistischen Bourgeoisie Österreichs mit der Veränderung der Weltlage, besonders im Zuge des Erstarkens Europas gegenüber dem US-Imperialismus, durch den Farbwechsel der Sowjetunion und durch den Vormarsch der Dritten Welt, vorübergehend und im Verhältnis zu anderen imperialistischen Staaten mehr Bewegungsfreiheit für die Verfolgung ihrer Interessen verschaffte. Das unter diesen Umständen relativ gestiegene Gewicht des österreichischen Imperialismus bei seiner weiterbestehenden engen Bindung an die imperialistischen Länder des Westens findet seine Entsprechung in der Politik der Regierung als Statthalterin der Interessen des Monopolkapitals. Ob es der Versuch der Vergatterung der Arbeitermassen für den Konkurrenzkampf der 'österreichischen Wirtschaft' ist, das Ausnützen und Vertiefen von Verachtung gegenüber den slawischen Völkern (Minderheitenfrage) oder die Hetze gegen die Dritte Welt (Ölscheichs) - reichhaltig ist die Palette, aus der der Chauvinismus der herrschenden Klasse in Österreich schöpft, den sie züchtet.

Freilich gibt es in Österreich nach wie vor Kräfte, die eine deutschnationale chauvinistische Verhetzung der Volksmassen betreiben, zuletzt sehr sichtbar im Zuge der Minderheitenfeststellung. Diese Kräfte soll man nicht unterschätzen, man muß ihnen unbedingt kräftig aufs Haupt schlagen, damit sie keinen Schaden anrichten, aber sie sind heutzutage keineswegs die Hauptgefahr.

Ungleich bedeutsamer und gefährlicher - weil er nicht so offen imperialistisch eingefärbt ist, und z.T. ganz unverschämt an die positiven Traditionen des Befreiungskampfes gegen den Hitlerfaschismus anknüpft - ist der österreichische Chauvinismus, der sogar über die Gewerkschaften massiv in die Arbeiterklasse getragen wird. Hier liegt eines der Hauptmittel zur Fesselung der Arbeiterklasse an die Bourgeoisie und zur willfährigen Vorbereitung des Volkes auf den drohenden Krieg. Umso niederträchtiger ist es ja, wenn selbst Marxisten-Leninisten, wie wir es in Österreich in der letzten Zeit verfolgen mußten, diesem Druck erliegen, in die Falle der herrschenden Klasse tappen und ihr direkte Hilfsdienste leisten. Dem Chauvinismus österreichischer Prägung ist die deutschnationale Hetze nicht wesensfremd, sondern geradezu sein kleinerer Zwillingsbruder.

Die „Rote Fahne" aber trifft Aussagen, die eine grobe Unterbewertung und Geringschätzung der Rolle des Chauvinismus österreichischer Prägung erkennen lassen. So heißt es, *die österreichische Bourgeoisie ist unter den heutigen Bedingungen nicht vorrangig bemüht, die imperialistische Rivalität mit 'vaterländischen' Phrasen anzumelden ...*" (S. 29, „Kommunist", S. 34), und das wird mit einer einseitigen historischen Verallgemeinerung, der eine unzureichende materialistische Untersuchung zugrundeliegt, noch zu erhärten versucht: *„Für den Chauvinismus in Österreich ist ja seit Generationen charakteristisch, daß er die nationalistische Überheblichkeit gegenüber den anderen, vor allem slawischen und romanischen Nationen mit der mehr oder weniger offen ausgedrückten* Negierung *der nationalen Eigenständigkeit der Österreicher verbindet, daß er kaum als österreichisch-nationaler, sondern vor allem als deutschnationaler Chauvinismus auftritt*". (S. 26, „Kommunist", S. 31).

Ohne richtige Einschätzung und Gewichtung wird es schwer sein, die chauvinistischen Fesseln zu sprengen und alles für die Entfaltung der sozialistischen Revolution zu tun. Darum war weiter auszuholen, um dem scharfen, aber äußerst windig begründeten „Rote-Fahne"-Vorwurf zu begegnen, unser Programm verbreite Chauvinismus.

Solche in den Raum gestellten Behauptungen verhärten eher nur die Fronten, anstatt vorwärtstreibend die Auseinandersetzung zu vertiefen. Dies geschah z.B. auf der Gründungskonferenz, als die von der Programmkommission über die Minderheiten vorgeschlagene Passage konkret und begründet als dem Chauvinismus Vorschub leistend angegriffen ('Assimilationsprozeß') und infolgedessen verändert wurde.

Abschließend zur Frage der Stellung Österreichs im Hinblick auf den drohenden Krieg. Ausgehend von der Änderung des einen Satzes im Programmentwurf erhebt die „Rote Fahne" eine große Anklage, daß wir den österreichischen Imperialismus völlig unterschätzen und reinwaschen würden, kurz und gut, nicht mehr als Bestandteil des Weltimperialismus sehen, sondern sein Interesse an der Erhaltung des Friedens verabsolutieren. Schauen wir uns einmal ohne Hektik und Übertreibungen an, um was es bei der Änderung der erwähnten Passage ging. Die Begründung, die wir damals im Rundschreiben der Programmkommission abdruckten, wird in der „Roten Fahne" wiedergegeben - allerdings nur zum Teil. Ein Grund für die Veränderung war nämlich, den Satz vom Schluß des vorletzten Absatzes (Programm, S. 23) dorthin zu stellen, wo er jetzt ist, um die Überleitung zur Darlegung der Aufgaben des Proletariats im Kriegsfall besser zu meistern. Das zum einen. Zum anderen: Der neue Begriff "teilnehmen" beinhaltet durchaus eine aktive Rolle Österreichs, es vermeidet aber Mißverständnisse und Fehlinterpretationen derart, daß Österreich heute oder in absehbarer Zeit einen imperialistischen Krieg lostreten oder zumindest wesentlich dazu beitragen kann. Diese Programmformulierung verabsolutiert in keiner Weise ein relatives und kurzzeitiges Interesse der österreichischen Monopolbourgeoisie an der Erhaltung des Friedens. Was die „Rote-Fahne"-Genossen hauptsächlich kritisieren, ist ja gar nicht mehr das Programm, sondern die Formulierung aus dem Rundschreiben, daß *„Österreich ... nicht davor geschützt ist, in den Krieg hineingezogen zu werden.*" Gemeint ist natürlich das österreichische Volk und die Bourgeoisie nur insofern, als ihr in einer bestimmten Situation und unter einer bestimmten Perspektive ein Kriegsabenteuer nicht erfolgversprechend scheint. Also eine ungenaue Formulierung in einem internen Erläuterungstext als Anlaß für zwei Seiten „Rote-Fahne"-Kritik? Es scheint so, denn selbst die in dem einen Satz ersetzte und von den „Rote-Fahne"-Genossen vermißte Formulierung taucht im nächsten bereits wieder auf, ohne hier allerdings Mißverständnisse erzeugen zu können. *„Gelingt es dem Proletariat nicht, einem Eintritt Österreichs in einen imperialistischen Krieg durch die Revolution zuvorzukommen, so wird es zur Aufgabe des Proletariats, den Krieg in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie zu verwandeln.*" (Programm, S. 24).

Wie kann die „Rote Fahne" aus einem Absatz unseres Programms den ersten Satz herauslösen, dazu vor allem wieder die Erläuterung aus einem Rundschreiben anführen und dann behaupten: *„Für sie* (= Verfasser des KB-Programms) *ist ein kleineres imperialistisches Land zwangsläufig friedlich und nur von den Größten gehen überhaupt kriegstreiberische Tendenzen und Aktivitäten aus.*" (S. 30, „Kommunist", S. 35). Wir bitten die Genossen, die Kritik ernsthaft zu führen, sie auf das Wesentliche zuzuspitzen und zu diesem Zweck die Beschlüsse unserer Organisation, hierzu im speziellen auch die 'Kriegsgefahrresolution" heranzuziehen und sich nur auf sie zu stützen. Wie sehr die Argumentation der „Roten Fahne" in der Frage der Rolle Österreichs und seiner Stellung hinsichtlich des drohenden Kriegs uns gegenüber ins Leere geht, erweist sich am Schluß des betreffenden Kapitels. *„Wurden und werden nicht vor unser aller Augen auch Truppen des so* 'kleinen und schwachen' *Österreich der palästinensischen Revolution entgegengestellt?! Sind denn die Ambitionen und die dementsprechenden konkreten Aktivitäten der Kreisky-Regierung zu übersehen, um in allen Manövern, Projekten und Fischzügen des Weltimperialismus auch die eigenen Finger drinnenzuhaben und auf Kosten anderer auch für sich selber so viel als möglich herauszuschlagen?*" (S. 30, „Kommunist", S. 35).

Sehr richtig. Aus diesem Grund fordert unser Programm beispielsweise das „Gesetzliche Verbot der Entsendung österreichischer Truppen ins Ausland". Und wir bemühen uns, zumindest alle 14 Tage in unserem Zentralorgan die imperialistischen Aktivitäten der sozialdemokratischen Regierung als Statthalterin des Monopolkapitals zu enthüllen, und durch den Aufbau unserer Organisation und weitere Bemühungen im Parteiaufbau den Kampf gegen die österreichische Bourgeoisie umfassend zu organisieren.

Die Tatsache, daß der Schlußteil der Kritik des Kapitels von der nationalen Unabhängigkeit an unserem Programm in jeder Hinsicht unberechtigt ist, darf den Blick auf die wirklichen Differenzen in der Frage der Bestimmung der nächsten Aufgaben des Proletariats in Österreich und der Unterordnung des Kampfs um die nationale Unabhängigkeit unter den Kampf um den Sozialismus nicht verstellen.

XI. Nachwort

Die „Rote Fahne" hat in ihrer Kritik an unserem Programm sehr viele Fragen behandelt und eine breit angelegte Polemik geführt. Es war notwendig, unser Programm in jedem Punkt zu verteidigen und auf jede angeschnittene Frage einzugehen. Die Debatte um unser Programm ist nämlich kein Selbstzweck. Sie dient dem Zweck, die Einheit aller Marxisten-Leninisten

auf klarer und richtiger programmatischer Grundlage herzustellen. Unser Programm ist ein Vorschlag für diese Grundlage. Deshalb muß auf jede Kritik am Programm und sei es auch nur an einem einzigen Wort, eingegangen werden. Es kommt uns in weiterer Folge darauf an, die Debatte auf die entscheidenden Differenzen zu konzentrieren, die Differenzen, die überwunden werden müssen, um die Einheit der Marxisten-Leninisten herzustellen, sie in diesen Fragen zu vertiefen sowie sie in den Zusammenhang der Debatte über die Lage und die weiteren Perspektiven der marxistisch-leninistischen Bewegung insgesamt zu stellen. Wir haben versucht, in unserer Antwort an die „Rote Fahne„ von diesem Gesichtspunkt auszugehen. Wir sind der Meinung, daß auch die MLPÖ von diesen Gesichtspunkten ausgehen sollte.

In der Kritik in der „Roten Fahne" hat sie das leider nicht getan. Diese Kritik war nicht darauf gerichtet, die *tatsächlichen Differenzen* möglichst klar herauszuarbeiten, und sie im Hinblick auf die Einheit der Marxisten-Leninisten auf richtiger Grundlage zu behandeln. Statt dessen war sie bemüht, an jedem nur möglichen Punkt unseres Programms (oder auch anderer Dokumente) anzusetzen, um uns des Revisionismus zu bezichtigen. Diese Vorgangsweise war nicht „offen und ehrlich", sondern z.T. prinzipienlos und demagogisch; sie hat die tatsächlichen Differenzen z.T. mehr verwischt, als deutlich sichtbar gemacht; sie hat die Differenzen nicht korrekt behandelt, d.h. nicht als Widersprüche zwischen Marxisten-Leninisten und innerhalb der marxistisch-leninistischen Bewegung und im Hinblick auf die Einheit der Marxisten-Leninisten; sie hat die Konzentration auf das Entscheidende verhindert, weil die „Rote Fahne" die verschiedenen Fragen nicht nach ihrer wirklichen Bedeutung beurteilt hat, sondern danach, ein wie starker Schlag ihrer Meinung nach jeweils gegen unseren angeblichen „Revisionismus" geführt werden konnte; sie hat dementsprechend die Kritik vor allem breit und vielfältig angelegt, statt sie vor allem in den entscheidenden Fragen tiefgehend zu führen. Insbesondere hat die „Rote Fahne" unser Programm sozusagen als rein „literarisches Dokument" genommen und kein Wort über den in der Präambel ausdrücklich genannten Zweck unseres Programms, über die Organisation, deren Programm es ist, und über die Lage der marxistisch-leninistischen Bewegung einschließlich der Stellung der MLPÖ darin verloren. Das alles widerspiegelt falsche wenn auch bisher nicht öffentlich dargelegte Ansichten hinsichtlich der Kampfaufgabe der österreichischen Marxisten-Leninisten, des Kampfes um den Aufbau der Partei.

Unsere diesbezüglichen Ansichten haben wir schon mehrmals, u.a. auch im Vorwort unserer Stellungnahme zur Kritik der „Roten Fahne" dargelegt (siehe „Kommunist" Nr. 2/76, S. 38 - 55).

Was die Weiterführung der Debatte betrifft, fordern wir die MLPÖ auf, zu unserer Stellungnahme, insbesondere aber zu den folgenden Fragen öffentlich Stellung zu nehmen:

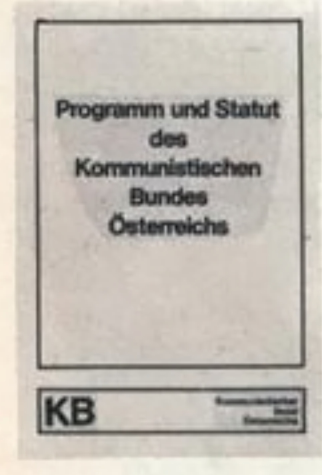
1. Ist es richtig, daß es heute in Österreich keine marxistisch-leninistische kommunistische Partei der Arbeiterklasse gibt? Daß die marxistisch-leninistische Bewegung vielmehr in mehrere Organisationen gespalten ist? Daß aber der Aufbau der Partei die Hauptaufgabe der Marxisten-Leninisten und in diesem Zusammenhang der Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten von entscheidender Bedeutung ist? Daß die Beziehungen zwischen den marxistisch-leninistischen Organisationen von der gegenseitigen Anerkennung als Marxisten-Leninisten ausgehen sollten und nach der dreifachen Weisung Mao Tsetungs gestaltet werden sollten: *„Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren; sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen."*? Wie sieht die MLPÖ ihre eigene Stellung in der marxistisch-leninistischen Bewegung und welche Schritte gedenkt sie in Zukunft zu unternehmen, um ihren Beitrag zum Kampf um den Aufbau der Partei zu leisten?
2. Stimmt die MLPÖ mit den von uns geäußerten Auffassungen zum Staat („Kommunist" Nr.2/76,S 43-54) überein? Wenn nein, worin nicht?
3. Ist es richtig, daß die Marxisten-Leninisten nicht nur im Prinzip für die Revolution sein dürfen, sondern die Massen praktisch an die Revolution heranführen müssen, ihnen einen Weg des Herankommens an die Revolution weisen müssen? Wenn ja, welche positiven Vorstellungen hat die MLPÖ davon (über allgemeine Aussagen hinaus, wie daß im Kampf um Reformen Kräfte für die Revolution gesammelt werden müßten)?

4. Ist es richtig, daß die imperialistische österreichische Bourgeoisie unter den heutigen Umständen der Hauptgegner der österreichischen Arbeiterklasse ist und daß alle Kräfte auf ihren Sturz konzentriert werden müssen? Daß daher von einem nationalen Befreiungskampf nur unter der Bedingung die Rede sein könnte, daß sich dies, das heißt der Hauptfeind der Revolution in Österreich, ändert? Daß es sich dann um eine andere Etappe der Revolution handelte? Daß jede Verwischung dieser Tatsache ein Einfallstor für den Sozialchauvinismus bedeutet?

Auf diese Fragen sollte sich unserer Meinung nach die weitere Debatte konzentrieren. Wir sind selbstverständlich bereit, jede Stellungnahme der MLPÖ zu diesen Fragen im „Kommunist" abzudrucken.

W.L.

Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs
KB



PROGRAMME DER ÖSTERREICHISCHEN REVOLUTIONÄREN ARBEITERPARTEIEN 1888-1946

Programm und Statut des KB
Preis: 5.- Best. Nr.: 3-85-377-011-8

Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking
84 Seiten, Preis: 10.-
Best.Nr.: 1/1G-736

Verlag: Alois Wieser
Wien 1976
61 Seiten, *Preis: 15.-*
Best.Nr.: 3-85-377-007

Zu beziehen über: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb
Halbgasse 12, 1070 Wien PSK Nr.: 2419 204

Südafrika

Die folgenden beiden Beiträge: „Es lebe die Bewegung des 16. Juni" und „Über die Einheitsfront", behandeln die Lehren aus dem neuerlichen Aufschwung der Massenbewegung in Azania (Südafrika) im letzten Jahr und die Bemühungen um eine Einheitsfront der Befreiungsorganisationen in Südafrika. Beide Beiträge wurden uns vom „Afrikanischen Nationalkongreß/Afrikanische Nationalisten" (ANC/African Nationalists) zur Verfügung gestellt.

Die betreffenden Fragen sind von großer Bedeutung für die gesamte Befreiungsbewegung in Südafrika; sie werden aber auch innerhalb des ANC umfassend diskutiert, nachdem im vergangenen Jahr acht führende Mitglieder, die sich „Afrikanische Nationalisten" nennen, vom Auslandsflügel des ANC ausgeschlossen wurden.

Diese Ausschlüsse waren die Konsequenz der Politik der sowjetischen Sozialimperialisten und ihrer Agenten in der „Südafrikanischen 'Kommunistischen' Partei" (SA„C"P) gegenüber der Befreiungsbewegung Südafrikas. Seit Jahren versuchen sie, die Befreiungsbewegung zu infiltrieren und unter ihre Kontrolle zu bringen. Ohne Basis in Azania selbst, versuchten sie dies mit Erfolg im Auslandsflügel des ANC. Die Einmischung des Sozialimperialismus, die schädliche Politik der Revisionisten und ihr Verrat am Befreiungskampf - unter anderem sabotieren sie seit Jahren die Vorbereitung und Aufnahme des bewaffneten Kampfes - führten zu heftigem Widerstand innerhalb des ANC.

In Südafrika selbst arbeitet der ANC auf der Linie der „Afrikanischen Nationalisten" und trägt mit anderen revolutionären Organisationen, dem „Panafrikanischen Kongreß", dem „Unitiy Movement", der „Black People's Convention" den Widerstand. Auch große Teile im Auslandsflügel des ANC unterstützen die Politik der „Afrikanischen Nationalisten". Von daher bestehen gute Bedingungen, den Einfluß des Sozialimperialismus, den er mit Hilfe der Revisionisten über den Auslandsflügel des ANC ausübt, zunichte zu machen.

Im März dieses Jahres wird eine Delegation des ANC/African Nationalists auf Einladung des ZK des KB Österreichs auf einer Rundreise durch mehrere österreichische Städte über den Kampf des Volkes gegen das Kolonialregime berichten. Mit der Veröffentlichung der folgenden Beiträge geben wir unseren Lesern Gelegenheit, sich schon vor dieser Rundreise mit den Auffassungen des ANC/Afrikanische Nationalisten vertraut zu machen.

Red.

Es lebe die Bewegung des 16. Juni![1]

Das Massaker am 16. Juni, das die schießwütige südafrikanische Polizei an friedlich demonstrierenden afrikanischen Schülern und Erwachsenen verübte, und die Ströme von Blut, die sie in den Straßen von Soweto und auch anderswo fließen ließ, war ein brutaler, barbarischer und feiger Akt. Er übertraf bei weitem die vorangegangenen periodischen Massaker, die am afrikanischen Volk von Südafrika von verschiedenen weißen Minderheitsregierungen an Orten wie Bullhoek, Bondelswarts, Wintzieshoek, Sharpeville, Nquza Hill etc. verübt wurden.

Andererseits rief das abscheuliche Vorgehen vom letzten Juni einen entschiedenen, ausdauernden und immer breiter werdenden Widerstand auf Seiten der afrikanischen Studenten, Jugendlichen und breiten Volksmassen hervor. Mit Ende August hatten sich Tausende farbiger Studenten und Jugendliche an der Seite ihrer afrikanischen Brüder in den Kampf eingereiht.

In der Zeit unmittelbar nach dem Soweto-Massaker herrschte eine gewisse Verwirrung, die von außerhalb Südafrikas noch verstärkt wurde, und zwar weil verschiedene im Exil lebende südafrikanische Politiker sich für die Vorgänge verantwortlich erklärten - Politiker, die schon seit langem die Kriegstrommel nur aus sicherer Entfernung rühren. Der Rauchvorhang hat sich aber nun nach gut zweieinhalb Monaten anhaltender Massenkämpfe, die alle entscheidenden Industriezentren sowie ein bis zwei Städte auf dem Land zum Schauplatz hatten, verzogen. Zwei ausschlaggebende Tatsachen sind offensichtlich geworden:

* Der anfängliche Widerstand nach dem Soweto-Massaker war nur zum Teil „spontan".
* Als der Augenblick zum Handeln gekommen war, glänzten die alten, wohlbekannten südafrikanischen Befreiungsbewegungen durch ihre Abwesenheit vom Schlachtfeld. Die Ereignisse waren eine schreckliche Anklage gegen jene, die seit einem Jahrzehnt und länger vom bewaffneten Kampf nur *gesprochen* haben.

Und doch gibt es Leute, die im Jahre 1976 mit Steinen gegen Patronen kämpften und mit einer der einfachsten Waffen in Angriff gingen: mit Benzin und Streichhölzern.

Die unmittelbare Ursache der Konfrontation, die Mitte Juni in Soweto ausbrach und sich wie ein Waldbrand über Pretoria, Daveyton, Springs, Nigel, Teile des Oranje-Freistaats und auf allen schwarzen Universitäten ausbreitete, war die Einführung von Afrikaans - der Sprache der Unterdrücker - als eine der Unterrichtssprachen in den afrikanischen Schulen der Provinz Transvaal. Die Demonstrationen schwarzer Schüler gegen diese Maßnahme nahmen Mitte Mai von Phefeni (in der Nähe von Soweto) ihren Ausgang. Mitte Juni war bereits die gesamte Schüler- und Studentenschaft von Soweto auf den Beinen.... Das war der Protest, den die südafrikanische Polizei in Blut ertränken wollte.

Protestaktionen afrikanischer Schüler und Jugendlicher konnte man aber schon seit Jahresbeginn beobachten. Die Verschärfung der Situation könnte man beispielsweise mit den drei gegenwärtig in Südafrika geführten Hochverratsprozessen gegen Schüler- und Jugendführer in Zusammenhang bringen. Als einer dieser Prozesse im März in Johannesburg eröffnet wurde, demonstrierten tausende afrikanischer Jugendlicher vor dem Gerichtsgebäude und es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei.

Am 21. März versammelte sich in Soweto eine Menschenmenge, wie man sie lange nicht mehr gesehen hatte, um des Sharpeville-Massakers im Jahre 1960 (2) zu gedenken. Im selben Monat hielt der Führer des Kwa-Zulu-Bantustans, Häuptling Gatsha Buthelezi, seine berühmte Rede „*Eine Warnung des schwarzen Südafrika an das weiße Südafrika*", ebenfalls vor einer riesigen Versammlung in Soweto. Teile seiner Rede lesen sich heute wie eine Prophezeiung.

Er warnte vor einer unmittelbar bevorstehenden Krise. Und er bemühte sogar die gewichtige Autorität von Senator Robert Kennedy, indem er erklärte, daß „*die Revolution kommt....*". Und doch war er ganz offensichtlich nicht imstande, sein Tun den in seiner Rede angekündigten Ereignissen anzupassen. Er behielt die Amtsrobe des Häuptlings des Kwa-Zulu-Bantustans an. Das war wahrscheinlich auch der Grund, warum die afrikanischen Studenten der Universität Ngoya auf Häuptling Buthelezis frisch eingenommene Anti-Apartheid-Pose mit Steinwürfen auf sein Auto antworteten.

Anfang Mai kam eine Warnung in letzten Minute von einem anderen „verantwortungsvollen, gesetzestreuen Führer" - Bischof Desmond Tutu. In einem Brief an die „Rand Daily Mail", den diese Zeitung als Leitartikel brachte, sagte er unter anderem:

„Meine weißen südafrikanischen Mitbürger, wir haben Euch geglaubt, als Ihr sagtet, daß Ihr einen friedlichen Übergang wollt. Vielleicht waren wir naiv und leichtgläubig. Die Regierung, die Ihr gewählt habt, hat bewiesen, daß Ihr nicht gemeint habt, was Ihr gesagt habt, und beweist es jeden Tag aufs neue...."

„Die Schwarzen werden über jedes erträgliche Maß provoziert. Wollt Ihr wirklich einen friedlichen Übergang, oder glaubt Ihr Euch auf Grund Eurer militärischen Stärke und moderner Waffen über die Reaktion des schwarzen Mannes hinwegsetzen zu können? Wollt Ihr uns zum äußersten treiben?"

Vom spontanen Kampf zum organisierten Widerstand

Wenn man den wütenden Widerstand der afrikanischen Studenten und breiten Massen der afrikanischen Bevölkerung Mitte Juni noch als spontan bezeichnen konnte, so hatte sich das Bild in der letzten Juliwoche geändert. Die von Studenten angeführten Märsche in Soweto waren organisiert.

Als der Aufruhr Kapstadt erreichte, kam noch ein anderes Element organisierten Widerstandes zum Vorschein. Es trat eine Arbeitsteilung

(1) Editorial der Zeitschrift „The African Nationalist" Bd. 1, Nr. 1, November 1976, A journal of the African National Congress of South Africa (African Nationalists). Gemeint ist die Massenbewegung in Südafrika am 16. Juni 1976 gegen die Einführung der verhaßten Unterdrückersprache Afrikaans in den afrikanischen Schulen der Provinz Transvaal, die das südafrikanische Kolonialregime in Blut zu ersticken versuchte.

(2) Sharpeville Massaker: 1960, Erschießung dutzender Afrikaner in der Ortschaft Sharpeville, die gegen die Paßgesetze demonstrierten

zwischen Demonstranten und Zerstörungstrupps ein. Diese Entwicklung veranlaßte den Befehlshaber der südafrikanischen Streitkräfte zu der Warnung, daß das Land an der Schwelle zum Guerillaaufstand stehe. Bei den Unruhen in Port Elizabeth konnte man dieselbe Taktik wie in Kapstadt beobachten. Aber wer steht hinter der Organisierung?

Die Straßenmärsche, der dreitägige Streik in Soweto vom 23.bis 26.August, die anonymen Streikflugblätter und die Methode ihrer Verteilung, der Eintritt farbiger Studenten in den Kampf trugen Merkmale, deren Urheber zu identifizieren waren. Die treibende Kraft hinter den Ereignissen der letzten 12 Wochen war offensichtlich die „Black Consciousness Movement“ (Bewegung „Schwarzes Bewußtsein“).

Was ist die „Black Consciousness Movement“?

Die „Black Consciousness Movement“ trat erstmals Anfang 1969 in Erscheinung. In diesem Jahr brachen die schwarzen Studenten - Afrikaner, Farbige, Inder - aus gemischtrassigen Organisationen und solchen unter weißer Führung aus (zum Beispiel National Union of South African Students, NUSAS, und University Christian Movement, UCM) und beschlossen, sich selbst zu organisieren.

Die Führer der Bewegung faßten ihre Anschauungen in folgende Worte:

* Ein Schwarzer in Südafrika ist Teil einer Gruppe, die ökonomisch, politisch und gesellschaftlich diskriminiert ist, sei es durch Gesetze oder Tradition.
* Schwarz sein heißt auch, sich zu identifizieren als eine Einheit im Kampf um schwarze Forderungen.
* Schwarzes Bewußtsein erhebt sich über die weltlichen Klischees der gemischtrassigen Antithese. Es füllt das schwarze Herz mit einem Stolz, einer Würde und einer Entschlossenheit, die jeder Auseinandersetzung standhalten wird.
* Schwarzes Bewußtsein besteht nicht als Reaktion oder Antwort auf irgendeine Form der Unterdrückung, sondern als eine bewußte Analyse der Existenz des schwarzen Mannes in seiner Situation, und darauf beruhend als ein Plan zur konzentrierten Aktion - zielführende, positive Aktion - gegen die entmenschlichenden Abscheulichkeiten, die das Leben des weißen Südafrika ausmachen.
* Protest, Dialog, Politik - das sind drei Worte mit denen reiche, schwarze Lehnstuhlliberale, elende weiße Progressive und hinfällige alte Männer herumwerfen. Sie nehmen für sich in Anspruch, die wahren Führer zu sein, besonders Geschäftsleute, Ärzte und Lehrer mit ihrer Unterwürfigkeit gegenüber herablassenden Nicht-Schwarzen, die lediglich ihr eigenes Ego befriedigen und ihr Gewissen beruhigen. Die Axt muß auf diese Parasiten fallen - und ihre Zungen müssen weg.

Der erste organisatorische Ausdruck dieses „schwarzen Bewußtseins“ war die Gründung der SASO (South African Students Organisation), durch schwarze Studenten, auf den schwarzen Universitäten. Später machten sich einige Colleges diese Philosophie zu eigen und gründeten die SASM (Southern Africa Students Movement).

Der Aufruf der SASO zu „schwarzem Bewußtsein“ fand zuerst einigen Anklang bei den herrschenden Kräften. Die Ideologen in Pretoria dachten, daß das Ganze sich irgendwie in ihr Gewäsch von „getrennter Entwicklung“ (Apartheid) einfüge. Die reformistische KP Südafrikas jedoch brandmarkte „schwarzes Bewußtsein“ als „schwarzen Chauvinismus“.

Aber die „Bewegung Schwarzes Bewußtsein“ ging bald über die schwarzen Universitäten hinaus, und es entstanden Massenorganisationen wie BPC (Black People's Convention), „Vereinigte schwarze Arbeiter“ (Black Allied Workers Union), „Nationale Jugendorganisation“ (National Youth Organisation). Heuer wurde die Schwarze Frauenföderation (Black Woman's Federation) gebildet.

Ende 1971 war Pretoria aufgewacht und sah sich mit der Tatsache konfrontiert, daß die SASO und ihr angeschlossene Gruppen in Wirklichkeit eine Befreiungsbewegung waren. Sie wurde auf einigen Universitäten verboten. Dann ergingen Haftbefehle gegen die Führer der SASO, der BPC und der „Vereinigten Schwarzen Arbeiter“.

Diese Maßnahmen sollten die „Bewegung Schwarzes Bewußtsein“ behindern und abwürgen, ungefähr so wie das mit den früheren Organisationen ANC (Afrikanischer Nationalkongreß) und PAC (Panafrikanischer Kongreß) versucht worden war.

Mit dem Jahr 1973 wurde aber klar, daß eine neue Generation militanter, junger Schwarzer auf der südafrikanischen politischen Szene das Geschehen beherrschten. Die „Johannesburg Rand Daily Mail“ bemerkte dazu am 7.Mai 1973 in ihrem Leitartikel:

„Die Regierung hat Maßnahmen ergriffen, um die SASO zu zerschlagen und dadurch den Beweis erbracht, daß sie nicht einmal im Rahmen der getrennten Entwicklung eine starke - oder potentiell starke - Opposition hinzunehmen bereit ist. Die SASO ist eigentlich eine Schöpfung der regierenden Sooth African Nationalist Party. Sie ist das direkte und zwangsläufige Ergebnis der Regierungsstrategie der 'getrennten Entwicklung'!“

„Der Zweck der Übrung war die Hervorbringung einer neuen Generation ethnisch bewußter Schwarzer, die in das System der getrennten Entwicklung passen würden.“

„Nun ist diese Generation hervorgebracht. Auf studentischer Ebene findet sie in der SASO ihren Ausdruck.... das ist doch sicher was die Regierung wollte und beabsichtigte! Und doch will sie jetzt die SASO zerschlagen, indem sie ihre Führer verhaftet....warum? Weil sich herausstellte, daß die schwarzen Studenten militant sind.“

„Der neue Geist des schwarzen Bewußtseins und des Separatismus hat ihnen auch nicht geholfen, den weißen Mann - oder seine Regierung - lieben zu lernen.“

Aber die Regierung in Pretoria fuhr in ihrer Offensive fort. 1973 wurde Abraham Tiro, ein nach Botswana geflüchteter SASO-Führer, durch eine Briefbombe getötet, die Agenten der südafrikanischen Polizei aufgegeben hatten. In der Folge von Pro-Frelimo-Versammlungen, die von der SASO und vom BPC veranstaltet worden waren, um die Bildung der Frelimo-Übergangsregierung zu feiern, wurden im Jahre 1973 weitere SASO- und BPC-Führer verhaftet und des Hochverrats angeklagt. Im Jänner 1976 wurden acht junge Afrikaner, darunter eine Frau, verhaftet und unter Berufung auf das berüchtigte Terrorismusgesetz angeklagt. In der Anklage findet man folgende Punkte:

* Sammeln von Informationen über strategische Anlagen mit dem Ziel, sie an Komplizen weiterzuleiten und Sabotage zu verüben.
* Aufruhr gegen die Südafrikanische Regierung
* Studium der Wirtschaft Südafrikas und des Gebrauchs schwarzer Arbeitskräfte, um sie zu sabotieren.
* Studium und Schmuggel revolutionärer kommunistischer Literatur zum Zweck der Verbreitung.
* Verleitung von Leuten, sich einem militärischen Training zu unterziehen.

Mit ihrer neuen Kampfentschlossenheit hat unsere Jugend und unser Volk das Gespenst der „Gewaltlosigkeit“ endgültig vertrieben, das seit der Bambata-Erhebung von 1906 (3) durch die südafrikanische Befreiungsbewegung geisterte. Der Ruhm gebührt den gefallenen Genossen, die das mit ihrem Blut zu Wege gebracht haben.

Was nun?

Zur aktuellen Stunde geht das Blutvergießen, das Niederschießen unbewaffneter Demonstranten durch die südafrikanische rassistisch-faschistische Polizei weiter. Massenverhaftungen schwarzer Führer sollen der Bewegung die Spitze nehmen und sie zu halbspontanen Aktionen degenerieren lassen.

Es wäre aber müßig, die Hände in den Schoß zu legen und schadenfroh die Unfähigkeit der Tambo-Gruppe (4) und ihrer Handlanger in der reformistischen südafrikanischen KP zu konstatieren. Wir müssen im Gegenteil schleunigst die Lehren aus den noch nie vorher dagewesenen Ereignissen der letzten drei Monate ziehen. Einige davon liegen auf der Hand:

1.) Unser Volk ging als geeintes Volk in den Kampf. Studenten, Intellektuelle und schwarze Arbeiter kämpften Seite an Seite in den Straßen. Auch von den Listen der verhafteten Führer kann man ablesen, daß das ganze Volk vereint kämpfte, da man unter ihnen Führer von SASO, SASM, BPC, ANC, PAC etc. findet. Weiters bemerkten wir, daß sich die Farbigen an der Seite ihrer afrikanischen Genossen am Kampf beteiligten.

Die bedeutendste Entwicklung war die Rolle der schwarzen Arbeiter, die äußerst erfolgreiche Streiks durchführten. Vor dem Hintergrund der Massenstreikbewegung schwarzer Arbeiter für höhere Löhne im Jahre 1973, wurden zweimal innerhalb von drei Wochen 3-tägige Streiks zur Unterstützung politischer Forderungen organisiert. Das zeigte das wachsende politische Be-

(3) Bambata-Erhebung von 1906: Letzer Stammesaufstand gegen die britische Kolonialisierung, der brutal niedergeschlagen wurde

(4) Tambo, Vorsitzender des African National Congress (ANC) im Ausland.

wußtsein der schwarzen Arbeiter. Dieser Durchbruch wird in den nächsten Schlachten entscheidend sein. Und die weitere Organisierung der schwarzen Arbeiter wird zur vordringlichsten Aufgabe.

Es sind aber auch einige Schwächen in dieser Situation offenkundig geworden, nämlich:

a) Die Unruhen, die seit Juni stattfinden, erfaßten das ganze Land, sogar solche kleine Städte wie Nigel, Somerset etc. und doch kam es zu keiner Wiederholung der kämpferischen Massenaktionen der afrikanischen Arbeiter in Natal, die eine führende Rolle in der wirtschaftlichen Streikbewegung von 1973 innehatten.

b) Die afrikanischen Massen in den ländlichen Gebieten, die in der Vergangenheit starken Widerstand geleistet haben, so zum Beispiel in Zeerust, Sekhukhiland, Pondoland etc. sind noch nicht in die derzeitigen Kämpfe einbezogen worden.

c) Zur Stunde haben die indischen Masen noch nicht den afrikanischen und farbigen Widerstandskämpfern ihre Unterstützung gewährt.

2.) Es besteht auch das Problem der Ausarbeitung eines klaren revolutionären Programms. Von einer Reihe von Vertretern sind schon einige Reform-Forderungen aufgestellt worden, darunter:

* Recht auf Grunderwerb für die Schwarzen in den Städten
* Abschaffung der verhaßten Paßgesetze
* Garantie der Menschenrechte

Andererseits sind aber die Studenten, die zuerst gegen die Einführung von Afrikaans als Unterrichtssprache gekämpft haben, einen Schritt weiter gegangen und stellten die Forderung nach Freilassung aller inhaftierten Führer auf, und riefen weiters zum Kampf gegen das „südafrikanische System" auf.

Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, daß die herrschende Klasse das Fehlen eines konsequenten Programms ausnutzen kann, um bedeutungslose Reformen einzuführen. Aber wir sehen den Kampf der letzten Monate nicht als einen Kampf um Integrierung in das bestehende System, sondern als einen Kampf um die letztliche Zerschlagung dieses Systems.

Jetzt müssen wir aber besonders wachsam sein, ansonsten tanzen wir auf einmal nach der programmatischen Pfeife von John Vorster und Henry Kissinger.

3.) In den vergangenen drei Monaten wurden über tausend unserer Leute, darunter auch Schulkinder, von Polizeikugeln niedergemäht. Unser Volk hat in dieser Lage Heldenmut bewiesen. Und es hat dabei unvergeßlich Erfahrungen für die Revolution gemacht. Es hat seine Feuertaufe bestanden. Die Geschichte lehrt uns aber auch, daß Heldenmut und Opferbereitschaft für sich allein noch keine Revolution hervorbringen. Es ist unbedingt notwendig, in der jetzigen Situation organisiert Richtlinien zu verankern, die eine Zusammenfassung der afrikanischen und internationalen revolutionären Erfahrungen sein sollen. Solche Festlegungen würden die Herausbildung von richtiger Taktik und Strategie weiter vorantreiben. In den gegenwärtigen Kämpfen konnten wir sehen, welche Schwierigkeiten entstanden, als die ersten anonymen Flugblätter mit dem Streikaufruf verteilt wurden und die Polizei daraufhin das Gerücht ausstreute, daß der Streik 3 Wochen und nicht 3 Tage, dauern würde. Beim Aufruf zum zweiten 3-tägigen Streik entstand weniger Verwirrung, weil sich die Organisatoren zu erkennen gaben.

4.) Wir sprechen von der Zusamenfassung der Erfahrungen von Ländern wie Algerien, Zypern, Kuba, Vietnam etc, aber wir können aus den gegenwärtigen Kämpfen ersehen, daß die Menschen in Südafrika in ihren revolutionären Aktionen eigene, neue Erfahrungen gemacht haben, die man sehr genau studieren und entwickeln sollte.

Die großen Massenkämpfe der letzten 12 Monate, unter Führung der Studenten, erinnern natürlich an einige Parallelen in der Geschichte, besonders an die Bewegung des 4. Mai in China, die die Geburt einer neuen revolutionären Bewegung ankündigte, und die Studentenrebellion im Frankreich des Jahres 1968, die unglücklicherweise durch die etablierten Linksparteien mehr oder weniger ins Lächerliche gezerrt wurde, sodaß man jetzt fast nicht mehr darüber spricht.

5.) Der größte Erfolg der aktuellen Kämpfe liegt offensichtlich in der unglaublichen Mobilisierung der schwarzen Massen, die den alten Organisationen ein ganzes Jahrzehnt lang ausgewichen waren.

Im Verlauf der Massenkämpfe wurde die vielgerühmte Schlagkraft der südafrikanischen Geheimpolizei gründlich als Mythos entlarvt. Aber diese Bewegung, die wir die Bewegung des 16.-Juni nennen könnten, hat vor allem in einer überaus wichtigen Hinsicht einen Sieg errungen... Sie hat das Gespenst der „Gewaltlosigkeit" vertrieben, das in unserer Bewegung seit der Niederwerfung des Bambata-Aufstands im Jahre 1906 herumgeisterte. Ruhm - ewiger Ruhm den gefallenen Genossen, die ihr Blut dafür gegeben haben! Unsere Aufgabe ist es, die Revolution voranzutreiben, damit sie nicht umsonst gestorben sind.

Über die Einheitsfront

„Sobald wir die Häuptlinge untereinander gespalten haben, können wir uns von unseren Freunden trennen und mit dem Volk gegen die Häuptlinge arbeiten. Das wird aber einige Zeit dauern. Worauf es ankommt ist, die Führer zu entzweien, und die Zeit ist reif dazu, es bedarf nur mehr einer geschickten Hand, um alles zu arrangieren."
(John. X. Merriman, Kabinettsminister der Kapkolonie

Die Maxime des „teile und herrsche", die John X. Merriman gerade so gut erläutert hat, ist von den beiden weißen Kolonialmächten in Südafrika, - Briten und Buren - immerzu in die Tat umgesetzt worden. Bei den Xhosas wurden die Häuptlinge Hgqika und Ndlambe gegeneinander aufgehetzt. Bei den Zulus waren es Mpande und Dingane. Häuptling Molapo von Lesotho verrit Langalibalele für ein paar Rinder.

Traditionelle Zwistigkeiten zwischen verschiedenen afrikanischen Gruppen wußten die Kolonialisten sehr geschickt auszunutzen. Sie vereinigten die Mfengus und Tembus, um die Ngquika und Gcaleka Xhosas zu vernichten. Swazi Aufgebote wurden gegen die Pedis geschickt, Tsongas und Swazis gegen die Venda. Bei den Tswana schürten sie die Rivalität zwischen dem Kwena-Volk und den Kgafehe-Kgathe und zwischen den Tshidi-Rolong und den Rotlon-Rolong.

Die Kolonialisten in Natal, in der Hauptsache Briten, spalteten das Volk der Zulu von den Süd-Ngunis ab und die republikanischen Buren (Afrikaaner) säten Zwietracht zwischen den Pedi, Venda und Süd-Rolong.

Die Antwort der Afrikaner auf die kolonialen Expansionsbestrebungen der Weißen war nie einheitlich, daher mußten sie einen hohen Preis - Unterwerfung und Niederlage - zahlen.

Demgegenüber waren bei einem gewissen Ausmaß von Solidarität unter den Afrikanern Erfolge zu verzeichnen, wie zum Beispiel im „Gewehrkrieg" in Lesotho im Jahre 1880, als Widerstand und Aufruhr nicht nur Lesotho ergriffen, sondern auch die Völker der Mpondomise, Thembu und Griqua. Und in der Tat trug Lesotho in diesem Kampf einen Sieg über die britischen Kapkolonialisten davon.

Es gibt sogar Anhaltspunkte, die darauf hindeuten, daß während der letzten Phasen des afrikanischen Widerstandes in Südafrika einige Häuptlinge mit Hilfe von Kurieren miteinander verhandelten und sogar gemeinsame Aktionen zur Verteidigung des Landes versuchten. Der Schritt kam zu spät.

Die Gründung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC)

Den Kriegen, in denen den Afrikanern von Südafrika das Land geraubt wurde, folgte eine neue Phase imperialistischer Aktivität. Diese war die unmittelbare Folge der durch die Entdeckung und den großangelegten Abbau von Diamanten und Gold ausgelösten ökonomischen Revolution. Die alte Rivalität zwischen den weißen Mächten - den Briten und den Buren - führte zum Ausbruch des Englisch-Burischen Krieges (1899-1902). Diesem folgte der sogenannte Friede von Vereeneging und im Jahre 1910 die Gründung der Südafrikanischen Union, die Großbritannien über die Köpfe der einheimischen afrikanischen Mehrheit hinweg in die „Unabhängigkeit" entließ.

Die Afrikaner waren nicht nur ausgeschlossen von dieser „Unabhängigkeit", sondern es stellte sich auch bald heraus, daß das zentrale Thema der weißen „Union" die Suche nach einer „gemeinsamen Eingeborenenpolitik" war. Wie schaute die „Eingeborenenpolitik" aus, die sie sich überlegten?

Sie bestand einfach darin, die Afrikaner noch weiter zu enteignen und sie in eine riesige landlose Masse zu verwandeln, die ein unerschöpfliches Reservoir von billiger Arbeitskraft abgeben sollte.

In der Form des Landgesetzes von 1912 wurde die Enteignung durchgeführt. Die Antwort der Afrikaner auf diese Situation war die Vorbereitung von weiteren Kämpfen. Es wurde somit 1912 in Bloemfontein eine gesamtnationale Konferenz einberufen, die Afrikaner aus allen Schichten, Häuptlinge, Politiker, Priester usw. umfaßte. Die zentrale Ansprache wurde von Dr.P.I.Ka Seme, einem afrikanischen Rechtsanwalt, gehalten - ein aufwühlender Ruf nach Einheit:

„Der Dämon des Rassismus, die Verirrungen der Kämpfe zwischen Xhosa und Fingo, die Feindschaft zwischen den Zulus und den Tongas, zwischen den Basuto und den anderen Einheimischen - sie müssen begraben und vergessen werden... Wir sind ein Volk. Diese Differenzen, diese Eifersucht, sind der Grund für unsere Leiden und für unsere ganze heutige Rückständigkeit und Unwissenheit."

Die Konferenz beschloß, den Afrikanischen Nationalkongreß als ein Instrument der afrikanischen Einheit zu gründen.

Die Gesamtafrikanische Konvention (A.A.C.)

Der zentrale Gedanke bei der Gründung des ANC war also der Gedanke der Einheit. Die Frage war nicht, ob die Afrikaner sich erheben und kämpfen sollten - sie haben vorher schon gekämpft - sondern die Frage war, ob sie als ein geeintes Volk kämpfen sollten - im Unterschied zu früher.

Vor dem Problem, eine noch festere Einheit zu schmieden, standen wir noch einmal - angesichts einer weiteren Krise, mit der das afrikanische Volk konfrontiert war. 1936 sollten die Afrikaner vom Kap(land), die einzige Gruppe der Afrikaner, die aus historischen Gründen das Wahlrecht behalten hatte, aus der allgemeinen Wählerliste gestrichen werden und ihres Wahlrechts durch das berüchtigte „Hertzog-Gesetz" beraubt werden. Einmal mehr beriefen die afrikanischen Führer eine Konferenz ein, um diese Gefahr zu diskutieren - die Gesamtafrikanische Konvention, die politische, religiöse, kulturelle und sogar Sportorganisationen umfaßte.

Seit damals hat es in verschiedenen Zeitabständen verschiedene Anstrengungen gegeben, um die größtmögliche Einheit im afrikanischen Volk von Südafrika zu erreichen, besonders angesichts der ständig steigenden Versuche des Pretoria-Regimes, die letzten Spuren von Freiheit zu beseitigen und es weiter zu enteignen. Beispiele dafür sind:

* Die Gesamtkonferenz zur Diskussion über die Bantustanpolitik, die auf Initiative der interkonfessionellen afrikanischen Ministerföderation (Idamf) 1956 in Bloemfontein einberufen wurde
* Nachdem das Regime den Afrikanischen Nationalkongreß verboten hatte, und 1960 auch den Panafrikanischen Kongreß, bereitete es sich 1961 auf die Apartheid-Republik vor. Die Afrikaner antworteten mit der Einberufung einer weiteren Einheitskonferenz - hauptsächlich auf Veranlassung des ANC-Führers Nelson Mandela, der heute lebenslänglich in Robben Island gefangen gehalten wird - um die Strategie des Widerstandes zu planen. Die Konferenz wurde in Pieter-Maritzburg abgehalten.

Der Pan-Afrikanische Kongreß (PAC)

Bis Anfang der Fünfziger Jahre hatte sich der ANC zu einer kämpfenden Massenorganisation entwickelt. Aber Ende der Fünfziger Jahre entfesselte das Pretoria-Regime eine anhaltende Repressionswelle gegen die Führung der Organisation, in der Form von Ausweisungen, Verbannungen, Verhaftungen und Strafverfahren. Ein Nebenprodukt der Repression war das Aufbrechen von internen organisatorischen Problemen und Meinungsverschiedenheiten. 1959 ist dann eine Gruppe, die sich selbst „Afrikanisten" nannte, aus dem ANC hinausgegangen und hat eine eigene Organisation - den Pan-Afrikanischen Kongreß - gegründet.

Der Bruch, den der ANC zuerst nicht ernst nahm, hat 1960 eine neue Wendung genommen, als der PAC eine Kampagne in der Form der Anti-Paß-Demonstrationen der Afrikaner organisierte. Wie allgemein gut bekannt ist, hat diese Kampagne Schlagzeilen in der ganzen Welt gemacht, als sie im Massaker von Sharpeville kulminierte.

Der PAC wurde dann in Südafrika und im Ausland bekannt.

Die Südafrikanische Einheitsfront

Nach dem Massaker von Sharpeville im Jahre 1960 und dem Verbot von ANC und PAC im selben Jahr haben beide Organisationen im Ausland Büros eröffnet. In Ghana wurde eine Einheit zwischen ihnen sehr befürwortet, und der damalige Präsident von Ghana, der verstorbene Dr. Kwame Nkrumah, hat sich persönlich dafür eingesetzt. In der Folge wurde eine Einheitsfront (die Südafrikanische Einheitsfront) gebildet, die den ANC, den PAC als auch den Südafrikanischen Indischen Kongreß, die Südwestafrikanische Nationalunion (SWANU) und später die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) umfaßte.

Die Südafrikanische Einheitsfront entwickelte sich eine Weile sehr gut, aber sie mußte zusammenbrechen, weil die Führung des ANC und des PAC in Südafrika selbst keine solche Front bildeten.

Nach dem Zusammenbruch der Südafrikanischen Einheitsfront haben sich der ANC und der PAC als einzelne Organisationen bei der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) um Anerkennung bemüht. Die politische Linie der OAU wiederum zielte auf eine Einheitsfront der Organisationen ab, die sie in jedem noch nicht befreiten Land anerkannte.

Daher ergriff die OAU Initiativen, um die Befreiungsbewegungen in Angola, Zimbabwe, etc. zu vereinen. Aber weil die OAU bis jetzt die Situation in Südafrika nicht als vordringlich erachtet hat, hat sie auch keine aktiven Initiativen in der Frage der Einheitsfront bezüglich der südafrikanischen Bewegungen unternommen. Jedoch wurde bei jeder Sitzung des OAU-Befreiungskomitees die Frage an den ANC als auch an den PAC gerichtet: Freunde, welche Fortschritte macht ihr in der Sache der Einheitsfront? Darauf hat der PAC geantwortet: *„Wir sind bereit, für die Einheitsfront zu arbeiten."* Aber auf der anderen Seite hat der ANC geantwortet: *„Für uns ist die Einheitsfront keine vordringliche Sache.... auf jeden Fall haben wir bereits eine Einheitsfront - die Kongreß-Allianz."*

Im Dezember letzten Jahres haben wir, die afrikanischen Nationalisten des ANC, die Krise, in der diese Organisation steckt, gründlich analysiert, und haben uns entschlossen, das Schicksal des Kampfes unseres Volkes in unsere eigenen Hände zu nehmen und haben auch beschlossen, die Frage der afrikanischen Einheit an die erste Stelle zu setzen. In der Folge haben wir im März dieses Jahres (1976) eine Pressekonferenz in Dar-es-Salaam veranstaltet, auf der wir zu breitester Einheit aufriefen.

Über diese zentrale Frage haben wir auch Vorbesprechungen mit Führern des Pan-Afrikanischen Kongresses, der „Unity Movement" (Einheitsbewegung) als auch mit anderen revolutionären südafrikanischen Gruppen abgehalten. Bis jetzt war die Antwort ermutigend, aber wir haben keine Illusionen über einige Probleme, die noch bewältigt werden müssen. Einige davon sind:

1.) Die Faktoren, die innerhalb Südafrikas wirken, müssen in Betracht gezogen werden. Aus dem großartigen heroischen Widerstand und dem Wiederaufleben des Kampfes unseres Volkes, der in Soweto am 16.Juni seinen Anfang nahm, erwachsen neue politische Aufgaben für die Befreiungsfront. Und aus der Feuerprobe des Kampfes sind nicht nur neue Kräfte hervorgegangen, sondern es wächst auch die Einheit im ganzen Volk.

Diese Entwicklung hat einen Einfluß auf die Befreiungsbewegungen im Exil haben müssen, es war aber auch vorauszusehen, daß sie durch die Politik der OAU, nach von ihr selbst aufgestellten Maßstäben, Organisationen anzuerkennen oder nicht, unterminiert werden würde.

2.) Die OAU hat in der Vergangenheit Initiativen ergriffen, um die Befreiungsbewegungen zu vereinigen, aber bis jetzt hatte sie nicht sehr viel Erfolg, wie im Falle Angolas und Zimbabwes ersichtlich ist. Warum? Hauptsächlich deswegen, weil die OAU ideologische Faktoren zu ignorieren scheint und eher auf einer Verschmelzung als auf einer Einheitsfront besteht.

3.) Der PAC hat auf der vor kurzem stattgefundenen Konferenz in Mauritius vielleicht zum ersten mal die Initiative bei Debatten über Südafrika ergriffen und die Tambo-Clique des ANC zu Statisten verurteilt. Diese Entwicklung könnte bewirken, daß einige Leute im PAC die Frage der Einheitsfront nicht mehr als so dringlich ansehen, im Glauben, daß ihre Organisation nun an der Spitze steht.

4.) Die „Einheitsbewegung" (Unity Movement), der schließlich die Anerkennung bei der Sitzung des OAU Befreiungskomitees in Maputo verweigert wurde, muß kämpfen, um zu zeigen, daß es mit diesem Schritt nicht gelingen wird, sie in Vergessenheit geraten zu lassen.

5.) Wir im ANC (Afrikanische Nationalisten) müssen mit Geduld und Hartnäckigkeit vorangehen, aber wir müssen erkennen, daß unsere Bedeutung in der Frage der Einheit mit unserer Stärke anwachsen wird.

Vom Generalstreik der österreichischen Arbeiter im Jänner 1918 bis zur Gründung der Kommunistischen Partei

Am 7. November 1917 ergreift das russische Proletariat die Staatsmacht und errichtet den ersten proletarischen Staat der Welt. Der Sieg der Oktoberrevolution in Rußland hatte ungeheuren Einfluß auf die Arbeiter in ganz Europa. Sie zeigte ihnen den Weg, auf dem sie mit dem imperialistischen Krieg Schluß machen können, auf dem sie Kaiser, Bourgeoisie und Grundherren vertreiben, Ausbeutung und Unterdrückung beseitigen können. Die Sowjetregierung bot allen Völkern einen demokratischen Frieden und den sofortigen Waffenstillstand an.

Die Friedensverhandlungen begannen am 3. Dezember in Brest-Litowsk. Die deutschen und österreichischen Imperialisten wollten keinen gerechten Frieden, sondern wollten Polen und große Teile des ehemaligen russischen Reichs an sich reißen. Die Arbeiterklasse und die Völker der Österreichisch-Ungarischen Monarchie aber hatten genug vom Krieg und die provokante Haltung der Regierung gegenüber den Friedensangeboten der Sowjetregierung steigerte ihre Empörung erst recht.

Der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte, war die Erklärung der Behörden, daß am 14. Jänner die Brotration auf die Hälfte gekürzt werden sollte. Die Arbeiter drängten zur Aktion: während die Metallarbeitergewerkschaft in Wien mit der Regierung verhandelte, traten die 3000 Arbeiter des Daimler Werks in Wiener Neustadt am 14. Jänner in den Streik. Sie marschierten zum Rathaus und forderten die Aufhebung der Kürzung der Brotration. Gleichzeitig erhoben sie die Forderung, die zur zentralen Forderung des Jännerstreiks werden sollte: sofortiger Abschluß des Friedensvertrags mit Sowjetrußland und Beendigung des imperialistischen Kriegs.

Der Streik breitete sich aus gegen den Willen der Führung der Sozialistischen Partei und der Gewerkschaft. *„Niemand hat den Arbeitern geraten den Streik zu beginnen, niemand hat ihn organisiert, mit spontaner Kraft wuchs er aus der Empörung der Massen und es war keine Kraft da, die imstande war, sein Entstehen und seine Ausbreitung aufzuhalten"*, schreibt die Arbeiterzeitung am 17.1.1918.

Dem Daimler-Werk schlossen sich die Rüstungsbetriebe von Wr. Neustadt an. In der Stadt fanden Versammlungen statt. In Neunkirchen, Ternitz und Wöllersdorf wurde gestreikt. Am 15. Jänner legten die Wiener Großbetriebe die Arbeit nieder, am 16. streikten fast alle Betriebe in Wien und Umgebung; in der Steiermark, in Budapest, in Krakau und auf den Erdölfeldern wurde gestreikt.

Der Generalstreik erfaßte ca. 700 000 Arbeiter, davon 120 000 in Wien. Außer der Einstellung des Krieges und der Unterzeichnung des Friedensvertrags, forderten die Arbeiter die Aufhebung der Kriegsgesetze und der Zensur, die Freilassung der politischen Gefangenen und eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln.

Die Sozialdemokratische Führung versuchte den Kampf auf ökonomische Forderungen zu beschränken. Aber ihre Redner, die auf Betriebsversammlungen in Wien als Kampfziel die Aufhebung der Kürzung der Brotration propagierten, wurden niedergeschrien mit der Forderung nach Frieden. Die Kürzung der Brotration war nur der Anlaß zum Kampf gewesen, der Kampf selber richtete sich gegen den imperialistischen Krieg und gegen die Habsburgermonarchie.

Die Regierung konnte nicht mit Gewalt gegen die Arbeiter vorgehen. Das Land befand sich knapp vor der Revolution. Von der Front Teile der Armee abzuziehn, war für die Herrschenden unmöglich. Die Stimmung der Soldaten war nicht so, daß sie auf die Arbeiter geschossen hätten. Das Land war voll mit Deserteuren, die mit der Waffe in der Hand die Front verlassen hatten und sich in den Wäldern versteckten. In Wien waren überhaupt nur 3000 Soldaten stationiert.

Die Streikbewegung der Arbeiter gab dem Kampf der unterdrückten Völker der Monarchie einen gewaltigen Anstoß. Sie schuf die Möglichkeit des gemeinsamen Aufstands der ausgebeuteten Massen Österreich-Ungarns gegen alle Unterdrückung und für ihre soziale und nationale Befreiung. *„Die nationalen Minderheiten waren bereit, den Kampf für ihre Befreiung aufzunehmen. Die Völker Österreich-Ungarns wollten unter der Führung des Proletariats auf revolutionärem Weg den Krieg beenden und dem Beispiel Rußlands folgen"* schreibt F. Fürnberg (KPÖ) 1938. Die Widersprüche zwischen den verschiedenen nationalen Bourgeoisien verschärften sich.

Die Herrschenden hatten Angst vor der revolutionären Stimmung des Volks. Das zeigte sich z.B. darin, daß Kaiser Karl aus Wien nach Baden flüchtete, wo die „Edelweiß-Division" stationiert war, die aus „zuverlässigen" Großbauern bestand.

Terror und polizeiliche Verfolgung der revolutionären Arbeiter setzten ein. Gleichzeitig setzten die Herrschenden aber große Hoffnungen auf die sozialdemokratische Führung, die alles daran setzte, die Bewegung einzudämmen und mit Hilfe unbedeutender Zugeständnisse von Seiten der Regierung abzuwürgen. Die SP-Führer versuchten dazu, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen. Am dritten Streiktag veröffentlichte die Parteiführung gemeinsam mit den sozialdemokratischen Reichsratsdelegierten ein „Manifest", in dem sie die Arbeiter zum Kampf aufrief.

Delegierte der revolutionären Arbeiter aus Wr. Neustadt wollten die Parteiführung zur Annahme ihrer Forderungen zwingen: Friedensschluß ohne Annexionen, Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, Abschaffung der Zensur und der Kriegsgesetze (die die Betriebe unter militärische Kontrolle stellten), Freilassung der politischen Gefangenen. Außerdem forderten die Arbeiter den 8-Stundentag und die Beschlagnahme der Lebensmittelvorräte und ihre Verteilung durch die Streikkomitees der Arbeiter.

Die Parteiführung setzte diesen Forderungen der streikenden Arbeiter ihre eigenen Forderungen gegenüber, Forderungen, die die Regierung zu nichts verpflichteten: Information der Vertreter der Arbeiter über den Verlauf der Friedensverhandlungen; Beseitigung der Hindernisse für den Abschluß eines Friedensvertrags, der das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung anerkennt, Reorganisation der Lebensmittelverwaltung; Allgemeines direktes und gleiches Wahlrecht in die Gemeinden, die die Verteilung der Lebensmittel organisieren sollten. *„Im Namen der Streikenden wurden Forderungen erhoben, die ihnen nicht bekannt waren und die von ihren erheblich abwichen"*, heißt es in den Erinnerungen eines Teilnehmers der Bewegung.

Ein geschickter Schachzug der SP-Führung war es, in das gleiche Programm die Forderung nach der Aufhebung der Militarisierung der Betriebe aufzunehmen, die natürlich sehr populär war. Das ganze Programm aber war ein großer Betrug an den Arbeitern, mit dem Ziel, sie vom revolutionären Kampf abzuhalten.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieses Programms rief die SP-Führung die Arbeiter in der Lebensmittelindustrie und im Bergbau, die Eisenbahner, die Straßenbahner, die Arbeiter im Gas- und E-Werk auf, nicht zu streiken und auch das Erscheinen der Zeitungen nicht zu verhindern, um die *„Interessen der gesamten Bevölkerung"* nicht zu verletzen. Trotzdem erschien am 19. und 20. Jänner in Wien keine einzige Zeitung - auch keine sozialdemokratische. Auch die Bergarbeiter ließen sich durch den Aufruf nicht vom Kampf abhalten. Nur die Eisenbahner und Straßenbahner, das E-Werk und das Gaswerk folgten der SP-Führung und schlossen sich dem Generalstreik nicht an. Das erleichterte die Lage der Regierung und ermöglichte ihr, in Wien Truppen zusammenzuziehen. Gleichzeitig versuchten die SP-Führer die Arbeiter von Kundgebungen gegen die Regierung und von Demonstrationen in Wien abzuhalten. Ihre Presse war voll mit Aufrufen: die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Die Gruppe der Linksradikalen - Der Widerstand gegen die Führung der Sozialdemokratischen Partei

Die Länge des imperialistischen Krieges, die

Verelendung der Arbeiter während des Kriegs und der Verrat der Parteiführung führte auch in Österreich die besten Elemente des Proletariats zum Bruch mit dem Opportunismus.

Beinahe seit Anfang des Krieges entstanden in der SP Gruppen, die „Linksradikale" hießen. Soweit sie illegal arbeiteten, ist ihre Zahl schwer festzustellen. Jedenfalls waren sie in Österreich viel schwächer als die internationalistischen Gruppen in anderen Ländern. Trotzdem war das Entstehen dieser Gruppen eine wichtige Etappe in der Geschichte, weil sie den Beginn des Zusammenschlusses der revolutionären Elemente bedeutete, den Beginn des Kampfs gegen die Sozialchauvinisten.

Ideologisch aber standen die „Linksradikalen" den Sozialdemokraten noch sehr nahe und sie verstanden auch nicht, daß sie, um revolutionäre Politik machen zu können, mit der sozialdemokratischen Partei organisatorisch brechen mußten. Ganz im Gegenteil setzten sie bis zum Ende des Kriegs große Hoffnungen auf Friedrich Adler. Insbesondere nach dem Attentat Friedrich Adlers auf den Premierminister am 21. Oktober 1916 verstärkten sich diese Illusionen. F. Fürnberg schreibt 1928: *„Die proletarischen Massen, besonders in Wien, sahen in Friedrich Adler den Typ des revolutionären Helden und gingen bedingungslos mit ihm".* Die SP-Führung schlug aus diesen Illusionen der Arbeitermassen und der „Linksradikalen" für sich Kapital. Die Abgrenzung der verschiedenen Kräfte innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung wurde dadurch erheblich erschwert.

Trotzdem wuchsen die „linksradikalen" Gruppen an. Vor allem gewannen sie Einfluß unter der Arbeiterjugend in Wien. Im Frühjahr 1917 eroberten sie die Mehrheit in den Bezirksorganisationen der Sozialistischen Jugend im 2., 10. und 16. Bezirk. Unter ihrem Einfluß nahm die Wiener Konferenz des Jugendverbands eine Resolution gegen den imperialistischen Krieg an. Im August wurden die „Linksradikalen" nach harten Auseinandersetzungen mit dem reformistischen Vorstand aus dem Jugendverband ausgeschlossen und gründeten einen eigenen revolutionären „Verband der Arbeiterjugend".

Die ersten Schritte zum Zusammenschluß der revolutionären Elemente in der Arbeiterbewegung setzten die „Linksradikalen" im Juli 1917 mit einer illegalen Konferenz. Damit setzten sie den Anfang für eine gemeinsame Aktion. Nach dieser Konferenz verstärkten sie vor allem die Organisierungs- und Propagandaarbeit. Ungeachtet der schwierigen Situation während des Kriegs machten sie Versammlungen und gaben Flugblätter heraus. Ihr entschlossener Kampf gegen den imperialistischen Krieg brachte ihnen die Sympathie der Arbeitermassen ein, die unter der Zwangsarbeit in den Fabriken, unter Hunger und Elend litten. Der Sieg der Oktoberrevolution in Rußland stärkte den Einfluß der „Linksradikalen", obwohl sie in den eigenen Reihen noch heftige Differenzen über diese Frage hatten. Im November 1917 stellte sich ihre Konferenz nur mit einer unbedeutenden Stimmenmehrheit hinter den Sieg des russischen Proletariats.

Im November und Dezember 1917 entstanden in einigen großen Fabriken in Wien unter der Führung der „Linksradikalen" Aktionskomitees, die ohne sich von den reformistischen Gewerkschaftsführern zurückhalten zu lassen, die Vorbereitung politischer Streiks in die Hand nahmen. Ende Dezember gründeten sie ein Aktionskomitee, in dem außer den „Linksradikalen" auch anarcho-syndikalistische Gruppen waren. Zur gleichen Zeit brachten die „Linksradikalen" ein Flugblatt heraus, in dem sie sich v.a. an die Arbeiter der Rüstungsbetriebe wandten und sie aufriefen, den Kampf für den Frieden zu beginnen und in den Streik zu treten.

Während des Jännerstreiks traten die „Linksradikalen" gegen den Verrat der Sozialdemokratischen Führung auf. Sie riefen die Arbeiter entschlossen zum Kampf auf. Aber sie waren ideologisch und politisch zu schwach, um sich an die Spitze des österreichischen Proletariats zu stellen. Und sie konnten auch den Illusionen der österreichischen Arbeiter über die SP nicht wirklich entgegentreten, weil sie selbst noch nicht erkannt hatten, daß sie mit dem Opportunismus in jeder Hinsicht brechen mußten. Die „Linksradikalen" hatten auch wenig Erfahrung im praktischen Kampf und verstanden daher oft nicht, eine konkrete Situation richtig auszunützen.

In ihren Flugblättern und auf Versammlungen riefen sie dazu auf, dem russischen Proletariat zu folgen, sie riefen auf zur Gründung von Arbeiterräten. Diese Aufrufe hatten breiten Widerhall unter den Arbeitern. Gegen den wütenden Widerstand der SP-Führung bemühte sich das österreichische Proletariat spontan - seinem Klasseninstinkt folgend -, sich die Erfahrungen der russischen Revolution anzueignen. Während des Jännerstreiks wurden die ersten Arbeiterräte in Westeuropa gegründet. Der erste entstand in Wiener Neustadt, wo der revolutionäre Wille der Arbeiter am stärksten war. Am 16.1. übernahm der Arbeiterrat in Wiener Neustadt die Streikführung. Am 18. Jänner wurden in Wien Arbeiterräte gegründet, später auch in den anderen Industriezentren.

Im ersten Moment war die SP-Führung von der Massenbewegung überrollt worden. Aber bald darauf ging sie zum Angriff über. Sie sorgte dafür, daß sie die Führung in den Arbeiterräten in ihre Hand bekam, nachdem es ihr nicht gelungen war, deren Gründung zu verhindern. Den ganzen Partei und Gewerkschaftsapparat setzte sie dazu in Bewegung, der eine jahrelange Erfahrung in der Durchführung bürokratischer Machenschaften hatte. Wo sie die Wahl der „Linksradikalen" nicht von vornherein verhindern konnte, wurden ihre Mandate unter irgendwelchen Vorwänden annulliert. Friedrich Adler und Otto Bauer versuchten mit demagogischen Auftritten die Massen bei der Partei zu halten. Zum Schluß waren jedenfalls von 310 Delegierten im Wiener Arbeiterrat nur 2 „Linksradikale". Der Sojwet glich *„einer erweiterten Konferenz der Wiener Funktionäre der sozialdemokratischen Partei, zu der sorgfältig ausgesuchte Vertrauensleute aus den Betrieben hinzugezogen waren,"* schreibt die „Rote Fahne" 1920.

Kaum hatten sie sich des Wiener Arbeiterrats bemächtigt, setzten die SP-Führer zu einem verräterischen Schlag gegen die kämpfenden Arbeiter an. Am Höhepunkt des Streiks, als das österreichische Proletariat entschlossen war zum einheitlichen Kampf, begannen Viktor Adler, Renner und Seitz, am 18. Jänner mit der Regierung zu verhandeln. Die Verhandlungen begannen in dem Moment, wo sich die ungarischen Arbeiter dem Streik angeschlossen hatten und die unterdrückten Nationen sich zu erheben begannen.

In der Nacht vom 19. auf den 20. Jänner gab Seitz vor dem Wiener Arbeiterrat eine Erklärung über die Verhandlungen mit der Regierung ab: Zur entscheidenden Frage über den Friedensschluß, berichtet Seitz: *„Die Regierung gibt den Massen das Wort, daß sie alles tun wird, was möglich ist, um Frieden zu schließen."* Was die Lebensmittelversorgung betrifft, gab Seitz einige allgemeine Phrasen darüber ab, daß *„diese Frage schwer zu entscheiden sei".* Über die Militarisierung der Betriebe erklärt Seitz: *„Wir konnten nur eine Garantie dafür erreichen, daß alle Kräfte in diesem Staat - vom Arbeiter bis zum Minister - im Dienst des Friedens eingesetzt werden."*

Trotz dieser leeren Versprechungen der Regierung rief Seitz die Arbeiter zur Zusammenarbeit mit den Ministern der Habsburgermonarchie und zum Abbruch des Streiks auf. Auf der Sitzung des Wiener Arbeiterrats stieß er damit auf wenig Widerspruch. In der Debatte sprachen vor allem Vertreter der rechten Sozialdemokraten. Renner erklärte, daß es sehr weise sei, den Streik abzubrechen. Andere, daß es bereits ein wichtiger Erfolg sei, daß die kaiserlichen Minister mit den Arbeitern verhandeln und es sich daher nicht lohnt, den Kampf fortzusetzen. Mit 308 gegen die 2 Stimmen der Linksradikalen beschloß der Wiener Arbeiterrat den Abbruch des Streiks und die Wiederaufnahme der Arbeit am 21. Jänner. In seinem Schlußwort aber warnte Seitz die Funktionäre, daß es nicht leicht sein werde, den Beschluß unter den Arbeitern durchzusetzen.

Die SP-Führung erklärte am nächsten Tag, daß sie sich dem Beschluß über den Abbruch des Streiks *„anschließe"* und rief dazu auf, die *„Disziplin zu wahren und die Einheit zu erhalten".* Diese Erklärung schloß mit dem für die damalige Taktik der österreichischen Sozialdemokraten charakteristischen Satz: *„mit dem Gewehr bei Fuß, stehen wir auf der Wacht, immer bereit zum neuen Kampf".*

Der Aufruf - bereit zu sein für den kommenden Kampf und im Namen dieser Bereitschaft den gegenwärtigen nicht zu führen - war vom Jänner 1918 an der Lieblingsspruch der SP-Führung, bis zu dem Moment, wo sie im Feber 1934 das österreichische Proletariat mit dieser Taktik in die Niederlage führte.

Gleichzeitig begann der Terror gegen diejenigen Arbeiter, die den Streik gegen den Beschluß der SP-Führung fortsetzten. Gegen die Streikenden standen in einer Front die Führer der Sozialdemokraten und die Militärs. Als am 20. Jänner zahlreiche Betriebe in Wien und in der Provinz sich weigerten, an die Arbeit zu gehen drohte das Kriegsministerium den Arbeitern der mobilisierten Betriebe mit schweren Strafen.

Die Empörung der Arbeiter über den Verrat der SP-Führung war groß. In Wien wollten einige Großbetriebe vor dem Parlament demonstrieren. Mit Mühe gelang es den Sozialdemokraten, diese Demonstration zu verhindern. Sie veröffentlichten eine Erklärung, in der sie über die Arbeiter herfielen: *„In Wien und in vie-*

len Industrieorten Niederösterreichs gibt es Betriebe, die mit dem Beschluß des Wiener Arbeiterrats nicht einverstanden sind und die seine Durchführung hinauszögern. Viele Arbeiter glauben, daß der große Massenstreik nichts gebracht hat, als leere Versprechungen, die nie erfüllt werden", schrieb die AZ am 22. Jänner.

Die AZ stellte weiter fest, daß in Ottakrring nur ein Teil der Betriebe - vor allem die kleinen - arbeiteten, die übrigen streikten, weil sie wußten, daß in Favoriten der Streik fortgesetzt wurde. Vor allem weigerten sich die Arbeiter vom Arsenal die Arbeit aufzunehmen. Bei Fiat in Floridsdorf und in der Lokomotivfabrik beschlossen Versammlungen einiger tausend Arbeiter die Fortsetzung des Streiks. In einem Bericht in der sozialdemokratischen Presse über eine Versammlung im 3. Bezirk heißt es: *„Obwohl mit Ausnahme eines Werks im 3. Bezirk überall gearbeitet wird, hat sich die Empörung noch nicht gelegt und es kam zu einigen Zwischenfällen"*.

In Wiener Neustadt war die Empörung natürlich am größten. Auf einer Massenversammlung wurde ein Beschluß gegen den Abbruch des Streiks gefaßt. Der SP-Bürgermeister wurde ausgepfiffen. Die Wiener Neustädter protestierten außerdem bei der Parteiführung, daß der Wiener Arbeiterrat Beschlüsse fasse für ganz Österreich, ohne die Meinung der Arbeiter vor allem aus den Industriezentren anzuhören, wo der Streik begonnen hat.

Die Empörung war groß, aber ihre Äußerungen blieben zersplittert. Die Arbeiter eines Betriebes, eines Bezirks, schauten auf die anderen, protestierten, ginge nicht gleich zur Arbeit, warteten ab, aber kein Betrieb entschloß sich, selbständig den Kampf fortzusetzen und damit den anderen ein Beispiel zu geben. Dazu trug natürlich auch der Polizeiterror bei. Die „Linksradikalen" konnten trotz der Popularität ihrer Losungen die Massen nicht organisieren und sich an ihre Spitze stellen. Immerhin traten sie gegen den Verrat der SP-Führung auf und vor allem hatten sie aus den Ereignissen während des Streiks gelernt, daß es notwendig war, mit der SP zu brechen und eine eigene Organisation aufzubauen. (Vgl. Text · 3. Flugblatt im Anhang).

Die Ereignisse vom Jänner beschleunigten den Kampf für die Gründung einer revolutionären Partei. Aber der erste Versuch der Linksradikalen, Ende Jänner 1918, die verschiedenen Gruppen zu einer revolutionären Organisation zusammenzuschließen, scheiterte, weil der Großteil der Aktivisten verhaftet wurde. 20 ihrer Führer, unter ihnen Rotziegel, wurden in Wien verhaftet. Im Polizeibericht darüber heißt es: *„Sie lenkten eine wachsende Bewegung, die zum Sturz der bestehenden Ordnung und des österreichischen Staates führen soll"*.

Die Bourgeoisie aller Nationen Österreich-Ungarns stützte sich bei der Niederschlagung der streikenden Arbeiter auf die Führung der Sozialdemokratie. Die Politik der Sozialdemokraten - sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, um sie dann abzuwürgen, - wurde dadurch erleichtert, daß es keine revolutionäre Partei gab, daß die linken Gruppen noch sehr stark mit der Sozialdemokratie verbunden waren und die Massen keine revolutionäre Erfahrung besaßen.

Die SP-Führung konnte zwar nicht verhindern, daß die Bewegung die gesamte Monarchie erfaßte, daß sich der Streik in alle Industriezentren ausbreitete. Aber sie verhinderte, daß es zu einem einheitlichen Kampf der verschiedenen Nationen gegen die Monarchie kam. Es gelang ihr, die Bewegung zu spalten: In Österreich wurde der Streik zwischen dem 21. und 25. Jänner abgebrochen. In diesen Tagen nahm er in den slawischen Gebieten erst breites Ausmaß an. In der Tschechei begann er am 22. und erfaßte alle Industriestädte. In Prag kam es zu einer Massendemonstration für sofortigen Frieden und die Gründung eines selbständigen Staates. In Ljubljana sollte der Streik am 22. Jänner beginnen, aber dieser Beschluß wurde von den Sozialdemokraten widerrufen, indem sie auf den Abbruch in Wien hinwiesen. Auch die tschechischen Sozialdemokraten beriefen sich auf den Abbruch des Kampfs in Wien, als sie darauf drängten, den Streik zu beenden. Der Generalstreik der kroatischen Arbeiter in Pula dauerte bis zum 28. Jänner. Der Streik der 15.000 italienischen und slowenischen Arbeiter in Triest bis zum 2. Feber. So erreichte die revolutionäre Bewegung in den slawischen Gebieten ihre größte Stärke, als sie in Wien, Niederösterreich und in Budapest bereits niedergeschlagen war.

Während des Jännerstreiks hatte die österreichische Arbeiterklasse objektiv die Möglichkeit, ihre Forderungen durchzusetzen. F. Fürnberg schrieb in einem Bericht an die Kommunistische Internationale: *„Es war möglich, die Regierung zu stürzen und den ersten Schritt zur Revolution zu machen. Das verhinderte die Sozialdemokratie, die die Revolution tödlich haßt"* und an anderer Stelle, *„Der Jännerstreik - eine direkte Folge der Oktoberrevolution - hob abgesehen von allem anderen, das revolutionäre Bewußtsein der Massen. Wenn es im Jänner 1918 der Sozialdemokratischen Führung gelang, die Herrschaft des Kaisers zu retten, so war sie im November 1918 dazu nicht mehr in der Lage. Die revolutionären Wellen überfluteten ganz Mitteleuropa."*

Die Lage in der Armee - Der Aufstand der Matrosen von Kattaro

Der Jännerstreik wurde von den Soldaten mit großer Begeisterung aufgenommen und es kam in seinem Gefolge zu einer Reihe von Aufständen in Armee und Flotte, während derer sich Soldatenräte organisierten. Im allgemeinen blieben diese Aufstände vereinzelt, beschränkt auf den Rahmen des Regiments. Der bedeutendste darunter war der der Matrosen von Kattaro.

Der Jännerstreik war noch nicht niedergeschlagen, als am 1. Feber 1918 der Aufstand der Matrosen der österreichisch-ungarischen Kriegsflotte begann. Ihre wichtigste Forderung war die nach der Beendigung des imperialistischen Kriegs. 6 000 Matrosen hißten die rote Fahne auf 40 Kriegsschiffen. Die Hälfte der Kriegsflotte der Monarchie war drei Tage lang in der Hand der Aufständischen. Im Sowjet der aufständischen Matrosen waren alle Nationalitäten gleichmäßig vertreten, sein Vorsitzender war ein Tscheche. Der Sowjet entwaffnete die Offiziere und übernahm das Kommando über die Kriegsschiffe.

Die Sozialdemokraten spielten beim Aufstand in Kattaro die gleiche verräterische Rolle wie während des Jännerstreiks. Sozialdemokratische Offiziere hinderten ihre Abteilungen daran, sich dem Kampf anzuschließen und ließen zu, daß die Küstenartillerie gegen die Matrosen eingesetzt wurde. Die Sozialdemokratische Presse schwieg über die Ereignisse in der Flotte und half so mit, die Matrosen von der Bewegung der Arbeiter zu isolieren. Trotzdem war die Regierung nicht in der Lage, den Aufstand allein niederzuschlagen, sondern sie brauchte dazu die Hilfe deutscher U-Boote aus Pula. 800 Matrosen wurden eingesperrt, 4 Führer des Aufstands vors Kriegsgericht gestellt. Trotzdem ging der Kampf der Matrosen weiter, der Sowjet arbeitete illegal und Ende März mußte die Kommandatur drei Panzerschiffe isolieren und die Matrosen dort entwaffnen.

Vom Jännerstreik zur Novemberrevolution

Wohl war es mit Hilfe der Sozialdemokratischen Führer gelungen, den Jännerstreik niederzuschlagen, die Unruhe aber blieb. Die herrschenden Klassen steckten in einer tiefen politischen Krise: die Widersprüche zwischen den nationalen Bourgeoisien verschärften sich und die bürgerlichen Parteien waren nicht imstande, den Staat zu lenken: z.B. konnten sie sich nicht einmal über ein Budget für das Jahr 1918 einigen. In etlichen Industriezentren rechnete die Bourgeoisie nicht mehr mit Polizei und Armee und gründete ihre eigenen terroristischen Organisationen. Das Volk hungerte.

Im Sommer 1918 ging eine Welle von Aufständen durch die Garnisonen im Hinterland. Die Armee war zersetzt, vor allem durch die 500 000 Kriegsgefangenen, die im Juli aus Rußland zurückkehrten. Die Soldaten desertierten. Augenzeugenberichte schreiben, daß von 600 Soldaten nach dem Abtransport von der russischen Front nur 80 den Bestimmungsort erreichten. Die übrigen sprangen unterwegs aus den Waggons und suchten bei der Bevölkerung Zuflucht. Ende Oktober 1918 gab es in Wien 60 000 Deserteure. Weder Drohungen noch massive Razzien der Regierung hielten die Bevölkerung davon ab, die Soldaten zu unterstützen.

Auch unter den Bauern, vor allem in den slawischen Gebieten kam es zu Aufständen, in denen der Abtransport von Lebensmitteln und Saatgut für das Militär zu verhindern versucht wurde. In einigen Fällen ließen die Militärs das Feuer auf die Demonstranten eröffnen. Es wurden einige Jugendliche und Frauen bei solchen Zusammenstößen getötet. Aber das schürte die Wut des Volks nur noch mehr.

Auch die Streikbewegung der Arbeiter ließ nicht nach, obwohl etliche Führer vom Kriegsgericht verurteilt wurden und in einigen Fällen streikende Arbeiter an die Front geschickt wurden. Im Juni kam es wegen einer Kürzung der Brotration in Wien zu neuerlichen Massenstreiks. Die Regierung antwortete darauf mit Repressionen und mit kleinen Zugeständnissen, so wurde den Arbeitern eine Zulage (ähnlich der Familienbeihilfe) zugestanden. Die Brotrationen wurden wieder erhöht, allerdings war der Brotpreis auf das Doppelte gestiegen. Auch alle anderen Lebensmittel wurden ständig teurer

Die „Linksradikalen" beteiligten sich aktiv an

den Kämpfen. Am 1. Mai sollte in Wien die erste Nummer ihrer Zeitung „Der Weckruf" legal erscheinen. Aber als die ganze Auflage gedruckt war, verhängte die Zensur ein Verbot über die Zeitung. Wenig später erklärte die Polizeidirektion, daß die Herausgabe der Zeitung bis zum Kriegsende verboten sei. Fast die ganze Auflage des „Weckruf" wurde beschlagnahmt. Nur einige Exemplare konnten gerettet und unter den Arbeitern illegal verteilt werden. Im Juni wurden daraufhin die restlichen noch in Freiheit befindlichen Führer der „Linksradikalen" verhaftet.

Im Sommer versuchte die Regierung, sich durch einen Angriff an der italienischen Front aus ihrer mißlichen Lage zu retten. Jeder Sieg - so versprach sie sich - würde ihr Ansehen beim Volk heben. Aber mit den halbverhungerten und schlecht ausgerüsteten Soldaten der Österreichisch-Ungarischen Armee hatte sie keine Chance auf einen Sieg. Das einzige, was sie damit beschleunigte, war der Zerfall ihrer Armee.

Am 1. Oktober sollten neue Steuern in Kraft treten, die wiederum eine erhebliche Teuerung mit sich gebracht hätten. Als Antwort darauf verbreiteten sich Lohnkämpfe über ganz Österreich. An ihrer Spitze standen die böhmischen Textilarbeiter. Aber sie erfaßten sogar die städtischen Beamten in Wien. In Salzburg kam es zu einem Generalstreik, an dem sich sogar die Beamten beteiligten. Geschäfte wurden geplündert und die Arbeiter stürmten das Rathaus. Die Gendarmerie wurde zurückgeschlagen und so mußte erst das Militär die Stadt umzingeln, um mit den Arbeitern fertig zu werden. In Villach demonstrierten hunderte Frauen gegen die Teuerung.

Die bürgerlich-demokratische Revolution in Österreich

Im Herbst 1918 war es für die Regierung unmöglich geworden, den Krieg weiterzuführen. Die italienische Front löste sich auf. Keinerlei Unterdrückung konnte die Soldaten dazu bringen, den imperialistischen Krieg weiterzuführen. Allein oder in Gruppen verließen sie die Front und gingen mit der Waffe in der Hand nach Hause zurück.

Die Arbeiter streikten, aber nicht nur für ökonomische Forderungen, sondern vor allem - wie schon während des Jännerstreiks - für die Beendigung des Krieges. Gleichzeitig setzte eine Bewegung der unterdrückten Nationen ein. Ihren Auftakt hatte sie am 14. Oktober in Prag, wo ein politischer Generalstreik begann, der bald die ganze Tschechei erfaßte. Weil es keine revolutionäre Partei gab, gelang es der Bourgeoisie wohl, die Bewegung auf die nationale Frage zu beschränken. Aber die Bewegung war so stark, daß sie keinerlei Verbindung zur Habsburgermonarchie duldete. In dieser Hinsicht wurde die Bourgeoisie vor vollendete Tatsachen gestellt: die streikenden Arbeiter organisierten eine Blockade Deutschösterreichs und der Front. Sie ließen nicht einen Wagen aus der Tschechei heraus.

Ähnliche Zustände herrschten auch in den übrigen slawischen Gebieten der Monarchie. Anfang November hatte die Habsburgerregierung ihre Macht dort völlig verloren und die Völker gründeten ihre eigenen unabhängigen Nationalstaaten. Eng verbunden mit dieser Bewegung für die nationale Befreiung war die Bauernbewegung: die Bauern vertrieben die verhaßten habsburgischen Verwalter aus den Dörfern und rechneten mit den Gutsbesitzern ab, in vielen Fällen verteilten sie das Land der Gutsbesitzer.

Am 31. Oktober begann der Generalstreik in Budapest. Die Arbeiter besetzten die wichtigsten Punkte der Stadt. Damit begann die bürgerlich-demokratische Revolution in Ungarn. Kurz darauf wurde eine Koalitionsregierung gebildet.

In Österreich selbst bildete sich von vornherein eine Koalition der reaktionären bürgerlichen Parteien mit der SP heraus. Aus den deutsch-österreichischen Reichsratsabgeordneten - also denen die nach dem Auszug der unterdrückten Nationen übergeblieben waren - wurde von allen Parteien die Provisorische Nationalversammlung gebildet. Insgesamt verlief die Revolution in Österreich langsamer als die der unterdrückten Nationen.

Am 30. Oktober fand in Wien eine spontane Demonstration der Arbeiter statt. Zehntausende versammelten sich in der Herrengasse, wo die 2. Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung tagte. Auf die Phrasen Renners und Kunschaks antwortete die Menge mit der Forderung, die Sojwetmacht zu verkünden. Die Unruhe der Massen wurde immer größer. Die Großbetriebe legten die Arbeit nieder und marschierten in die Stadt, unter ihnen die 16 000 Arbeiter des Arsenals. Den Arbeitern schlossen sich die Soldaten an, die von der Front nach Wien gekommen waren. Polizei und Gendarmerie ließen sich nicht in den Straßen blicken. Den Offizieren wurden von den Arbeitern und Soldaten die Sterne und die monarchistischen Abzeichen heruntergerissen. Vom Parlament wurde die gelb-schwarze Fahne der Monarchie heruntergeholt.

Zur Beruhigung des Volks mußte die Provisorische Nationalversammlung am 30. Oktober von der Republik sprechen. Aber sie tat das in sehr dunkler Form und ließ genügend Hintertürchen offen, um den Habsburgern Möglichkeit zu Restaurationsversuchen zu geben. Nicht einmal ein Gesetz über die Regierungsform wurde von der Provisorischen Nationalversammlung beschlossen; und Renner erklärte, daß es sich ja nur um eine vorübergehende Lösung bis zur Konstituierenden Versammlung handle. Der gleiche Renner beteiligte sich dann an der Ausarbeitung einer Verfassung, die sich in wesentlichen Punkten auf die kaiserliche Gesetzgebung stützte.

Wie schon im Jänner hatte sich die Arbeiterbewegung auch im Oktober ihre eigenen Organe in Gestalt der Arbeiterräte geschaffen. Die SP-Führung konnte diese Entwicklung nicht verhindern. Aber sie tat alles dazu, um sie aus Organen des proletarischen Aufstands in Filialen der Sozialdemokratischen Partei zu verwandeln und sie dem bürgerlichen Staat unterzuordnen. Auch die SP-Führung hatte in dieser Hinsicht aus dem Jännerstreik gelernt. Sie klügelte ein bürokratisches System für die Aufstellung der Delegierten aus, das ihr die Mehrheit in den Arbeiterräten sicherte. Die Arbeiter waren damit zwar unzufrieden, aber an der Spitze der Räte hockten die Sozialdemokraten.

Schon am 26. Oktober tagte der Wiener Arbeiterrat. Aber seine Beschlüsse hatten nicht das geringste mit dem Kampf um die Macht zu tun. Es wurde beschlossen, die Pressefreiheit zu fordern und Verhandlungen über die Freilassung der politischen Gefangenen aufzunehmen. Versuche der Arbeiter, den Arbeiterrat zur Unterstützung ihrer wichtigsten politischen und ökonomischen Forderungen zu nützen, stießen auf heftigen Widerstand der SP-Bürokratie. Der Wiener Arbeiterrat war nicht von den Arbeitern gewählt worden, sondern von der sozialdemokratischen Partei delegiert und bestand fast nur aus Intellektuellen, an ihrer Spitze die sozialdemokratische Reichsratsfraktion. Gleichzeitig bemühten sie sich, diese Verwandlung der Sowjets vor den Arbeitermassen zu verbergen, um auf diese Weise Zeit zu gewinnen.

Eine wichtige Rolle bei der Durchführung dieses Plans spielte Friedrich Adler, der in den Tagen der Novemberrevolution aufgrund der Forderungen der Arbeiter aus dem Gefängnis befreit wurde. Er erzählte selbst, wie er sich an einen Wiener Kommunisten wandte, um ihn dafür zu gewinnen, in den Wiener Arbeiterrat zu gehen, wenn nur einige Vorschriften für die Wahl der Delegierten aufgehoben würden.

Der Vorschlag Adlers kam daher, daß überall auf Versammlungen die Forderung auftauchte, Sowjets nach russischem Vorbild zu bilden. *„Rußland"*, sagte Friedrich Adler, war zu der Zeit *„die große Versuchung; die Sozialdemokraten mußten diese schwierige Aufgabe lösen, in Anbetracht der herrschenden Stimmung, wo die Massen buchstäblich davon berauscht waren"*. Deshalb mußten sie die Kommunisten dazu bringen, in den Sowjet zu gehen: anders hätten ihnen die Arbeiter nicht geglaubt, daß es wirklich Sowjets der Arbeiterdeputierten sind. *„Anders war es nicht ausgesschlossen, daß in Österreich das gleiche passiert, wie in allen Nachbarländern und in fast ganz Europa"*, schrieb die AZ.

Die Gründung der Kommunistischen Partei Österreichs

Die organisatorische Gründung der Kommunistischen Partei fand in Österreich früher statt als in den anderen westeuropäischen Ländern. Am 3. November 1918 tagte die Gründungskonferenz, zu einer Zeit also, wo die Monarchie noch nicht endgültig vernichtet war. Die Teilnehmer waren eine kleine Gruppe von Revolutionären, die den Kampf um den Parteiaufbau aufnahmen. Die Partei hatte bei ihrer Gründung 50 Mitglieder, hauptsächlich Intellektuelle, die nur wenig Verbindung zu den Arbeitermassen hatten und ihnen wenig bekannt waren.

Die Führer der „Linksradikalen" saßen bis zu den letzten Tagen der Monarchie im Gefängnis. Die Regierung der bürgerlichen Republik mußte sie dann zwar freilassen, wies aber alle die aus, die aus anderen Teilen der Monarchie stammten. Der Großteil der Linksradikalen schloß sich nach der Gründungskonferenz der KP an. Gleichzeitig mit der Partei wurde der Kommunistische Jugendverband gegründet, in den die Jugendgruppen der „Linksradikalen" eintraten und der schon in den ersten Monaten nach seiner Gründung großen Einfluß unter der Wiener Arbeiterjugend erreichte.

Ideologisch und politisch war die Partei mit dem Erbe der „linksradikalen„ Gruppen belastet. Ihrer Gründung war keine breite Propaganda vorausgegangen und keine Auseinandersetzung mit den revolutionär gesinnten Arbeitern in der sozialdemokratischen Partei. Ganz im Gegenteil hatte die junge Kommunistische Partei selbst noch Illusionen in die „linken„ Teile der Sozialdemokratie. In er ersten Nummer des „Weckruf", der bereits als Organ der Kommunistischen Partei erschien, stand ein Aufruf an Friedrich Adler, in die KP einzutreten: *„Werde einer der unsern. Du warst ein Verkünder des revolutionären Sozialismus, rechtfertige auch weiterhin was du verkündet hast."*

Solche Erklärungen verstärkten nur die Illusionen der Massen, daß es in der SP Revolutionäre gäbe, die die Partei auf den richtigen Weg zurückführen könnten. In der gleichen Nummer des „Weckruf" erschien aber auch die Deklaration der Kommunistischen Partei *„Was wir Kommunisten wollen."*

Die Partei aber hatte noch lange mit ihrer politischen Schwäche zu kämpfen, vor allem mit Fehlern, die sie von den „Linksradikalen" geerbt hatte, die die Rolle der Partei als Organisator und Führer der Massen nicht anerkannten. Von dort erbte sie sowohl rechten Opportunismus, als auch Putschismus und Sektierertum, von denen sie sich erst im Lauf einiger Jahre befreite. Lenin schrieb später *„daß die österreichischen Kommunisten die Illusion hatten, daß es genügt, wenn man sich kommunistisch nennt, damit die Gruppe stark wird, ohne Kampf um den Einfluß unter den Massen."*

Die Situation war aber für die österreichischen Kommunisten keinesfalls leicht. Sie mußten gegen den Einfluß einer sozialdemokratischen Partei antreten, die trotz ihres Verrats unter den Massen die Illusion aufrecht erhalten hatte, daß sie eine revolutionäre Partei wäre; gegen eine Sozialdemokratie, auf deren Seite die Autorität Viktor Adlers, die Popularität Friedrich Adlers und die Demagogie Otto Bauers stand und die einen gewaltigen Presse- und Propagandaapparat in der Hand hatte und überdies noch die Gewerkschaften kontrollierte.

„Im Jahr 1918 hattet ihr alles in der Hand. Ihr hattet die Waffen in der Hand, ihr hattet eure Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten gegründet. An zwei Seiten hattet ihr Sowjetrepubliken, in Ungarn und in Baiern. Die Bourgeoisie hatte den Kopf verloren: sie fürchtete, daß ihr mit ihr so verfahren werdet, wie die russischen Arbeiter 1917 mit ihrer Bourgeoisie ... Wenn das österreichische und das deutsche Proletariat 1918 den Weg der russischen Bolschewiki gegangen wären, dann gäbe

russischen Bolschewiki gegangen wären, dann gäbe es jetzt keinen Faschismus, nicht in Österreich, nicht in Deutschland, nicht in Italien, nicht in Polen und nicht am Balkan, und nicht die Bourgeoisie sondern die Arbeiterklasse wäre schon lange die Herrin über die Geschicke Europas." (Dimitroff, Brief an die österreichischen Arbeiter, geschrieben nach der Niederlage des Schutzbunds im Feber 1934.)

(Grundlage dieses Artikels ist das Buch: Abriß der österreichischen Geschichte 1918 - 1929 von W.M. Turok, erschienen in der UdSSR 1955 - leider nur in russischer Sprache.)

T.F. (Wien)

Flugblätter aus dem Jännerstreik 1918

Ein Flugblatt zur Lage
(Am Vorabend des Streiks)

Arbeitendes Volk!

Dreieinhalb Jahre dauert dieser menschenmordende Krieg und trotz der Friedensverhandlungen ist kein Ende dieser Metzeleien abzusehen. Millionen Eltern weinen um ihre Söhne, Millionen Frauen und Kinder um ihre Ernährer. Haben wir, das arbeitende Volk, Feinde? Sind nicht die italienischen, die serbischen und rumänischen Arbeiter und Bauern unsere Brüder? Sind sie nicht ebenso ausgebeutet und unterdrückt wie wir?

Schon das vierte Jahr liegen Millionen im Schmutz der Schützengräben, Millionen hungern und darben im Hinterland und gehen an Unterernährng und Tuberkulose zugrunde. Widerspruchslos ertragen wir alle den Jammer und das Elend; mutlos müßten wir revolutionären Sozialisten die Fahne der Freiheit und Menschlichkeit sinken lassen, wenn wir nicht gesehen hätten, daß ein Volk es gewagt hat, die Ketten

der Tyrannei zu zerbrechen, sich Freiheit und Frieden zu erzwingen! Das russische Volk und die russische Revolution zeigten uns, wie man zum Frieden gelangt! Das russische Volk hat uns gelehrt, was wir zu tun haben, um zu Recht und Freiheit zu gelangen. In Rußland wird das Land unter das Volk aufgeteilt, Fabriken und Bergwerke gelangen in den Besitz der Allgemeinheit. Nur der russischen Revolution verdanken wir es, daß es zu Friedensverhandlungen gekommen ist.

Zum Kampf für den sofortigen, allgemeinen Frieden!
Zum Kampf für politische und soziale Freiheit!
Nieder mit dem Krieg!
Nieder mit der Regierung!

Arbeiter, Arbeiterinnen!
(Während des Streiks)

Das Volk steht auf!

Hunderttausende der Arbeiter der Kriegsindustrie in Wien, Wiener Neustadt, Ternitz, Wöllersdorf, im Traisen- und Triestingtal streiken. Sie weigern sich, länger das Elend des Krieges zu ertragen. Sie wissen: die Regierung will auch jetzt noch den Frieden verhindern. In Brest-Litowsk haben die Grafen und Generäle, gestützt auf das Schwert, den Friedenswillen unserer russischen Brüder brutal zurückgewiesen.

Die russischen Arbeiter und Bauern haben mit den schärfsten Mitteln des Klassenkampfes, mit Massenstreiks, Meuterei und Straßenkampf, nicht nur für ihre eigene Freiheit gestritten - nein! Sie haben ihr Blut vergossen für die Befreiung aller Völker der Erde von den Leiden des Krieges, vom Joch des Kapitalismus! Aber ihre Kräfte allein reichen nicht hin, dieses gewaltige Werk zu vollenden! Die Arbeiter der anderen Länder müssen sich um die rote Fahne der russischen Revolution scharen! Vor allem sind wir österreichischen Arbeiter berufen, die Revolution vor der gewalttätigen Hinterlist unserer Regierung zu retten.

Darum fordern wir:

1. Die Friedensdelegierten sind vom Volke zu wählen!
2. An allen Fronten ist sofort Waffenstillstand zu schließen!
3. Kriegsleistungsgesetz und Militarisierung der Betriebe sind sofort aufzuheben! Alle Beschränkungen des Koalitionsrechtes und der politischen Freiheit sind abzuschaffen!

Mißtraut jenen „Arbeiterführern", die Euch seit dem ersten Tag des Krieges verraten haben und die Euch jetzt Eure Streikgelder vorenthalten. Hört nicht auf ihre Beschwichtigungsreden, sondern bleibt fest im Streite für unser Ziel!

Verraten und verkauft!
(Nach dem Streik)

Der Kampf zur Erzwingung des sofortigen allgemeinen Friedens, den das Proletariat Niederösterreichs in so herrlicher Weise begonnen und dem sich die Arbeiterschaft der anderen Kronländer und auch Ungarns angeschlossen hatte, ist vom Parteivorstand und einem sogenannten „Arbeiterrat" in schmählicher Weise an die Regierung des kapitalistischen Klassenstaates verraten worden. Nichts als papierene Versprechungen, leere Tröstungen und nichtssagende Phrasen hat die Regierung als Antwort auf die Forderungen der Arbeiterschaft zu bieten gewußt. Die sich „Sozialdemokraten" nennenden Führer haben nichts Besseres zu tun gewußt, als die Arbeiter wieder in das Joch der kapitalistischen Unterdrückung zu treiben. Für jeden denkenden Arbeiter ist es heute klar, daß dieser Kampf schon im Anfang das Mißfallen der Parteiinstanzen gefunden hat, daß sie von Anbeginn gebremst haben, indem sie diejenigen Arbeiterkategorien, auf die es in erster Linie angekommen wäre, die Eisenbahner, die Gas- und Elektrizitätsarbeiter, ausgeschaltet haben.

Von den heutigen „Arbeitervertretern" ist nichts mehr zu erwarten! Schließen wir uns selbst zu Gruppen des Kampfes zusammen! Die Gruppen mögen unter sich die Fragen des Tages besprechen, mit den Genossen der anderen Gruppen in Verbindung treten, so daß eine neue Organisation des Kampfes und der Befreiung entstehe!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

P.b.b. Nr. 1/2. Jahrgang Preis 5.- 7. Jänner 1977

Metall- und Bergarbeiter-KV-Verhandlungen

Die Verteidigung des Lohnniveaus ist jetzt das wichtigste

Am 16. Jänner soll das erste Treffen zwischen dem Verhandlungskomitee der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft und der Kapitalistenseite über den neuen Kollektivvertrag stattfinden. Als Geltungstermin ist vorerst der April vorgesehen, es muß allerdings damit gerechnet werden, daß die Kapitalisten alles daransetzen, den Geltungstermin hinauszuschieben.

Die Gewerkschaft hat sich bisher nicht dazu geäußert. Überhaupt hüllt sie sich, was konkrete Aussagen über Form und Inhalt ihres Forderungsprogramms betrifft, in Schweigen. Sie ist offensichtlich der Meinung, daß es ohnehin keinen Metall- und Bergarbeiter etwas anzugehen hat, mit welchen Forderungen und wie vorbereitet die Gewerkschaft in die Verhandlungen geht.

Die Kapitalisten versuchen schon seit langem in einem großangelegten Propagandafeldzug die Arbeiter davon zu überzeugen, daß jetzt „überhöhte" Lohnforderungen und eine „maßlose KV-Politik" die Wirtschaft ruinieren und dann die Preise nur weiter steigen und die Lage der Arbeiter sich noch mehr verschlechtern würde. Jetzt hat Benya in der Jänner-Nummer der Solidarität quasi als Antwort darauf zu Papier gegeben: „In der Lohnpolitik wird der ÖGB seine bisherige Linie weiterverfolgen und seine Forderungen nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten ausrichten ... gen werden.

Setzt sich die Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Knechtung zur Wehr und sei es nur in Form eines innerbetrieblichen Lohnkampfs, so verschlechtern sich natürlich sofort die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Kapitalisten. Der Profit kommt in Gefahr und damit die Triebkraft der kapitalistischen Produktion.

Man kann es drehen und wenden wie man will, man kommt nicht darum herum: die kapitalistische Wirtschaft ist aufgebaut auf Profit und funktioniert nur mit Profit und das heißt, sie ist aufgebaut auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse und funktioniert nur durch die Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Kollege Benya orientiert den ÖGB auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten und damit auf den Profit der Kapitalisten und auf die Ausbeutung der Arbeiterklasse. Statt sich Gedanken zu machen darüber, welche Forderungen am besten geeignet sind, die Kollegen zusammenzuschließen und die Arbeiter vor den Auswirkungen der Profitsucht der Kapitalisten wenigstens halbwegs zu schützen, zerbricht er sich lieber den Kopf der Kapitalisten und landet klarerweise dabei, sich den Kopf zu zerbrechen darüber, wie die Profite der Kapitalisten am besten geschützt werden können.

Es ist klar, das sind denkbar ungünstige ...

Bewegung gegen staatliche Atomkraftwerkspolitik:

Der Regierung die Initiative entreißen

Die Bilanz der Bundesregierung nach der Halbzeit ihrer „Aufklärungskampagne" über Vor- und Nachteile der Kernenergiegewinnung fällt kläglich aus. In allen Veranstaltungen bisher hat ihre AKW-Politik eine Niederlage nach der anderen erlitten. (vgl. die letzten Nummern des „Klassenkampf"). Da mag es nur ein schwacher Trost für sie sein, daß sich die Gegner ihrer Politik teilweise und zeitweilig an die vorgesetzten Spielregeln einer „Diskussion" gehalten haben. Inzwischen bemüht sich die Bundesregierung nach Kräften in einer Flucht nach vorn, ihre AKW-Projekte zu retten. So soll die Propagandakampagne mit Zugeständnissen in den Spielregeln fortgesetzt werden, um den Widerstand aus der Bevölkerung durch diese „Diskussion" und „Meinungsbildung" zu lähmen. Die Veranstaltungsreihe soll sogar über die 10 geplanten Diskussionen hinaus mit einer Expertenkonfrontation von Gegnern und Befürwortern fortgesetzt werden. Die Bundesregierung erwartet sich davon ein Totlaufen der Debatte, ohne daß allzuviel an dem Schein einer demokratischen Legitimierung des vorliegenden Parlamentsentscheids gekratzt wird. Zudem werden die Regierungsveranstaltungen von den massenwirksamsten Medien zunehmend ignoriert, gleichzeitig aber kräftig für die Kernenergiegewinnung getrommelt. Vor allem versucht die Regierung, den Eindruck zu erwecken und zu verstärken, daß die Inbetriebnahme in Zwentendorf gar nicht Ge-

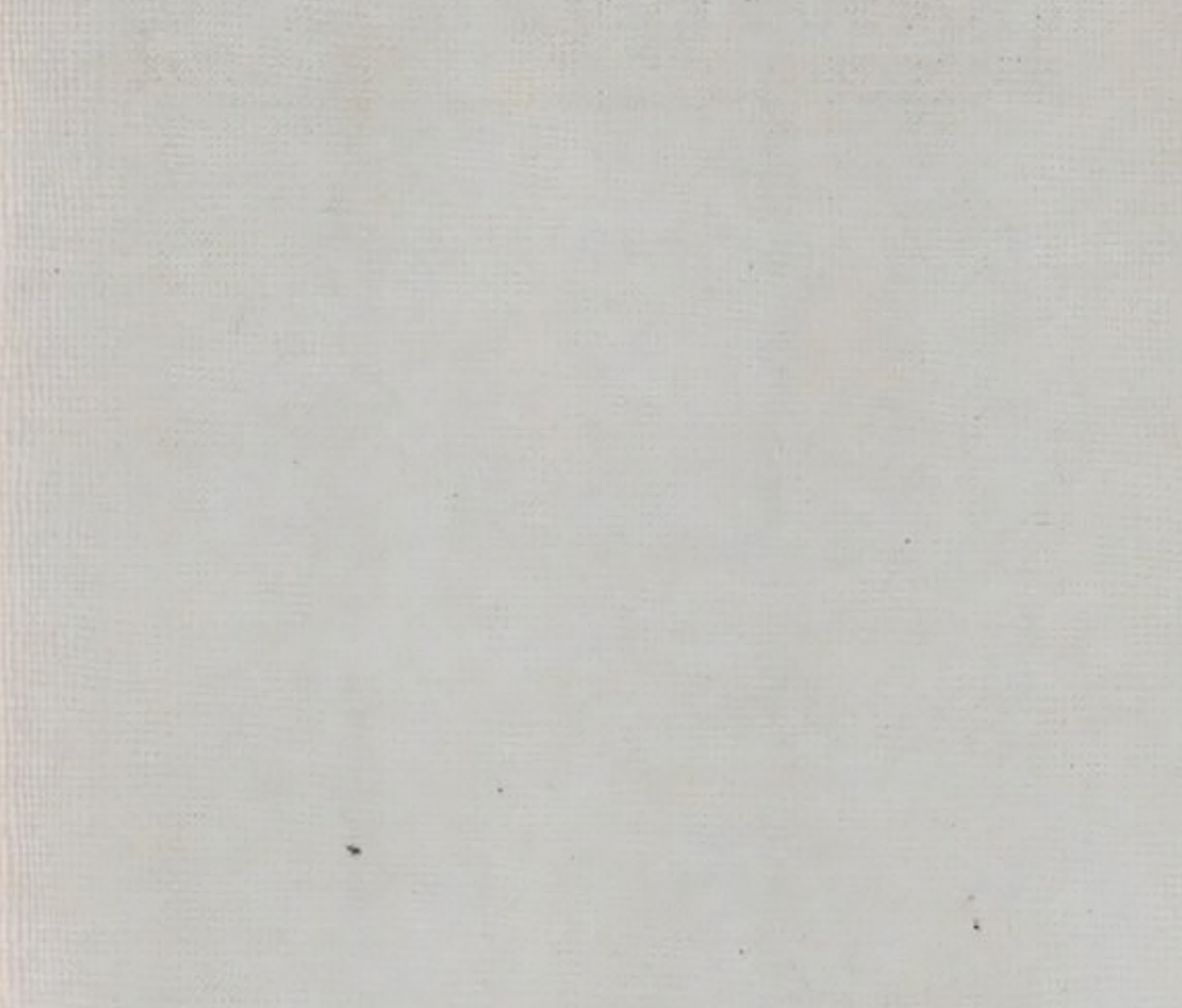
Fortsetzung Seite 2



Klassenkampf - Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs. Herausgeber: Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs.
Der „Klassenkampf" erscheint 14 - tägig.

Einzelpreis: 5.- Schilling
Jahresabonnement: 150.-
Halbjahresabonnement: 75.- Schilling
Ausland: Jahresabonnement: 224.- Schilling
Halbjahresabonnement: 112.- Schilling

Bezahlung nach Erhalt der ersten Nummer.
Zu bestellen bei: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien



Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Inhalt Heft 1/76

* Kommunistischer Bund Österreichs gegründet
  Gründungserklärung
* Die politische Lage in der Welt und in Österreich
* Die kommunistische Partei auf der richtigen Linie aufbauen!

Preis: 20.-

Inhalt Heft 2/76

* Zur Auseinandersetzung mit der „Roten Fahne" der MLPÖ über das Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs
* Programmkritik der „Roten Fahne"
* Stellungnahme zur Programmkritik
* Einige Lehren aus den Auseinandersetzungen mit der Liquidatorenfraktion in der Wiener Ortsgruppe des KB
* Die Linie der VRA in der Minderheitenfrage - rechte Abweichungen vom Marxismus-Leninismus

Preis: 20.-

Inhalt Heft 3/76

* Stellungnahme zur Programmkritik der „Roten Fahne" (II. Teil)
* Die palästinensische und arabische Revolution und die Aufgaben der österreichischen Kommunisten
* Der antifaschistische Partisanenkampf in Oberösterreich und die Fälschungen der Revisionisten am Buch des Genossen Sepp Plieseis
* Der Kampf um die „Arena" war ein Schritt vorwärts

Preis: 20.-

Ebenfalls noch erhältlich:
„Kommunist 2/76" des KB Wien:

Inhalt: Preis: 25.-

* Zum Kampf gegen das Hegemoniestreben und die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte und für die Unabhängigkeit Österreichs
* Über die Auseinandersetzungen um die internationale Lage auf der 2. ordentlichen Delegiertenkonferenz des KB Wien
* Zur Linie der VRA im Kampf um den Frieden und die Unabhängigkeit Österreichs
* Politische Resolution des Partido Comunista Portugues (Reconstruido)

zu bestellen bei: Kommunistischer Bund Österreichs, Zentraler Vertrieb, Halbgasse 12, 1070 Wien.